

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JUNI 1950

Inhalt	Seite
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Mai—Juni 1950	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	13
Produktion, Absatz, Beschäftigung	20
Preise und Löhne	28
Außenwirtschaft	33
Schlußfolgerungen	39
Statistischer Teil	45

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Mai—Juni 1950¹⁾

Geld und Kredit

Kurzfristiger Kredit, Einlagen und Bankenliquidität

Über die Kreditentwicklung bei den Geschäftsbanken gibt für die letzten Wochen zum ersten Mal eine neue, in Zukunft halbmonatlich anfallende Bankenstatistik Aufschluß, die von uns im Zusammenwirken mit den Landeszentralbanken an Stelle der bisherigen wöchentlichen Bankenstatistik eingeführt worden ist. Die Änderung war notwendig, weil mit der allmählichen Differenzierung in der Kreditentwicklung bei gleichzeitiger starker Ausweitung des Gesamtvolumens der Repräsentationsgrad der nur 112 Institute umfassenden bisherigen wöchentlichen Bankenstatistik in letzter Zeit stark gesunken war. Die neue Statistik ist im Gegensatz zu der fast alle Geldinstitute umfassenden (und daher in der Regel erst einige Wochen nach dem Stichtag verfügbaren) monatlichen Bankenstatistik zwar ebenfalls nur eine Repräsentativ-Statistik, aber ihre Basis ist doch viel breiter als die der bisherigen Wochenstatistik. Denn während der Kreis der bisherigen Repräsentativ-Institute in den letzten Monaten nur etwa ein Drittel des

Gesamtvolumens der Kredite und Einlagen (Nichtbankenkundschaft) umfaßte, repräsentieren die durch die neue Halbmonats-Statistik erfaßten Geldinstitute gut zwei Drittel des gesamten Kredit- und Einlagevolumens. Es wird daher erwartet, daß aus den Ergebnissen der neuen Repräsentativ-Statistik wesentlich zuverlässigere Schlüsse auf die Gesamtentwicklung gezogen werden können²⁾.

Bei den für die neue Statistik berichtenden 480 Instituten hat nun im Juni das Volumen der kurzfristigen Kredite an die Nichtbankenkundschaft um rd. 142 Mill. DM zugenommen. Die Zunahme entfiel größtenteils auf Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, während sich die Kredite an öffentliche Stellen nur leicht erhöhten. War die Kreditausweitung bei den übrigen Instituten etwa gleich stark, so würde also, gemäß dem obengenannten Anteil der halbmonatlich berichtenden Institute am Gesamtvolumen der Kurzkredite, dieses um etwa 200 Mill. DM erweitert worden sein. Aber auch wenn dieser Betrag nicht ganz

²⁾ Die Bank deutscher Länder benutzt diese Gelegenheit, um allen Banken, die sich zur Mitarbeit an der Erhebung bereit erklärten, zu danken.

¹⁾ Abgeschlossen am 15. Juli 1950.

Die Entwicklung der kurzfristigen Bankkredite an Nichtbanken
(Geschäftsbanken und Zentralbanksystem)
Monatliche Zunahme (+) oder Abnahme (—)
in Mill. DM

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Geschäftsbanken ¹⁾			Zentralbanksystem		Geschäfts- banken und Zentralbank- system zu- sammen
	Gesamt	davon		Gesamt	darunter an die öffentliche Hand	
Kredite an Wirtschaft und Private		Kredite an die öffentliche Hand				
1949 1. Vierteljahr	+ 289	+ 282	+ 7	+ 19	+ 18	+ 308
2. „	+ 252 ²⁾	+ 227	+ 25	+ 77	+ 79	+ 329
3. „	+ 442 ³⁾	+ 444	— 2	— 46	— 48	+ 396
4. „	+ 593	+ 481	+ 112	+ 61	+ 53	+ 654
1950 1. „	+ 377	+ 317	+ 60	— 9	— 13	+ 368
Januar	+ 371	+ 495	— 124	— 74	— 77	+ 297
Februar	+ 380	+ 283	+ 97	+ 14	+ 8	+ 394
März	+ 382	+ 174	+ 208	+ 33	+ 30	+ 415
April	+ 139	+ 169	— 30	+ 181	+ 173	+ 320
Mai	+ 69	— 65	+ 4	+ 427	+ 421	+ 496
Juni	.	.	.	+ 242 ⁴⁾	+ 233 ⁴⁾	.

¹⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik. — ²⁾ Hierbei ist die Zunahme im Juni mit 183 Mill. DM angenommen worden, da etwa 100 Mill. DM der statistisch ausgewiesenen Zunahme von insgesamt 283 Mill. DM auf die erweiterte statistische Erhebung zurückzuführen sind. — ³⁾ Hierbei ist die statistisch ausgewiesene Zunahme im August von 534,9 Mill. DM um 59 Mill. DM verringert worden, die auf die erstmalige Erfassung einiger Institute zurückzuführen sind. — ⁴⁾ Hierbei ist der ab 7. Juni 1950 erstmals auf offenem Kreditkonto ausgewiesene „suspense account-Kredit“ in Höhe von 400 Mill. DM, der bis dahin in den „Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ enthalten war, abgesetzt worden.

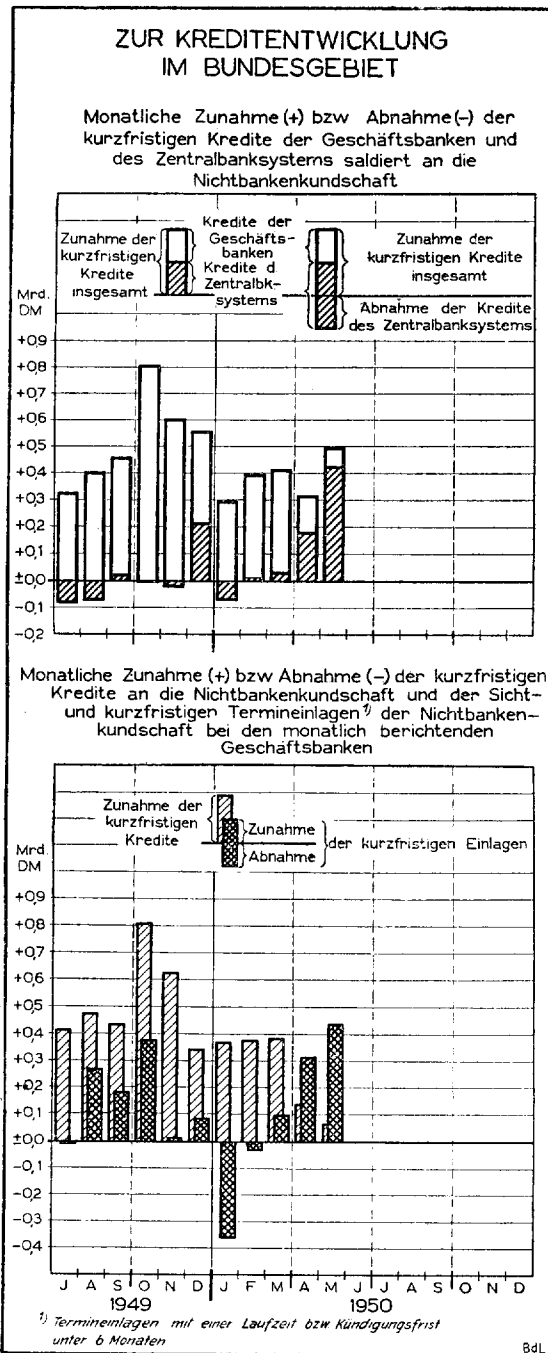
erreicht worden sein sollte, steht fest, daß sich die Kreditzunahme bei den Geschäftsbanken im Juni zum ersten Mal seit Monaten wieder verstärkt hat. Im Mai hatte nämlich nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen der monatlichen Bankenstatistik die Krediterweiterung bei allen Geschäftsbanken nur noch 69 Mill. DM, also erheblich weniger als im Juni allein bei den halbmonatlich berichtenden Instituten, betragen. Im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres oder gar zu den Herbstmonaten des vergangenen Jahres dürfte indes die Zunahme im Juni auf jeden Fall noch gering gewesen sein, so daß von einer fühlbar verstärkten Kreditaktivität der Geschäftsbanken bisher kaum gesprochen werden kann.

Wie schon im letzten Monatsbericht betont, ist allerdings für die Beurteilung der tatsächlichen Geld- und Kreditversorgung der Volkswirtschaft die Höhe der von den Geschäftsbanken gewährten Kurzkredite allein nicht entscheidend. So ist insbesondere zu beachten, daß seit einiger Zeit der abnehmenden Zuwachsrates des Geschäftsbankencredits eine erhebliche Ausweitung der Zentralbankkredite an die öffentliche Hand gegenübersteht, wobei vor allem die Kreditgewährung der Bank

deutscher Länder an den Bund eine Rolle spielt. Im Mai hat die Zunahme des Zentralbankkredits an die öffentliche Hand — bedingt durch eine Reihe von Sonderumständen, unter denen schon damals Einzahlungsverpflichtungen gegenüber den Gegenwertkonten ein beachtliches Gewicht hatten — 421 Mill. DM betragen, so daß sich, wenn man die Kurzkredite der Geschäftsbanken und die Direktkredite des Zentralbanksystems zusammenfaßt, im Mai eine Kreditausweitung von fast einer halben Milliarde ergab. Auch im Juni hat sich der Zentralbankkredit an Nichtbanken (hauptsächlich an die öffentliche Hand) noch erhöht: Nach dem zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken für den 30. Juni 1950 stiegen die Kredite an die öffentliche Hand einschließlich des Bestandes an Wertpapieren öffentlicher Schuldner von 957 Mill. DM auf 1 590 Mill. DM, also um rd. 633 Mill. DM. Allerdings ist hierin der sogenannte „suspense account-Kredit“ von 400 Mill. DM enthalten, der von der Bank deutscher Länder im August vorigen Jahres zunächst den Militärgouverneuren zur Glattstellung gewisser Einzahlungen für gestundete Einfuhren auf die Gegenwertkonten

eingelöst und später auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten vom 15. Dezember 1949 zusammen mit den counterpart funds durch den Bund übernommen worden war. Dieser Kredit, für den vereinbarungsgemäß zunächst ein entsprechender Betrag als Guthaben auf den Gegenwertkonten blockiert blieb, war bis Anfang Juni im Ausweis der Bank deutscher Länder unter den „Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ geführt worden, wurde dann aber am 7. Juni auf die „Kassenvorschüsse“ des Bundes bei der Bank deutscher Länder übertragen. Hauptsächlich durch diesen Übertrag stiegen die Kassenvorschüsse des Bundesfinanzministers bei der Bank deutscher Länder in der ersten Juniwoche von 644 auf 1 126 Mill. DM. Ein Teil dieser Kassenvorschüsse ist allerdings kurz danach durch die bereits im letzten Monatsbericht geschilderte Transaktion, durch die das Zentralbanksystem dem Bundesfinanzminister Wertpapiere im Betrage von 360 Mill. DM abnahm und ihm weiter einen Lombardkredit von 147 Mill. DM gewährte, abgelöst worden. Am 23. Juni betrug der Kassenkredit der Bank deutscher Länder an den Bund daher nur noch 469 Mill. DM, am Monatsende allerdings schon wieder 632 Mill. DM. Da aber auch damit und mit den daneben begebenen Schatzwechseln im Betrage von 330 Mill. DM der Kreditplafond des Bundes in Höhe von 1,5 Mrd. DM nur teilweise ausgenutzt war, hat der Bund Anfang Juli den erwähnten Lombardkredit zu Lasten seines Kassenvorschusses bei der Bank deutscher Länder aus Gründen der Zinsersparnis wieder zurückgezahlt, wobei er sich jedoch für den Bedarfsfall die Wiederanspruchnahme vorbehalten hat. Ohne die Übertragung der 400 Mill. DM von den „Sonstigen Forderungen zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ auf offenes Kreditkonto hat sich der Zentralbankkredit an die Bundesregierung und an sonstige öffentliche Stellen im Juni um rd. 233 Mill. DM erhöht.

Allerdings ist auch bei dieser Zunahme noch zu berücksichtigen, daß ein Teil von ihr, nämlich ein Betrag von 127 Mill. DM, ebenso wie ein Teil der Kreditzunahme im Mai, nur der Abdeckung von Einzahlungsverpflichtungen auf den Gegenwertkonten diente und damit in seiner



geldpolitischen Wirkung von dem Verhältnis zwischen der laufenden Bildung und dem laufenden Einsatz der counterpart funds abhängig wurde. Hier haben sich jedoch in letzter Zeit wieder einige bedeutsame Veränderungen ergeben, die bei einer Beurteilung der Geld- und Kreditentwicklung ebensowenig außer acht gelassen werden dürfen wie die zum Teil entgegengesetzten Veränderungen, die in den mit der Finanzierung des kommerziellen Außenhandels verbundenen Geldbewegungen eingetreten sind.

Bis Anfang 1950 waren bekanntlich über die *Gegenwertkonten* jeweils relativ hohe Geldbeträge stillgelegt worden, weil für Investitionszwecke bis dahin nur geringe Mittel freigegeben worden waren und auch die übrigen Auszahlungen zu Lasten jener Konten (so z. B. die Hilfsleistungen für Berlin oder die Ausgleichszahlungen an diejenigen Importeure und Exporteure, die zu einem niedrigeren bzw. höheren Wechselkurs als dem offiziellen Umrechnungssatz importieren bzw. exportieren konnten) die Einzahlungen nicht absorbierten. Anfang dieses Jahres schien sich hierin zwar ein Wandel anzubahnen. Mit der beginnenden

Freigabe von ERP-Mitteln, über deren Einsatz die folgende Tabelle Aufschluß gibt, gingen die Geldausgänge auf den *Gegenwertkonten* zunächst erheblich über die Einzahlungen hinaus, so daß zeitweilig bereits die Erwartung gerechtfertigt erschien, als würden nicht nur die laufend gebildeten *Gegenwertfonds* Zug um Zug wieder zum Einsatz kommen, sondern darüber hinaus auch noch die bis dahin angesammelten Mittel in verhältnismäßig raschem Tempo wieder in die Wirtschaft fließen und damit neben der normalen Bankkreditgewährung noch eine zweite Quelle der zusätzlichen Geldversorgung bilden. Bald indes

*Geldeingänge und Geldausgänge auf den *Gegenwertkonten* für die devisenmäßig*

Beträge in

Geldeingänge						
zu Gunsten von:	1950					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
GARIOA	71,6	35,8	64,3	65,7	192,8	206,9
ERP	134,5	78,4	117,2	125,2	157,5	170,0
STEG	—	—	4,2	—	—	—
A. Geldeingänge zu Gunsten der <i>Gegenwertkonten</i>	206,1	114,2	185,7	190,9	350,3	376,9
C. Saldo aus A und B 1						
Überschuß der Einzahlungen im Zentralbanksystem	15,1	19,1	—	88,2	190,8	91,2

1) Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. —

zeigte sich, daß der Abfluß der Mittel bei weitem langsamer vonstatten ging als ursprünglich erwartet worden war, teils weil die Bearbeitung der Kreditanträge eine gewisse Zeit erforderte, teils aber auch, weil die Wirtschaft die ihr eingeräumten Kredite begreiflicherweise nur in dem Maße in Anspruch nimmt, als die Durchführung der Investitionsvorhaben einen entsprechenden Geldbedarf weckt. Selbst im Januar 1950, als die erste Tranche an ERP-Mitteln freigegeben wurde, flossen daher nicht ganz so viel counterpart funds faktisch aus dem Zentralbanksystem ab wie neu auf die Gegenwertkonten eingezahlt wurden (vgl. die Übersicht). Immer-

hin war sowohl in diesem Monat wie auch im Februar der Überschuß der Einzahlungen über die — gemäß den tatsächlichen Abrufen von Investitionskrediten modifizierten — Geldausgänge nur noch gering, und im März ergab sich sogar zum ersten Mal ein geringer Auszahlungsüberschuß. In den folgenden Monaten hat sich dann aber das Bild wieder wesentlich verändert. Einmal ergab sich nämlich in dem tatsächlichen Abfluß der freigegebenen Investitionskredite — besonders im April und Mai — eine föhlbare Verminderung, zumal sich die Freigabe der ERP-Tranche, von der ein neuer Impuls hätte ausgehen können, verzögerte. Vor allem aber nah-

gestundeten Einfuhren bei der Bank deutscher Länder und ihre geldpolitische Bedeutung

Mill. DM

zu Lasten von:	Geldausgänge ¹⁾					
	1950					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
GARIOA						
für Berlin-Hilfe	—	—	—	20,0	47,5	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	—	—	—	—	—	100,0
GARIOA, gesamt	—	—	—	20,0	47,5	100,0
ERP						
für Kreditanstalt für Wiederaufbau	543,0	—	130,0	180,0	86,0	74,0
Industriebank AG Berlin	—	57,0	20,0	20,0	20,0	—
(beides für Investitionskredite)	—	—	—	3,3	6,8	2,1
Care, Cralog	—	—	—	—	—	—
Ziehungsrechte ²⁾	20,7	— 82,5	— 52,8	— 37,6	16,6	19,0
ERP, gesamt	563,7	— 25,5	97,2	165,7	129,4	95,1
STEG						
für Besatzungswohnungsbau	—	—	—	0,6	0,8	—
B. Geldausgänge zu Lasten der Gegenwertkonten	563,7	— 25,5	97,2	186,3	177,7	195,1
Tatsächlicher Abfluß der in den obigen Geldausgängen enthaltenen Investitionsfreigaben aus dem Zentralbanksystem:						
Freigaben insgesamt	543,0	57,0	150,0	200,0	106,0	74,0
Abruf der freigegebenen Mittel	170,3 ³⁾	177,6	242,3	116,4	87,8	164,6
Saldo aus Freigaben und Abrufen:						
Überschuß der Abrufe (+)	—	+120,6	+ 92,3	—	—	+ 90,6
Überschuß der Freigaben (—)	—372,7	—	—	— 83,6	— 18,2	—
B 1. Modifizierte Geldausgänge zu Lasten der counterpart funds (Geldausgänge — s. oben B — zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die Freigaben bzw. abzüglich des Überschusses der Freigaben über die Abrufe)	191,0	95,1	189,5	102,7	159,5	285,7
C. Saldo aus A und B 1						
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	—	—	3,8	—	—	—

²⁾ (—) bedeutet Gutschriften für einen Überschuß der empfangenen Ziehungsrechte über gegebene Ziehungsrechte.
³⁾ Einschließlich der Abdeckung von Vorfinanzierungen durch die Bank deutscher Länder und die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

men im Mai und Juni die Einzahlungen erheblich zu, weil der Bund gewisse rückständige Verpflichtungen erfüllte, die sich insbesondere aus der laufenden Auffüllung der Bundes-Getreidereserve und fällig gewordenen Subventionen ergeben hatten. Die Geldeingänge auf den Gegenwertkonten übertrafen daher ab April, namentlich aber im Mai und Juni, erheblich die Geldausgänge, besonders wenn man von diesen jenen Teil der freigegebenen Investitionskredite absetzt, der noch nicht aus dem Zentralbanksystem abgerufen wurde. Damit wurden erneut relativ hohe Geldbeträge auf den Gegenwertkonten und teilweise auch auf den durch Freigaben von Gegenwertmitteln gespeisten sonstigen Konten des Zentralbanksystems stillgelegt. Der in der vorstehenden Übersicht enthaltene Saldo aus Eingängen und „modifizierten Geldausgängen“ bringt das Maß dieser Stilllegung teilweise sogar nur unvollkommen zum Ausdruck, weil z. B. die im Juni aus GARIOA-Gegenwerten zur Deckung des DM-Bedarfs der US-Hochkommission in Anspruch genommenen 100 Mill. DM — es handelt sich um den ersten derartigen Abruf — das Zentralbanksystem zum Teil noch nicht verlassen haben, sondern nur auf das Guthaben der US-Hochkommission umgebucht worden sind. Ebenso gibt aber auch die Entwicklung der eigentlichen Gegenwertfonds — die seit dem 7. Juni im Ausweis der Bank deutscher Länder unter der Position „Sonderkonten des Bundes“ geführt werden, während sie bis dahin in den „Sonstigen Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ enthalten waren — kein vollständiges Bild von der mit der Bildung und der Freigabe von Gegenwertfonds verbundenen Stilllegung bzw. Wiederbelebung von Geldmitteln; daneben muß nämlich sowohl noch das Maß der Geldansammlung auf gewissen Vorkonten der Gegenwertkonten als auch der Umfang des tatsächlichen Abflusses der freigegebenen Fonds aus dem Zentralbanksystem berücksichtigt werden.

Als Fazit des Vorangegangenen ist also festzuhalten, daß in den letzten Monaten durch die Bildung von counterpart funds trotz beträchtlicher Freigaben fürs erste wieder eine nicht unerhebliche Geldstilllegung stattgefunden hat, die einen Teil der vom Zentralbanksystem an den Bund gewährten Kredite kompensierte. Es be-

stand dabei zwischen den beiden Vorgängen sogar ein unmittelbarer Zusammenhang, denn, wie bereits oben erwähnt, wurde ein Teil der dem Bund eingeräumten Kredite lediglich zur Abdeckung von Einzahlungsverpflichtungen gegenüber den Gegenwertkonten aufgenommen.

Ganz anders haben sich dagegen in den letzten Monaten die mit der Finanzierung des kommerziellen Außenhandels zusammenhängenden Geldbewegungen ausgewirkt. Die Finanzierung des Außenhandels wirkt bekanntlich auf die Geldversorgung im Prinzip — d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Zahlungsziele oder Vorauszahlungen — verknappend, wenn die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt, weil dann von den Importeuren mehr eingezahlt als an die Exporteure ausgezahlt wird. Um den Betrag der Mehreinzahlungen nehmen die Devisenbestände ab, so daß sich in diesem Umfang die Bankbilanzen verkürzen und Geld „verschwindet“. Umgekehrt weitet sich das Geldvolumen aus, wenn mehr Waren ausgeführt als eingeführt werden, da dann die Bank deutscher Länder oder die Außenhandelsbanken an die Exporteure mehr in DM auszahlen als sie von den Importeuren vereinnahmen. Dem damit verbundenen Zuwachs in ihren Verbindlichkeiten (Bargeldumlauf oder Depositen) steht auf der Aktivseite ein entsprechender Zugang an Auslandsguthaben (einschließlich ausländischer Zahlungsmittel) gegenüber.

In den Wintermonaten war nun der kommerzielle Außenhandel sehr stark passiv gewesen, und demgemäß hatten sich sowohl die Devisenbestände vermindert als auch die DM-Guthaben des Auslandes erhöht, d. h. das innerdeutsche Geldvolumen war entsprechend gesunken. Seit März ist jedoch in dieser Hinsicht ein wesentlicher Wandel eingetreten, weil sich seitdem im kommerziellen Außenhandel ein neuer Überschub eingestellt hat (wobei die Aktivierung der Zahlungsvorgänge sogar der Handelsbilanz voraneilte) und daher die mit dem kommerziellen Außenhandel zusammenhängenden Geldbewegungen wieder auf eine Expansion des innerdeutschen Geldvolumens hinwirkten. Insgesamt ist dieser — in einem DM-Auszahlungsüberschub bei der Finanzierung des kommerziellen Außenhandels liegende — expansive Effekt von März bis Juni auf etwa 300 Mill. DM zu beziffern, wobei

etwa 100 Mill. DM allein auf den Juni kommen. Die geldstilllegende Wirkung der Einzahlungsüberschüsse auf den Gegenwertkonten wurde damit wenigstens teilweise wieder kompensiert, ja zeitweilig sogar überkompensiert. Im ganzen jedenfalls hat der gesamte mit der Außenhandelsfinanzierung und der Verwendung der counterpart funds zusammenhängende Geldkreislauf in den vergangenen Monaten auf die Wirtschaft nur noch wenig liquiditätsmindernd gewirkt.

Die Einlagen bei den Geschäftsbanken hatten im Mai infolge der starken Kreditgewährung bei nahezu stabilem Bargeldumlauf und der eben geschilderten nur geringen Geldabsorption durch die Außenhandelsfinanzierung die bisher höchste Monatszunahme seit Jahresbeginn zu verzeichnen. Ohne die Interbank-Einlagen belief sich die Zunahme auf rd. 628 Mill. DM gegen 510 Mill. DM im April und 205 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahrs. Dabei erhöhten sich im Gegensatz zum Vormonat vor allem die Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (nämlich um 287 Mill. DM), während die privaten Termineinlagen nur relativ wenig — um 75 Mill. DM — zunahmen. Verhältnismäßig hohe Beträge — nämlich 175 Mill. DM — flossen aber auch den Konten öffentlicher Stellen bei Geschäftsbanken zu, wobei eine starke Neigung zu längerfristiger Bindung festzustellen war, da etwa 80 vH der Zunahme auf Termineinlagen entfielen. Der Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten ging im Mai weiter zurück, er betrug noch 89 Mill. DM gegen 108 Mill. DM im Monat zuvor und 122 Mill. DM im Februar.

Im Juni haben sich die Einlagen bei den Geschäftsbanken zunächst ebenfalls günstig entwickelt, wie aus den Ergebnissen der letztmalig per 23. Juni vorliegenden wöchentlichen Bankenstatistik hervorgeht und durch den in der ersten Monatshälfte anhaltenden starken Rückgang in der Beanspruchung des Zentralbanksystems bestätigt wird. Gegen Monatsende entzog allerdings der sich geltend machende stärkere Bargeldbedarf den Banken wieder in größerem Umfange Einlagen. Der Bargeldumlauf stieg in der letzten Juniwoche um 822 Mill. DM und lag Ende Juni mit 8 160 Mill. DM rd. 224 Mill. DM höher als Ende Mai, während er im Vormonat um 45 Mill. DM gesunken war.

Die Gründe für die verhältnismäßig starke Zunahme des Bargeldumlaufs lassen sich vorläufig nicht klar erkennen. Die 480 halbmonatlich berichtenden Banken weisen infolge der Barabzüge der letzten Juniwoche für den ganzen Monat Juni auch nur einen Zuwachs der Einlagen von Nichtbanken in Höhe von rd. 38 Mill. DM aus. Dabei sind die Spareinlagen um 69 Mill. DM und die Konten von Wirtschaft und Privaten um 186 Mill. DM gewachsen, während die Einlagen öffentlicher Stellen bemerkenswert stark, nämlich um rd. 217 Mill. DM, abgenommen haben.

Die Einlagen der Nichtbankenkundschaft bei den Geschäftsbanken nach vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist
(ohne Spareinlagen, ohne Fest- und Anlagekonten und ohne Währungsguthaben für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive)

von Juni 1949 bis Mai 1950, in Mill. DM

Stand: Ende	Täglich fällige Gelder	Festgelder und Gelder auf Kündigung		
		insge- samt	darunter mit Laufzeit oder Kündigungsfrist	
			von 90 Tagen und mehr	darunter von 360 Tagen und mehr
Wirtschaft und Private				
1949 Juni	5 821	669	335	70
Sept.	5 969	725	421	99
Dez.	6 070	812	470	118
1950 Jan.	5 747	882	533	129
Febr.	5 752	958	589	143
März	5 925	1 037	663	164
April	6 151	1 148	731	182
Mai	6 438	1 223	760	201
Öffentliche Hand				
1949 Juni	1 437	1 106	470	54
Sept.	1 425	1 212	440	64
Dez.	1 496	1 305	490	115
1950 Jan.	1 524	1 329	515	114
Febr.	1 455	1 491	601	131
März	1 436	1 474	613	152
April	1 459	1 515	615	158
Mai	1 492	1 657	708	187

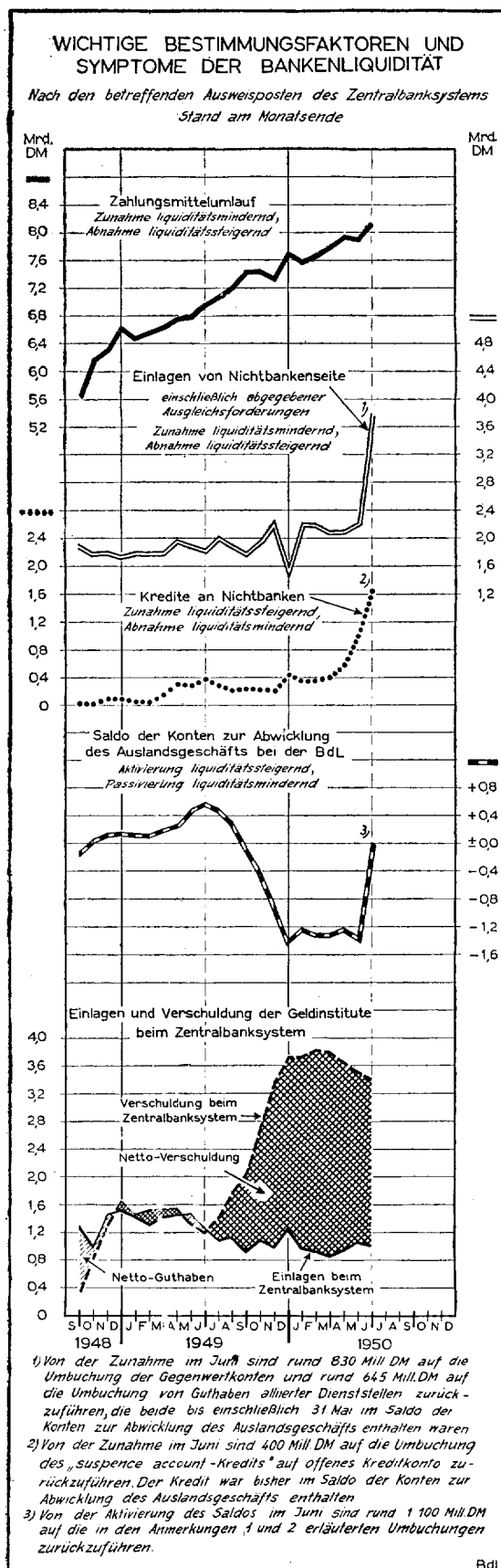
Die Liquiditätsbesserung bei den Geschäftsbanken, auf die in den vorangegangenen Berichten bereits ausführlich eingegangen wurde, hat sich unter dem Einfluß der im Vorangegangenen geschilderten Entwicklungen im Juni zunächst fortgesetzt. Vor allem die eingangs erwähnte Zunahme der vom Zentralbanksystem unmittelbar an Nichtbanken gewährten Kredite hat auf die Geschäftsbanken

weiter liquidisierend gewirkt. Daneben trug auch eine leichte Verminderung der Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen — einschließlich der zu zeitweiliger Anlage überschüssiger Kassennittel an öffentliche Stellen abgegebenen Ausgleichsforderungen — zur Entlastung der Geschäftsbanken bei. Die Geldbewegungen über die Gegenwertkonten und die sonstigen Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts hingegen blieben im Juni in ihrer Auswirkung auf die Bankenliquidität annähernd neutral.

Die Liquidität der Geschäftsbanken besserte sich in Auswirkung aller dieser Faktoren bis in die zweite Hälfte des Monats hinein beträchtlich: Die Nettoverschuldung der Banken beim Zentralbanksystem war am 15. Juni rd. 126 Mill. DM niedriger als am gleichen Tag des Vormonats, und infolge dieser Entlastung war auch der Geldmarkt bei gegenüber Mai nahezu unveränderten Sätzen anfangs weiter flüssig. Zum Monatschluß allerdings verursachte die starke Steigerung des Bargeldumschlufs wieder eine gewisse Anspannung der Liquidität der meisten Banken, so daß sich die Nettoverschuldung der Gesamtheit der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem, wenn man den Stand von Ende Mai mit dem von Ende Juni vergleicht, nur um rd. 67 Mill. DM vermindert hat, während sich im April und Mai eine Abnahme um 240 Mill. DM bzw. 238 Mill. DM ergeben hatte. Vergleicht man nicht die Monatsendstände, sondern die monatlichen Durchschnittsbeträge der Nettoverschuldung, so ergibt sich für Juni zwar eine etwas stärkere Abnahme (141 Mill. DM), aber sie bleibt trotzdem beträchtlich hinter der der Vormonate zurück. Immerhin betrug die Nettoverschuldung der Geschäftsbanken an das Zentralbanksystem Ende Juni nur noch rd. 2,40 Mrd. DM gegen fast 2,95 Mrd. DM an ihrem bisherigen Höchststand am 31. März 1950.

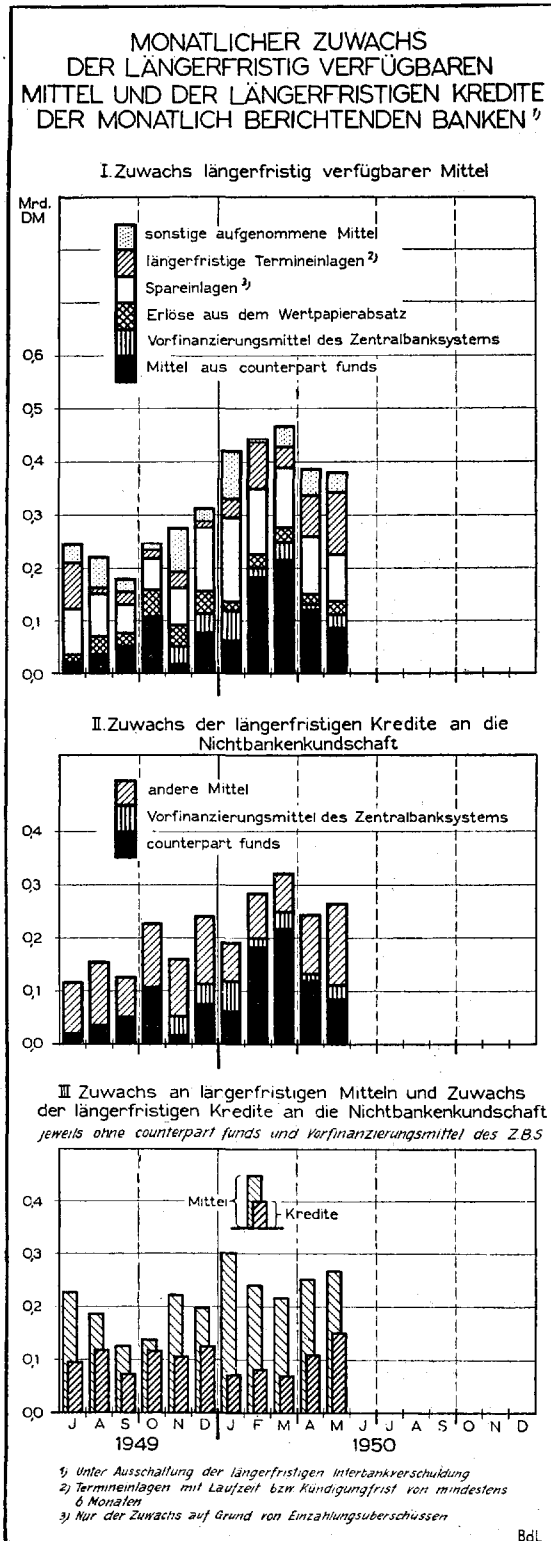
Die längerfristige Kreditgewährung

Die Versorgung der Wirtschaft mit längerfristigen Bankkrediten hat im Mai — dem letzten Monat, für den umfassende Angaben vorliegen — gegenüber dem Vormonat etwas zugenommen. Die mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken stiegen im



Mai um 266 Mill. DM gegenüber 245 Mill. DM im April. Dabei stammten diese Kredite zu einem erheblich größeren Teil als in den Vormonaten aus der innerdeutschen Kapitalbildung. Die längerfristigen Kredite der Banken werden nämlich gegenwärtig in der Hauptsache aus drei Quellen gespeist: aus innerdeutschen Ersparnissen — sei es, daß sie als Spar- oder Termineinlagen gehalten oder den Banken als Darlehen oder durch den Erwerb von Schuldverschreibungen zur Verfügung gestellt werden —, aus den counterpart funds und aus den Vorfinanzierungsaktionen des Zentralbanksystems. Im ersten Vierteljahr 1950 hatte der größte Teil (59 vH) der von den Geschäftsbanken gewährten längerfristigen Kredite seine Quelle in den Freigaben von counterpart funds, 13 vH hatten sich auf die Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems gestützt und nur 28 vH waren aus Ersparnissen finanziert worden. Dabei war die Spartätigkeit in diesem Zeitraum relativ hoch gewesen, aber die den Banken zufließenden längerfristigen Mittel, die nicht aus den counterpart funds oder aus Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems stammten, waren nur zum kleineren Teil, nämlich zu etwa einem Drittel, für längerfristige Ausleihungen verwendet worden. Vermutlich hatte dies bis zu einem gewissen Grade mit dem saisonmäßigen Darniederliegen der Bautätigkeit und den dadurch bedingten geringeren Auszahlungen für Hypothekarkredite während der Wintermonate zusammengehungen. Mit dem Einsetzen des Frühjahrs dagegen haben die Banken im April und Mai wieder einen wesentlich größeren Teil der ihnen zufließenden Ersparnisse (einschließlich der aus aufgenommenen Darlehen und Wertpapiererlösen stammenden Mittel) längerfristig ausgeliehen. Nach unseren Berechnungen betrug die Ausleihungsquote für diese Mittel im April etwa 44 vH und im Mai etwa 57 vH.

~ Dem absoluten Betrag nach sind dabei die Mittel, welche die Banken aus deutschen Quellen längerfristig hereinnehmen konnten, gegenüber den Vormonaten nur wenig gestiegen. Die Einzahlungsüberschüsse auf Sparkonten gingen — wie erwähnt — sogar weiter zurück, nämlich von 108 Mill. DM im April auf 89 Mill. DM im Mai, aber dieser Rückgang wurde durch die Hereinnahme längerfristiger Termineinlagen und



durch die Zunahme sonstiger längerfristiger Mittel, die den Banken als Darlehen oder als Wertpapiererlöse zugeflossen sind, mehr als ausgeglichen.

Der Absatz von Wertpapieren, von dem ein Teil ebenfalls den Banken längerfristig verfügbare Mittel zuführt, blieb im Mai mit insgesamt rd. 31 Mill. DM weiter recht bescheiden, wenngleich er den Absatz des Vormonats leicht übertraf. Unter den im Mai abgesetzten Papieren befanden sich neben rd. 26 Mill. DM festverzinslichen Werten auch rd. 5 Mill. DM Aktien, die teils für Neugründungen, teils für Kapitalerhöhungen emittiert wurden.

part funds weitergeleitet worden, davon 95 Mill. DM aus der ersten Tranche von insgesamt 1 036 Mill. DM und 40 Mill. DM aus der zweiten Tranche.

Die endgültige Aufteilung der zweiten ERP-Tranche von 1 150 Mill. DM, die nunmehr vorliegt, enthält einige Abweichungen gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Verteilung¹⁾. Sie setzt sich in ihren Hauptpositionen folgendermaßen zusammen:

Die Verteilung der zweiten ERP-Tranche
in Mill. DM

Investitionsbereich	Insgesamt	davon für	
		Bundesgebiet	Berlin
I. Land- und Forstwirtschaft	179,50	177,50	2,00
davon: Landwirtschaft	169,50	167,60	1,90
Forstwirtschaft	10,00	9,90	0,10
II. Energiequellen	284,69	280,31	4,38
davon: Kohlenbergbau	100,00	100,00	—
Elektrizität	125,50	122,50	3,00
Erdöl und Erdgas	16,45	16,45	—
Gaserzeugung	25,74	24,36	1,38
Wasserwerke	17,00	17,00	—
III. Andere Industrien und Handel	426,42	342,95	83,47
davon: Eisen und Stahl	55,23	55,00	0,23
Nichteisenmetalle	14,00	12,95	1,05
Maschinenindustrie	65,82	45,92	19,90
Elektroindustrie	58,23	25,70	32,53
Chemische Industrie	40,40	37,65	2,75
Textilien	16,67	16,47	0,20
Sonstige Industrien u. Handwerk	142,89	125,66	17,23
Handel und Gewerbe	33,18	23,60	9,58
IV. Transportwesen	109,10	99,01	10,09
V. Wohnungsbau	122,80	115,30	7,50
VI. Verschiedenes	27,49	23,23	4,26
davon: Forschung	22,05	20,93	1,12
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollarraum	3,50	2,30	1,20
Noch nicht verteilt	1,94	—	1,94
Insgesamt	1 150,00	1 038,30	111,70

Die Kreditgewährung aus counterpart funds einschließlich der damit zusammenhängenden Vorfinanzierungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau war im Mai mit rd. 87 Mill. DM für Unternehmungen im Bundesgebiet und rd. 18 Mill. DM für Berlin verhältnismäßig gering. Im Juni nahm die Ausreichung von ERP-Krediten wieder etwas zu, denn inzwischen hat die Kreditgewährung im Rahmen der sogenannten zweiten Tranche im Gesamtbetrag von 1 150 Mill. DM begonnen. Insgesamt sind im Juni im Bundesgebiet rd. 135 Mill. DM Kredite aus counter-

Freigegeben wurden aus der zweiten ERP-Tranche bis zum Abschluß dieses Berichts insgesamt 444 Mill. DM. Davon hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau Ende Mai 74 Mill. DM und Anfang Juli 315 Mill. DM erhalten, die Industriebank Berlin 20 und 35 Mill. DM. Von dem der Kreditanstalt für Wiederaufbau am 7. Juli zugeteilten Betrag sind 20 Mill. DM für die Finanzierung des Garantiefonds der Vertriebenen-Bank in Bonn bestimmt.

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1950, S. 6.

Die Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds

Stand am Monatsende, in Mill. DM

Freigaben	1949							
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Summe der Freigaben	110,0	245,0	279,0	289,0	299,0	376,0	470,0	
davon in Anspruch genommen, insgesamt	23,6	112,9	193,0	213,7	250,5	303,6	413,1	
davon über die:								
Kreditanstalt für Wiederaufbau für:								
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	23,6	49,6	58,6	71,6	89,6	109,6	110,1	
Kohlenbergbau	—	63,3	120,4	125,5	133,4	134,8	175,7	
Sonstige Industrie	—	—	—	2,6	13,5	25,3	33,9	
Landwirtschaft	—	—	—	—	—	1,3	3,3	
Wohnungsbau	—	—	—	—	—	—	0,0	
Seeschifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	
Gas und Wasser	—	—	—	—	—	—	—	
Straßenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	
Fischdampfer	—	—	—	—	—	—	—	
Eisen und Stahl	—	—	—	—	—	—	—	
Bewag (Berlin)	—	—	—	—	—	—	44,0	
Besatzungswohnungsbau	—	—	14,0	14,0	14,0	26,1	27,1	
Finanzierungs-AG für:								
Südwestdeutsche Eisenbahnen	—	—	—	—	—	5,0	15,0	
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	—	—	—	—	—	1,5	3,8	
Gaswirtschaft	—	—	—	—	—	—	0,2	
Wasserwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	
Industriebank AG Berlin für:								
Verschiedene Zwecke	—	—	—	—	—	—	—	
Noch nicht in Anspruch genommen	86,4	132,1	86,0	75,3	48,5	72,4	56,9	
	1949		1950					
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Summe der Freigaben	470,0	470,0	993,0	1 050,0	1 200,0	1 400,0	1 506,0	1 580,0
davon in Anspruch genommen, insgesamt	432,5	452,5	622,7	800,3	1 042,6	1 159,0	1 246,8	1 411,4
davon über die:								
Kreditanstalt für Wiederaufbau für:								
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	110,1	110,0	184,2	246,5	274,5	313,9	316,5	348,8
Kohlenbergbau	184,2	185,0	185,0	231,1	289,7	291,7	298,8	317,8
Sonstige Industrie	33,9	35,0	69,2	95,4	143,7	162,5	181,6	201,5
Landwirtschaft	5,0	5,0	28,9	33,2	46,9	59,4	76,3	93,2
Wohnungsbau	0,0	0,0	20,8	23,7	53,9	62,7	67,4	99,4
Seeschifffahrt	—	—	10,0	18,8	49,6	49,8	49,9	49,9
Gas und Wasser	—	—	0,4	10,0	16,8	22,7	30,4	32,3
Straßenbahnen	—	—	0,4	1,2	1,7	3,7	5,6	6,4
Fischdampfer	—	—	—	—	3,6	3,7	4,6	4,8
Eisen und Stahl	—	—	—	—	6,6	17,8	25,1	36,5
Bewag (Berlin)	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Besatzungswohnungsbau	28,1	30,1	30,1	30,6	31,6	32,6	33,1	34,0
Finanzierungs-AG für:								
Südwestdeutsche Eisenbahnen	19,5	30,0	35,0	35,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	7,3	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	0,2	0,4	0,8	1,2	1,4	1,5	1,5
Industriebank AG Berlin für:								
Verschiedene Zwecke	—	—	—	15,6	24,4	38,6	57,0	86,3
Noch nicht in Anspruch genommen	37,5	17,5	370,3	249,7	157,4	241,0	259,2	168,6

Anmerkung: Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen.

Die freigegebenen Mittel werden von seiten der vorgesehenen Investoren allerdings auch weiterhin nur allmählich in Anspruch genommen. Die Gründe hierfür sind bekannt. Sie liegen vor allem darin, daß die in Aussicht genommenen Investitionsvorhaben, wenn sie nicht schon mit kurzfristigen Fremdmitteln vorfinanziert und daher tatsächlich bereits begonnen werden konnten, zunächst gewisser Vorbereitungen bedürfen. Auch die bankmäßige Prüfung der Kreditanträge und die Beschaffung der erforderlichen Sicherheiten für die vorgesehenen Kredite beanspruchen eine gewisse Zeit¹⁾. Außerdem pflegen die zugesagten Kredite im allge-

¹⁾ Vgl.: I. Jahresbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Geschäftsjahr 1949, S. 41 ff.

meinen nur in dem Umfange abgerufen zu werden, wie der technische Fortgang der Investitionen es erfordert. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß die Abrufe in der ersten Zeit nach Freigabe einer neuen Tranche besonders lebhaft sind, so daß für den Monat Juli mit einem wesentlich stärkeren Kreditstrom aus den counterpart funds gerechnet werden kann als in den drei letzten Monaten. Daß dabei vermutlich zunächst auch wieder Vorfinanzierungen abgedeckt werden, ist keineswegs ein Nachteil, denn dadurch wird der Bankenapparat entlastet. Ohne die Möglichkeit bankmäßiger Vorfinanzierungen würde die Investitionstätigkeit sich stoßweise vollziehen müssen, was von erheblichem volks- und betriebswirtschaftlichen Nachteil wäre.

Der Krediteinsatz für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungs- und des Wohnungsbauprogramms der Bundesregierung vom Februar 1950

Stand Ende Juni 1950, in Mill. DM

Art des Programms	Insgesamt	Zugesagte Re-finanzierungs-bzw. Vorfinanzierungshilfe des Zentralbanksystems	Kredit-zusagen an die vor-gesehenen Kredit-nehmer Ende Juni 1950	Bis Ende Juni abge-rufene Kredite	davon wurden beim Zentralbanksystem refinanziert
I. Arbeitsbeschaffungsprogramm					
1. Sonderprogramm Bundesbahn	250	250	110	110 ¹⁾	110 ¹⁾
2. Sonderprogramm Post	50	—	—	—	—
3. Industrielle Kleininvestitionen (Einzelbeträge nicht über 100 000 DM)					
— Kredite durch KfW über Industriekreditbank —	50	50	50	20	20
4. Schwerpunktprogramm (industrielle Investitionen in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Schlesw.-Holst.) — Kredite größtenteils über die KfW —	300	300	187	39	39
5. Exportfinanzierung — Kredite durch KfW —	300	300	30	16	—
Gesamt	950	900	377	185	169
II. Wohnungsbauprogramm zu finanzieren durch:					
1. Kapitalsammelstellen	870	408	1 270 ²⁾	410 ²⁾	15
2. erwarteten Münzgewinn	400	250	123 ³⁾	123 ³⁾	—
3. erwartete ECA-Mittel — Kredite durch KfW —	250	250	250	39	19
4. Rest aus öffentlichen Mitteln: Lastenausgleich Eigenfinanzierung	980	nicht vorgesehen	. 4)	. 4)	nicht vorgesehen
Gesamt	2 500	908	1 643⁵⁾	572⁶⁾	34
I und II zusammen	3 450	1 808	2 020⁵⁾	757⁶⁾	203

¹⁾ Einschließlich der mit der Rediskontzusage der Bank deutscher Länder versehenen Schatzwechselemissionen. —
²⁾ Die hierin enthaltenen Kreditzusagen bzw. Kredite der Lebensversicherungen beziehen sich auf den Stand vom 31. Mai 1950. — ³⁾ Vorläufig aus allgemeinen Deckungsmitteln des Bundes finanziert, da Münzgewinn noch nicht zur Verfügung stand. — ⁴⁾ Hierüber sind Angaben zur Zeit noch nicht möglich. — ⁵⁾ Ohne die Kreditzusagen der öffentlichen Hand, deren Höhe nicht bekannt ist. — ⁶⁾ Ohne die Kredite der öffentlichen Hand und ohne Eigenfinanzierung, deren Höhe nicht bekannt ist. —

Auf die Vorfinanzierungszusagen des Zentralbanksystems — die dritte Quelle, aus der längerfristige Kredite gegeben werden — wird in der nächsten Zeit vermutlich ebenfalls stärker als bisher zurückgegriffen werden. Die Ausführung der Programme ist nunmehr in vollem Gange, so daß die Kreditinstitute auf Grund der von ihnen zugesagten Kredite allmählich stärker in Anspruch genommen werden. Das Ausmaß, in dem sie dabei ihrerseits auf das Zentralbanksystem zurückgreifen müssen, hängt von dem Aufkommen der endgültigen Finanzierungsmittel und daneben von der Entwicklung der Bankenliquidität ab. Über den bisherigen Kredit-einsatz für die Durchführung der Programme unterrichtet die nebenstehende Übersicht.

Insgesamt haben sich danach die Kreditzusagen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms im Juni um rd. 500 Mill. DM erhöht. Die effektiven Kreditabrufe sind gegenüber Ende Mai um rd. 320 auf rd. 760

Mill. DM gestiegen, wovon etwas mehr als 200 Mill. DM beim Zentralbanksystem refinanziert worden sind, wenn man die mit der Rediskont-zusage der Bank deutscher Länder versehenen Schatzwechselemissionen der Bundesbahn einbezieht. Die Kapitalsammelstellen haben von der angebotenen Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems bisher nur wenig Gebrauch gemacht; von den bis Ende Juni von den Kapitalsammelstellen im Rahmen dieses Programms herausgelegten Krediten in Höhe von rd. 410 Mill. DM sind bis zu diesem Zeitpunkt nur 15 Mill. DM beim Zentralbanksystem refinanziert worden. Stärker war dagegen der Rückgriff auf das Zentralbanksystem bei denjenigen Programmen, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert werden, weil diese im wesentlichen nur eine Durchschleusstelle für langfristige Kredite ist und daher nicht wie die Kapitalsammelstellen mit ihrem breiten Geschäftskreis über eigene Mittel verfügt, die für diesen Zweck eingesetzt werden könnten.

Öffentliche Finanzen

Bundesfinanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist seit Beginn des neuen Rechnungsjahres vor allem durch einen starken Kassenbedarf des Bundes gekennzeichnet, der zur Aufnahme beträchtlicher außerordentlicher Deckungsmittel führte. Ohne zwei Kredite in Höhe von je 100 Mill. DM, die dem Bundesfinanzminister Ende April und Ende Juni vom Hauptamt für Soforthilfe eingeräumt wurden, ist die Verschuldung des Bundes in Form von Kassenkrediten und Schatzwechseln von 236 Mill. DM am 31. März 1950 auf 969 Mill. DM am 30. Juni 1950 gestiegen.¹⁾ Außerdem hat die Bank deutscher Länder, wie bereits im letzten Monatsbericht erwähnt, Mitte Juni vom Bunde Stücke der Bundesbahnanleihe im Betrage von 360 Mill. DM übernommen, und die Landeszentralbanken haben gleichzeitig dem Bundesfinanzminister einen Lombardkredit in Höhe von 147 Mill. DM (auf die im Besitz des Bundes befindlichen Obligationen der Kreditanstalt für Wiederaufbau)

gewährt. Anfang Juli ist dieser Lombardkredit zwar wieder abgedeckt worden, aber dafür sind die sonstigen kurzfristigen Kredite in der ersten Julihälfte um weitere 193 Mill. DM gestiegen, was zeigt, daß die Kassenlage des Bundes weiter angespannt ist.

Um diese Entwicklung richtig zu beurteilen, muß man sich allerdings vergegenwärtigen, daß die Bundesfinanzen in der letzten Zeit einer Reihe von Sonderbelastungen unterlagen, die teilweise mit der laufenden Haushaltsgebarung wenig oder gar nichts zu tun haben. In diesem Zusammenhang ist insbesondere von Bedeutung, daß der Bund seit dem Abschluß des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika der Vertragspartner der ECA für die von den Vereinigten Staaten an Westdeutschland und Berlin geleistete Hilfe ist und demgemäß für die pünktliche Einzahlung der DM-Gegenwerte für die devisenmäßig gestundeten Einfuhren unter Umständen mit seinem Kredit einstehen muß. Schon zu der Zeit, als diese Funktion noch den Militärgouverneuren oblag, waren jedoch auf Grund von Unklarheiten über die Tragung gewisser Differenzen zwischen den DM-Beschaffungs-

¹⁾ Nach dem Ausweis des Bundesministeriums der Finanzen im „Bundesanzeiger“ vom 19. Juli 1950 errechnet sich sogar eine Zunahme von 975 Mill. DM. Die Differenz in Höhe von 6 Mill. DM ergibt sich aus buchungstechnischen Gründen.

kosten und den inländischen Abgabepreisen für die ausländischen Hilfslieferungen Einzahlungsdefizite entstanden, die im August vorigen Jahres, soweit es sich um Rückstände auf dem ERP-Konto handelte, mit Hilfe eines von der Bank deutscher Länder den Militärgouverneuren auf deren Verlangen eingeräumten Buchkredits in Höhe von 400 Mill. DM (suspense account-Kredit) abgedeckt worden waren. Dieser Kredit ist bei Abschluß des oben erwähnten Abkommens von der Bundesregierung übernommen und, wie im vorangegangenen Abschnitt bereits dargelegt wurde, Anfang Juni mit Hilfe der — durch den Verkauf der Bundesbahnanleihe und durch den (später auf die Kassenkredite umgelagerten) Lombardkredit — erhaltenen Mittel abgedeckt worden. Im Zuge der Bereinigung von Defiziten, die im vorigen Jahr durch gewisse Mehrauszahlungen auf dem GARIOA-Gegenwertkonto entstanden waren, ergaben sich aber auch in den letzten Monaten noch beträchtliche Einzahlungsverpflichtungen der Bundesregierung gegenüber den Gegenwertkonten, deren fristgemäße Erfüllung hohe Ansprüche an die Bundeskasse stellte. Im Juni beliefen sie sich auf 127 Mill. DM. Zusammen mit der Abdeckung des suspense account-Kredits ergaben sich also im Juni — teils schon in weit zurückliegenden Umständen wurzelnde — Sonderbelastungen in Höhe von 527 Mill. DM, die den größten Teil der insgesamt 608 Mill. DM betragenden Aufnahme an außerordentlichen Deckungsmitteln¹⁾ erklärt. Die Schuldaufnahme zur Deckung laufender Ausgabeverpflichtungen betrug also nur rd. 80 Mill. DM. Aber auch dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bund im Juni mit einem Teil seiner laufenden Einnahmen außerplanmäßig für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms in Vorlage treten mußte, weil die für die Wohnungsbaufinanzierung bestimmten Erlöse aus der Münzprägung erst nach der Verkündung des Münzgesetzes realisiert werden können. Gegenüber den ersten beiden Monaten des Rechnungsjahres, in denen die Zunahme der

Verschuldung des Bundes um 832 Mill. DM zum bei weitem größten Teil der Deckung seiner regulären Finanzbedürfnisse diente, hat sich also das Defizit der laufenden Rechnung des Bundeshaushalts offenbar erheblich verringert.

Tatsächlich scheinen zumindest die Übergangsschwierigkeiten, die sich aus der Neuverteilung der Finanzmasse zwischen Bund und Ländern aus den in den beiden letzten Monatsberichten geschilderten Gründen für den Bund zunächst ergaben, allmählich überwunden zu werden. Das zeigt sowohl die Entwicklung der Einnahmen als auch besonders die der Ausgaben. Die Steuereingänge beim Bund waren bereits im Mai erheblich höher als im April, in dem das Steueraufkommen noch stark unter dem Einfluß der Tatsache gestanden hatte, daß die Länder die ab 1. April 1950 auf den Bund übergehenden Steuern im März durch eine rigore Eintreibung von Rückständen zum Teil noch stark ausgeschöpft hatten. Im Juni haben sich die Eingänge weiter erhöht, zumal die ansteigende Wirtschaftsentwicklung das Aufkommen aus der bei weitem wichtigsten Bundessteuer, nämlich der Umsatzsteuer, bereits fühlbar beeinflusst zu haben scheint. Noch wichtiger war aber die Ausgabenentwicklung. Unter Ausschluß der oben erwähnten Sonderbelastungen haben die kassenmäßigen Bundesaussgaben im Juni nur etwa 800 Mill. DM gegenüber rd. 1 075 Mill. DM im Durchschnitt der beiden ersten Monate des Rechnungsjahres betragen. Diese Abnahme hängt weitgehend damit zusammen, daß der Bund die Betriebsmittelzuweisungen an die Länder für die über die Länderkassen zur Auszahlung kommenden Bundesaussgaben erstmalig annähernd um den Betrag kürzte, den die Länder in Zukunft als „Interessenquote“ an den Bundesaussgaben übernehmen sollen, und außerdem bei den finanzstarken Ländern auch die auf die Monate April und Mai entfallenden Quoten rückwirkend in Abzug brachte. Die Ausgaben waren damit allerdings niedriger als sie in Zukunft sein werden, da der Bund in den beiden ersten Monaten des Rechnungsjahres den Ausfall der Interessenquote der Länder wenigstens zu einem Teil durch ein möglichstes Knapphalten der Ausgaben kompensiert hatte.

Im einzelnen lassen sich die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes im bisheri-

1) Erlös aus dem Verkauf von Bundesbahn-	
anleihe	360 Mill. DM
Erlös aus der Verpfändung von Anleihen	
der Kreditanstalt für Wiederaufbau	147 „ „
Zunahme der kurzfristig. Verschuldung	
(von 1 067,6 auf 1 168,6 Mill. DM)	101 „ „
zusammen	608 Mill. DM

gen Verlauf des Finanzjahres auf Grund der ordentlichen Haushaltseinnahmen und der Verschuldungszunahme etwa wie folgt beziffern:

Kassenmäßige Einnahmen und Ausgaben des Bundes
in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1950
in Mill. DM

Einnahmen bzw. Ausgaben	April	Mai	Juni ¹⁾	1. Rechn.-Vj. 1950 insgesamt ¹⁾
1. Ordentliche Deckungsmittel insgesamt	619,1	699,6 rd.	720,0	2038,7
a) Steuereinnahmen	619,1	679,6 „	710,0	2008,7
b) Sonstige ordentliche Einnahmen ²⁾	—	20,0	¹⁾ 10,0	¹⁾ 30,0
2. Außerordentliche Deckungsmittel insgesamt	353,7	477,9	608,0	1439,6
a) Zunahme der kurzfristigen Verschuldung	353,7	477,9	101,0	932,6
b) Sonstige außerordentl. Deckungsmittel ³⁾	—	—	507,0	507,0
3. Kassenmäßige Ausgaben (1 + 2)	972,8	1177,5 rd.	1328,0	3478,3
a) Für laufende Haushaltszwecke	972,8	1177,5 rd.	801,0	2951,3
b) Für Sonderbelastungen ⁴⁾	—	—	527,0	527,0
4. Defizit in laufend. Rechnung (3a-1)	353,7	477,9 rd.	81,0	912,6

¹⁾ Schätzung. — ²⁾ Hauptsächlich Ablieferungen der Bundespost. — ³⁾ Verkauf bzw. Lombardierung von im Besitz des Bundes befindlichen Anleihen. — ⁴⁾ Abdeckung des suspense account-Kredits und der rückständigen Verpflichtungen aus den GARIOA-Einführen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die hier angeführten kassenmäßigen Ausgaben des Bundes noch nicht ohne weiteres auch haushaltmäßige Ausgaben widerzuspiegeln brauchen. Sie stellen lediglich diejenigen Beträge dar, die von der Bundeshauptkasse den Ländern und bundeseigenen Unterkassen für Auszahlungszwecke zugewiesen wurden. Ob sie in voller Höhe zur Erfüllung der vom Bund übernommenen Ausgabeverpflichtungen benötigt worden sind, läßt sich vorläufig nicht übersehen. Es ist durchaus möglich, daß sich aus der Tatsache, daß die Bundesausgaben weitgehend auf Grund von Betriebsmittelzuweisungen über die Länderkassen getätigt werden, bei diesen zunächst ein gewisser Bodensatz zu Lasten des Bundes gebildet hat. Auf die Dauer dürften allerdings auch die Haus-

haltsausgaben des Bundes im Monatsdurchschnitt eine Milliarde DM eher übersteigen als dahinter zurückbleiben. Zweifellos kommt also in dem Fehlbetrag der letzten Monate auch das vorläufig noch ungedeckte längerfristige Defizit des Bundeshaushalts¹⁾ zum Ausdruck. Immerhin aber zeigt eine eingehendere Betrachtung, daß der ungewöhnliche Kassenbedarf der letzten Monate seiner Höhe nach weitgehend auf außerordentlichen und zum Teil nur vorübergehenden Faktoren beruhte.

Länderfinanzen

Die Länderfinanzen haben sich im Gegensatz zu den Bundesfinanzen im Juni offenbar verschlechtert. Während sie nämlich in den ersten beiden Monaten, als ganzes betrachtet, eher Kas- senüberschüsse als Kassendefizite aufzuweisen hatten, haben sie im Juni aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Fehlbetrag abgeschlossen. Die Guthaben der Länder im Zentralbanksystem (einschließlich des Betrages an vorübergehend erworbenen Ausgleichsforderungen) sind jedenfalls im Berichtsmonat um rd. 75 Mill. DM zurückgegangen, während die Verschuldung gegenüber den Landeszentralbanken um rd. 35 Mill. DM gestiegen ist, was einer Abnahme der Nettoguthaben um rd. 110 Mill. DM gleichkommt²⁾.

Geht man den Ursachen dieser Verschlechterung nach, so ergibt sich, daß sie einmal bis zu einem gewissen Grade ein natürliches Gegenstück zu der Verbesserung bildet, die in der eigentlichen Haushaltsrechnung des Bundes zu verzeichnen war. Wie bereits ausgeführt, haben die Länder im Juni erstmalig einen Teil der

¹⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1950, S. 14.

²⁾ Die im Zentralbanksystem unterhaltenen Kassenmittel der Länder und beim Zentralbanksystem in Anspruch genommenen Kredite vermitteln allerdings nur einen Teilausschnitt aus der gesamten Kassenposition, da die Länder einen — in seiner Höhe nicht bekannten — Teil ihrer liquiden Mittel bei den Geschäftsbanken unterhalten und eine Reihe von Verschuldungsmöglichkeiten außerhalb des Zentralbanksystems besitzen. Immerhin sind in der Vergangenheit die Veränderungen im Zentralbanksystem in der Regel viel ausgeprägter gewesen als in den sonstigen Bereichen, und offenbar war das auch im Juni der Fall. So ist beispielsweise die gesamte Verschuldung der Länder im Juni mit rd. 45 Mill. DM nur um 10 Mill. DM stärker gestiegen als die Verschuldung gegenüber dem Zentralbanksystem. Es darf daher angenommen werden, daß die Veränderung der kassenmäßigen Position der Länder, wie sie im Zentralbanksystem zutage tritt, zumindest die Richtung der Veränderung angibt und darüber hinaus auch ihren ungefähren Umfang erkennen läßt.

Entwicklung der Nettoguthaben der Länder beim Zentralbanksystem vom 31. März bis 30. Juni 1950 in Mill. DM

Zeit	Guthaben der Länder einschl. erworbener Ausgleichsfordernungen	In Anspruch genommene Kassenkredite	Von den LZB erworbene Schatzwechsel	Nettoguthaben der Länder (1-2-3)
	1	2	3	4
1950 31. März	475,0	102,0	130,0	243,0
30. April	551,3	69,9	91,5	389,9
31. Mai	474,2	48,7	57,1	368,4
30. Juni	398,9	87,4	53,8	257,7
Veränderung Juni gegenüber März	-76,1	-14,6	-76,2	+ 14,7
Veränderung Juni gegenüber Mai	-75,3	+38,7	- 3,3	-110,7

Quoten übernommen, mit denen sie auf Grund des — allerdings noch nicht verabschiedeten — Überleitungsgesetzes in Zukunft an den Bundesausgaben beteiligt werden sollen. Wenn das Überleitungsgesetz gemäß der Vorlage beschlossen wird, wird sich diese Quote — die für die einzelnen Ausgaben zwischen 0 und 25 vH liegen soll — dem absoluten Betrage nach beim bisher zu erwartenden Stande der Bundesausgaben auf ungefähr 1 150 Mill. DM stellen, also im Monatsdurchschnitt nicht viel weniger als 100 Mill. DM betragen. Im Juni wurden die Länder nun zwar noch nicht in der Weise mit der Interessenquote belastet, wie es das Überleitungsgesetz vorsieht, sondern es wurde ein ziemlich überschlägiges, vorläufiges Verfahren zur Anwendung gebracht, auf Grund dessen die Länder wahrscheinlich weniger zu leisten hatten als es im Überleitungsgesetz vorgesehen ist. Andererseits aber wurden die bisher finanzstarken Länder (Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Hamburg, Bremen) auch mit den bei Annahme der Gesetzesvorlage rückwirkend auf die Monate April und Mai entfallenden Quoten herangezogen, so daß die Ausgaben der Länder auf Grund dieser rückständigen Verpflichtungen den künftigen Monatsdurchschnitt überstiegen haben dürften.

Neben diesem Ausgabenanstieg erklärt sich die Verschlechterung in der Kassenlage der Länder aber auch aus der mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1950 vorgenommenen Senkung der Einkommensteuer. Angaben über die Steuerein-

gänge im Juni sind zwar noch nicht veröffentlicht worden, aber infolge der Kumulation des laufenden Steuerausfalls mit den im Juni in vollem Umfang einsetzenden Rückerstattungen für die in den ersten Monaten zuviel bezahlten Steuern ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Aufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer und besonders der Lohnsteuer weit unter den Stand der vorangegangenen Vergleichsmonate gesunken ist. Trotzdem war das gesamte Steueraufkommen nicht niedriger als im Mai, weil einmal die Abnahme des Aufkommens aus der Veranlagten Einkommensteuer gegenüber dem Mai dadurch gemildert wurde, daß nach der neuen Regelung im Juni ein Hauptzahlungstermin für die Veranlagte Einkommensteuer lag und der Rückgang deshalb nicht ganz so stark war, wie er zwischen zwei Monaten mit normalen Steuerterminen gewesen wäre, und daß gleichzeitig die Körperschaftsteuer, für die im Juni gleichfalls ein Hauptzahlungstermin lag, wesentlich mehr erbrachte als im Mai.

Die nur geringe Zunahme der Verschuldung der Länder im Juni (+ 45 Mill. DM) zeigt jedoch, daß die Länder zum großen Teil über hinreichende Reserven verfügten, um der seit längerem erwarteten Anspannung ihrer Finanzlage zu begegnen. Eine nicht geringe Rolle spielte in diesem Zusammenhang, daß sich im vergangenen Vierteljahr unter dem Einfluß der neuen Finanzregelung zwischen Bund und Ländern die krassen Unterschiede, die früher in der Finanzlage bestanden, bereits etwas verringert haben. Vergleicht man jedenfalls die Entwicklung der Nettoguthaben, die die bisher „finanzstarken“ und die bisher „finanzschwachen“ Länder im Zentralbanksystem unterhalten, so ergibt sich, daß sich der Status der finanzstarken Länder von Ende März bis Ende Juni um rd. 81 Mill. DM verschlechtert hat, während die finanzschwachen Länder ihre Position durch Erhöhung der Guthaben oder Abbau ihrer Verschuldung um rd. 96 Mill. DM verbessern konnten. Eine Ausnahme bildete unter den finanzschwachen Ländern lediglich Schleswig-Holstein, wo die Nettoverschuldung gegenüber dem Zentralbanksystem weiterhin zunahm. Aus diesem Grunde kommt dem soeben vom Bundesrat genehmigten Gesetz über eine vorläufige Finanzhilfe für Schleswig-Holstein besondere Bedeutung zu.

Veränderung in den Nettoguthaben der einzelnen Länder
beim Zentralbanksystem
vom 31. März bis 30. Juni 1950
in Mill. DM

Länder	Nettoguthaben am		Verbes- serung (+) Verschlech- terung (-)
	31. März	30. Juni	
4 Finanzstarke Länder	423,5	342,3	- 81,2
7 Finanzschw. Länder	- 180,7	- 84,6	+ 96,1
Länder insgesamt	242,8 ¹⁾	257,7	+ 14,9 ¹⁾

¹⁾ Differenz zu der entsprechenden Position in der voranstehenden Tabelle (S. 16) durch Abrunden.

Die weitere Entwicklung der Länderfinanzen wird nun in erster Linie von der Höhe der künftigen Steuereinnahmen abhängen, da die Ausgaben im Juni ein Niveau erreicht haben, das in den noch folgenden Monaten des Rechnungsjahres im Durchschnitt kaum mehr überschritten werden dürfte. Wenn unter dem doppelten Einfluß des Wirtschaftsanstiegs und der durch die Steuersenkung verminderten Tendenzen zur Steuerevasion die erwartete Erholung des Steueraufkommens eintritt, so müßte es auf Grund der in den vorangegangenen Berichten¹⁾ angegebenen Größenordnungen der den Ländern verbliebenen Einnahmen und Ausgaben möglich sein, im laufenden Jahr ein ungefähres Gleichgewicht in den Haushalten zu wahren.

Übrige öffentliche Haushalte

Bei der Soforthilfe dürften im Juni die Auszahlungen um ein geringes größer gewesen sein als die Eingänge. Da in den Juni überhaupt kein Zahlungstermin fiel, handelt es sich bei den

Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	insgesamt	davon	
		Allgemeine Soforthilfeabgabe	Soforthilfe-sonderabgabe
Rechnungsjahr 1949/50	1 300,0	1 040,8	259,2
1950/51 April	74,1	57,6	16,5
Mai	226,4	213,7	12,7
Juni ¹⁾	88,0	77,0	11,0
insgesamt	1 688,5	1 389,1	299,4

¹⁾ Darin französische Zone geschätzt.

¹⁾ Vgl. insbesondere: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1950, S. 15 und 16.

Eingängen in Höhe von schätzungsweise 88 Mill. DM um Nachzahlungen für die am 20. Mai 1950 und teilweise auch schon an den früheren Zahlungsterminen fälligen Abgaben.

Die Eingänge in Höhe von rd. 88 Mill. DM wurden von den Auszahlungsanweisungen um rd. 10 Mill. DM übertroffen, wobei noch unsicher ist, ob die zur Auszahlung angewiesenen Beträge in vollem Umfang in den Verkehr geflossen sind. Die noch un verausgabten (wenn auch zum größten Teil bereits — vor allem für Investitionen — bereitgestellten) Guthaben der Soforthilfebehörden waren daher Ende Juni noch immer beträchtlich. Mit einer Verminderung ist jedoch für den Juli und zumindest für die beiden ersten Dekaden im August zu rechnen, da die nächste Abgaberate erst am 20. August 1950 fällig wird und in den kommenden Wochen erhebliche Abrufe für den Wohnungsbau erwartet werden.

Über die Gemeindefinanzen liegen nunmehr vorläufige, teilweise auf Schätzungen beruhende Ergebnisse für das gesamte Rechnungsjahr 1949 vor. Danach betragen die Gesamtausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände (abzüglich der Zahlungen der Gemeinden untereinander) rd. 6,5 Mrd. DM. In diesem Betrag sind die in der Zeit nach dem 31. März 1950 noch für Rechnung des abgelaufenen Finanzjahres verbuchten Ausgaben nicht enthalten, so daß eher noch mit einer Erhöhung der Ausgaben-summe gerechnet werden kann. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Gemeinden nahezu 4 Mrd. DM aus eigenen Einnahmen und rd. 2,2 Mrd. DM an allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen aus den Länderhaushalten zur Verfügung, so daß sie nur mit einem relativ kleinen Restbetrag in Höhe von gut 300 Mill. DM auf außerordentliche Deckungsmittel, nämlich auf Kredite und Rücklagen, zurückgreifen mußten. Berücksichtigt man, daß die Investitionsausgaben sich im gleichen Zeitraum auf gut 1,1 Mrd. DM beliefen, so muß der Überschuß der laufenden Rechnung, der vor allem zur Finanzierung der im außerordentlichen Haushalt erscheinenden Investitionsausgaben verwendet wurde, nicht unerheblich gewesen sein.

Von den eigenen ordentlichen Haushaltseinnahmen der Gemeinden, die mit 4 Mrd. DM so-

Aufkommen aus Gemeindesteuern im Bundesgebiet
im Rechnungsjahr 1949

Steuerarten	Steueraufkommen		Aufkommen 1949 in vH des Aufkommens 1948
	im Rechnungs- jahr 1949 in Mill. DM	in vH des Gesamt- steuer- auf- kommens	
Grundsteuern	1 065,5	44,3	108
Gewerbsteuer	1 087,3	45,0	131
Vergnügungssteuern	114,0	4,7	76
Sonstige Steuern	141,9	5,9	169
Zusammen	2 408,7	100,0 ¹⁾	117

¹⁾ Differenz durch Abrunden.

mit rd. zwei Drittel der gesamten Einnahmen betragen und die für eine unabhängige Haushaltsführung der Gemeinden von ausschlaggebender Bedeutung sind, entfielen 2,4 Mrd. DM auf Steuern, 1,5 Mrd. DM auf Gebühren, Beiträge usw. und der kleine Rest auf Gewinne der gemeindlichen Betriebe. Während die Angaben über die Ausgaben und einen Teil der Einnahmen zum Teil auf Schätzungen beruhen, liegen für die Steuern nunmehr exakte Angaben vor. Sie stiegen von 560 Mill. DM im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1949 auf 627 Mill. DM im letzten Viertel. In besonderem Maße war an dieser Steigerung die Gewerbesteuer beteiligt, da

sie, im Gegensatz zu den übrigen gemeindlichen Realsteuern, insofern elastischer ist, als sie auch am Gewerbeertrag partizipiert.

Auch im neuen Haushaltsjahr hat sich die Lage der Gemeindefinanzen kaum wesentlich geändert. Nach den Ausweisen der Bankenstatistik hielt sich die Zunahme der kurzfristigen Verschuldung in der Zeit von Ende März bis Ende Mai 1950 mit nur 4 Mill. DM in sehr engen Grenzen, was darauf schließen läßt, daß zumindest die ordentlichen Haushalte ausgeglichen waren. Dagegen ist die langfristige Kreditanspruchnahme, wohl im Zusammenhang mit der im Frühjahr stärker in Gang gekommenen Investitionstätigkeit der Gemeinden, relativ stark angestiegen. Die an die Gemeinden gewährten Kommunaldarlehen, die bei der Unergiebigkeit des Kapitalmarkts für Gemeindeemissionen die Hauptform der langfristigen Verschuldung darstellen, sind im Verlauf der Monate April und Mai um rd. 63 Mill. DM gewachsen.

Für den Bereich der Sozialversicherungen liegen nunmehr die Ergebnisse der Renten- und Krankenversicherungen für das erste Kalendervierteljahr 1950 vor, und zwar erstmals auch für die Länder der französischen Zone. Danach erzielten die Renten- und Krankenversicherungen bei Einnahmen in Höhe von

Finanzergebnisse der Sozialversicherungen¹⁾ im Bundesgebiet im ersten Kalendervierteljahr 1950
in Mill. DM

Versicherungszweige	Einnahmen				Ausgaben					Überschuß (+) oder Defizit (-)
	insgesamt	davon			insgesamt	davon				
		Beiträge	Zuschüsse der Länder	Übrige Einnahmen		Renten bzw. Krankengeld	Sonstige Versicherungsleistungen	Verwaltungs- ausgaben	Übrige Ausgaben	
Krankenversicherung	538,6	530,4 ²⁾	—	8,2	536,1	129,5	357,5	36,5	12,6	+ 2,5
Rentenversicherung der Arbeiter	581,6	484,9	91,4	5,3	536,0	461,5	59,3	12,1	3,1	+ 45,6
Rentenversicherung der Angestellten	235,2	229,7	3,5	2,0	214,6	193,4	15,7	4,5	1,0	+ 20,6
Knappschaftliche Rentenversicherung	144,1	109,3	16,1	18,7	141,2	127,1	9,7	3,8	0,6	+ 2,9
Rentenversicherungen insgesamt	(960,9)	(823,9)	(111,0)	(26,0)	(891,8)	(782,0)	(84,7)	(20,4)	(4,7)	(+ 69,1)
Sozialversicherungen ¹⁾ insgesamt	1 499,5	1 354,3	111,0	34,2	1 427,9	911,5	442,2	56,9	17,3	+ 71,6

¹⁾ Nur Kranken- und Rentenversicherungen. — ²⁾ Einschließlich Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner.

rd. 1 500 Mill. DM und Ausgaben in Höhe von rd. 1 428 Mill. DM einen Überschuß im Betrage von rd. 72 Mill. DM, der bis auf einen kleinen Rest auf das Konto der Rentenversicherungen kommt. Damit setzte sich die seit Mitte vorigen Jahres — seit dem Sozialversicherungsanpassungsgesetz — begonnene Entwicklung fort, nach der die Rentenversicherungen weiterhin in gewissem Umfang Überschüsse bilden. Allerdings liegt ein echter Überschuß nur im Falle der Angestelltenversicherung vor, da bei der Invalidenversicherung und der Knappschaftsversicherung die staatlichen Zuschüsse erheblich höher waren als die erzielten Überschüsse.

abgesehen von Erstattungen der Länder für die im Vorjahr in Anspruch genommenen Vorschüsse. Im April wurde bei Einnahmen von rd. 77 Mill. DM und Ausgaben in Höhe von rd. 71 Mill. DM ein Überschuß von rd. 6 Mill. DM erzielt. Allerdings stecken in den Einnahmen rd. 4 Mill. DM an nachträglichen Erstattungen der Länder für die Arbeitslosenfürsorge, so daß sich für die vom Arbeitsstock zu tragende Arbeitslosenunterstützung nur eine Mehreinnahme von rd. 2 Mill. DM ergab.

Da die Arbeitslosigkeit in den Monaten Mai und Juni weiter zurückgegangen ist, darf angenommen werden, daß die Überschüsse inzwischen

Der finanzielle Status der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Einnahmen- Überschuß (+) oder Fehl- betrag (-)	Reserven des Arbeits- stocks, ohne die Erstat- tungs- rück- stände der Länder ¹⁾	Von den Ländern noch nicht wieder erstattete Arbeits- losen- fürsorge ¹⁾	Zahl der Haupt- unter- stüt- zungs- emp- fänger
	ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	darunter					
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- für- sorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- für- sorge				
1949 April/Dez.	1 195,0	899,2	290,7	1 094,3	459,3	405,0	+101,7	555,6	166,2	1 203 011
1950 Januar	155,8	86,4	68,8	161,3	71,1	70,3	- 5,5	550,1	167,8	1 445 531
Februar	147,8	73,0	74,1	176,1	83,2	74,2	- 28,3	521,8	167,9	1 621 744
März	166,9	87,9	78,4	216,1	94,0	92,9	- 49,2	472,7	182,3	1 544 403
Nachtrag	17,4	1,3	15,8	30,7	9,4	7,2	- 13,3	459,4	173,7	.
Rechnungsjahr 1949 ²⁾	1 684,0 ³⁾	1 147,7 ³⁾	527,8	1 678,5	716,9 ³⁾	649,7 ³⁾	+ 5,4	459,4	173,7	1 544 403
1950 April	76,9	72,8	3,8	71,1	55,4	-	+ 5,8	453,1	170,1	1 446 024
Mai	-	.	.	.	1 362 787

¹⁾ Stand am Ende der Berichtszeit. — ²⁾ April 1949 bis März 1950. — ³⁾ Differenz durch Abrundung.

Der Status der Arbeitslosenversicherung hat sich im neuen Rechnungsjahr, für das bisher nur die Ergebnisse des Monats April vorliegen, entscheidend gebessert, was darauf zurückzuführen ist, daß der Bund ab 1. April 1950 die Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge übernommen hat, während bisher der Arbeitsstock für diese Ausgaben in Vorlage zu treten hatte, und die Erstattungen für die betreffenden Aufwendungen von seiten der hierzu verpflichteten Länder nur mit großer Verspätung oder bisher auch überhaupt noch nicht erfolgten. Die Arbeitslosenfürsorge erscheint daher künftig nicht mehr im Status der Arbeitslosenversicherung,

weiter angestiegen sind. Zusammen mit den Rentenversicherungen, deren finanzielle Lage sich gegenüber dem oben ausgewiesenen Vierteljahr Januar/März kaum verändert haben wird, dürften die Sozialversicherungen im ersten Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres Überschüsse in der Größenordnung von rd. 100 Mill. DM aufgewiesen haben.

Um das Bild der öffentlichen Finanzen abzurunden, sei schließlich noch ein kurzer Hinweis auf die Finanzlage der beiden größten öffentlichen Unternehmen, der Bahn und der Post, gegeben. Die Verschuldung der Bundesbahn belief sich Ende Juni 1950 auf 1 428,5 Mill. DM. Etwa 560 Mill. DM dieses Betrages

bestehen aus langfristigen, der Rest aus kurzfristigen Krediten. Der größte Teil der kurzfristigen Kredite (nämlich rd. 400 Mill. DM) ist durch Schatzwechselemissionen am Geldmarkt aufgenommen worden. Weitere rd. 250 Mill. DM sind in unverzinslichen Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von 6 Monaten verbrieft oder sie bestehen aus Akzeptverbindlichkeiten. Die übrigen kurzfristigen Kredite stammen größtenteils von der Deutschen Verkehrskredit-Bank oder von der Bank deutscher Länder, bei der die Bundesbahn Kassenkredite aufnehmen kann. In den Monaten April bis Juni ist die kurzfristige Verschuldung der Bundesbahn um rd. 136 Mill. DM gewachsen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Mittel — ebenso wie der bei weitem größte Teil der früher aufgenommenen Kredite — für die über Kapitalrechnung finanzierten Investitionen Verwendung fand. Kredite für die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung vorgenommenen Investitionen spielen dabei eine erhebliche Rolle. Allerdings ist auch die Betriebsrechnung der Bundesbahn nicht ausgeglichen. In der Zeit von Januar bis April 1950 (dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen) schloß sie mit einem Fehlbetrag von 85 Mill. DM ab, im Geschäftsjahr 1949 (das sich mit dem Kalenderjahr deckt) mit einem Fehlbetrag von rd. 39 Mill. DM, bei Einnahmen von 3 687 Mill. DM und betriebszugehörigen Aufwendungen von

¹⁾ Über die Kapitalrechnung wurden im Jahre 1949 fast eine halbe Milliarde DM Aufwendungen für die Beseitigung von Kriegsschäden und die Erstellung neuer Anlagen verbucht. Nicht zu den Betriebsaufwendungen gebucht wurden ferner die über 200 Mill. DM betragenden

3 726 Mill. DM¹⁾. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Einnahmen der Bundesbahn in der zweiten Jahreshälfte gewöhnlich höher sind als in der ersten, so daß aus dem bisherigen Fehlbetrag noch keine zuverlässigen Rückschlüsse auf das Gesamtergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezogen werden können. Immerhin ist die Ordnung der Bundesbahnfinanzen ein dringendes kreditpolitisches Erfordernis.

Der Haushalt der Post war bisher im wesentlichen ausgeglichen. Eine genaue Beurteilung wird allerdings dadurch erschwert, daß die verschiedenen Sparten des Postgeschäfts — Postscheckamt, Postsparkasse und übriger Postbetrieb — finanziell nicht klar voneinander geschieden sind. Die Post kann infolgedessen sowohl zur Finanzierung der über ihre Kapitalrechnung laufenden Investitionen wie auch zur Deckung eventueller Fehlbeträge im eigentlichen Postbetrieb auf ihre bankgeschäftlichen Einlagen zurückgreifen. Immerhin scheint die Betriebsrechnung auch unter Einrechnung der Ablieferungsverpflichtungen gegenüber dem Bund (120 Mill. DM) und der Zinsen für die von der Post zu bedienenden Ausgleichsforderungen (etwa 22 Mill. DM) ungefähr ausgeglichen zu sein. Abgesehen von einem kleineren vorübergehenden Kredit beim Arbeitslosenstock im vergangenen Jahr hat die Post bisher jedenfalls noch keine Fremdfinanzierungsmittel in Anspruch genommen.

öffentlichen Lasten der Bundesbahn (174 Mill. DM jährliches Ablieferungs-Soll an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bzw. den Bund — wovon 1949 allerdings nur 72 Mill. DM gezahlt wurden — und 32 Mill. DM für die Verzinsung von Ausgleichsforderungen).

Produktion, Absatz, Beschäftigung

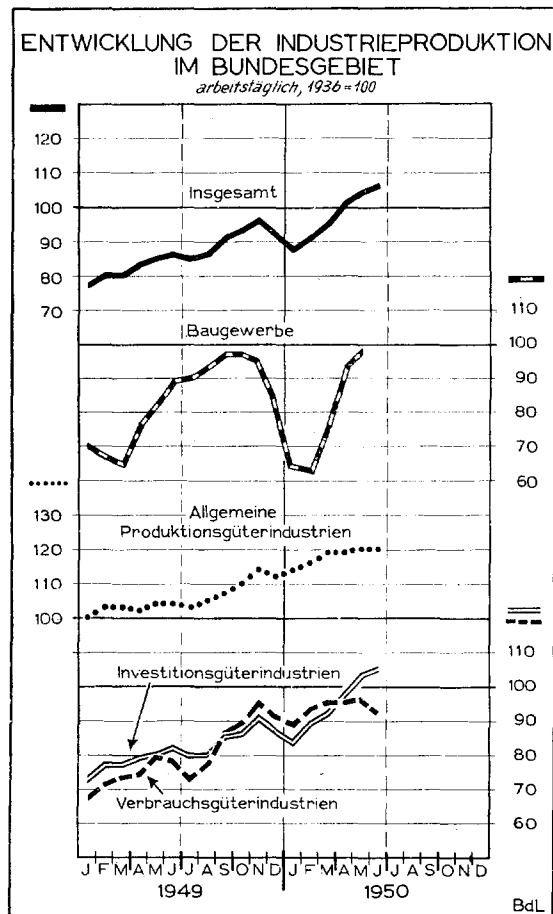
Gewerbliche Wirtschaft

In der gewerblichen Wirtschaft hat sich der seit Frühjahr dieses Jahres wieder im Gang befindliche Aufschwung in den letzten Wochen fortgesetzt. Die auch die Bauwirtschaft umfassende Indexziffer der Industrieproduktion ist, obwohl sie sich im April nach der nunmehr vorliegenden endgültigen Berechnung um nicht weniger als 6 Punkte erhöht hatte, im Mai wiederum um 3 Punkte und im Juni (nach vorläufiger Berechnung) nochmals um 2 Punkte gestiegen. Ihr Gesamtanstieg gegenüber dem —

sowohl durch saisonale wie konjunkturelle Einflüsse bestimmten — Tiefpunkt im Januar betrug damit gut 20 vH. Das ist eine Zunahme, die über die im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs erzielte weit hinausgeht und nur wenig hinter der Steigerung zurückbleibt, die im vergangenen Jahr zwischen dem Tiefpunkt im Januar und dem Höhepunkt im November, also in etwa der doppelten Zeitspanne, zu verzeichnen war. Aber auch der weniger von Saisoneinflüssen abhängige Index der Industrieproduktion ohne Bau- und Genußmittelindustrien ist von Ja-

nuar bis Mai 1950 Monat für Monat um 2 bis 3 Punkte oder insgesamt um 11 vH gestiegen. Beide Indexreihen haben damit den Durchschnittsstand von 1936 um 7 bzw. 5 vH überschritten, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Bevölkerung des Bundesgebiets seit 1936 um etwa 25 vH (= 9,8 Millionen) zugenommen hat, so daß, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, der industrielle Ausstoß noch immer um 15 vH unter dem damaligen Stande liegt.

Was die Triebkräfte des Konjunkturanstiegs anbelangt, so ist anzunehmen, daß sich in den letzten Wochen der Einfluß der im Frühjahr eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas verstärkt hat. Die Anlaufschwierigkeiten, denen das Arbeitsbeschaffungsprogramm zunächst begegnete, sind jedenfalls allmählich überwunden worden, so daß dem Einsatz der zugesagten Kredite nun nichts mehr im Wege steht. Die Inanspruchnahme der Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems, die, wie oben auseinandergesetzt, noch immer relativ gering ist, bildet dabei keinen unbedingten Maßstab der Entwicklung, weil manche Geldinstitute die erforderlichen Beträge zunächst aus eigener Kraft aufbringen können und sich überdies die Wirkungen der Arbeitsbeschaffung über eine entspre-



Indeziffern der Industrieproduktion im Bundesgebiet
arbeitstäglich; 1936 = 100

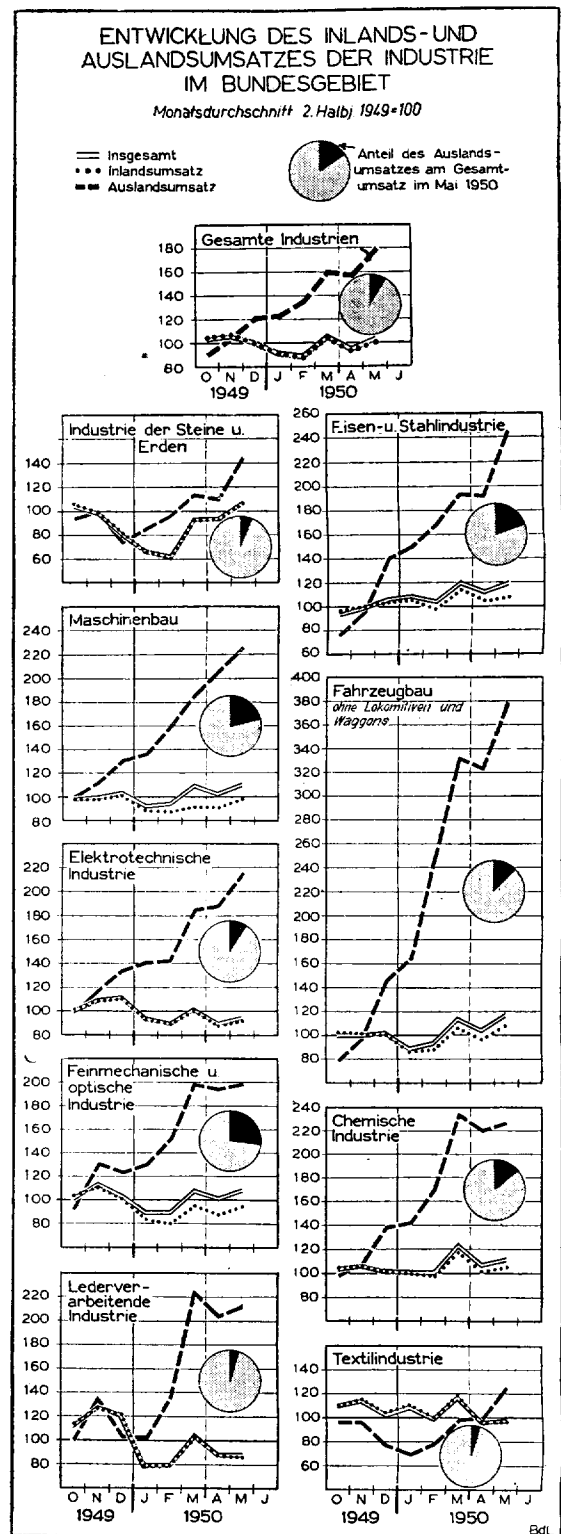
(Fettgedruckte Ziffern bisheriger Höchststand; Kursivziffern (unterstrichen) Höchststand im Vorjahr)

Zeit	Gesamt	ohne Baugewerbe u. Genußmittelindustrien	Investitionsgüter			Allgemeine Produktionsgüter	Verbrauchsgüter	Bauwirtschaft
			Gesamt	Rohstoffe	Fertigwaren			
1949 Januar	78	80	74	63	81	101	68	71
Februar	81	84	78	67	86	104	72	68
März	81	84	78	67	84	104	74	66
April	84	86	80	71	85	103	75	77
Mai	86	88	81	75	85	105	80	83
Juni	87	88	83	76	87	105	79	90
Juli	86	86	81	76	83	104	74	91
August	87	87	81	<u>78</u>	83	106	78	94
September	92	92	86	77	91	108	87	<u>98</u>
Oktober	94	95	87	75	95	111	90	98
November	<u>97</u>	<u>92</u>	<u>92</u>	77	<u>101</u>	<u>115</u>	<u>96</u>	96
Dezember	93	96	88	73	97	113	92	84
1950 Januar	89	95	85	73	93	115	90	65
Februar	92	98	90	74	99	117	94	64
März	96	101	93	79	101	120	96	77
April ¹⁾	102	104	99	83	109	120	96	94
Mai	105	106	104	89	113	121	97	103
Juni ²⁾	107	105	106	92	115	121	93	

¹⁾ Teilweise berichtet. — ²⁾ Vorläufig.

chende Auftragserteilung vielfach schon geltend machen, bevor die in Aussicht gestellten Finanzierungsmittel benötigt werden. Allerdings dürften die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bisher nur einen und sicher keineswegs den entscheidenden Impuls der Aufwärtsbewegung gebildet haben. Für die starke Entfaltung der Bautätigkeit spielte z. B. zumindest bis in den Mai hinein eine überaus wichtige Rolle, daß aus der vorjährigen Bausaison noch ein beträchtlicher „Überhang“ an unvollendeten, aber in Bezug auf die Baufinanzierung großenteils nicht gesicherten Wohnungen vorhanden war, deren Finanzierung aber bis zum Frühjahr in vielen Fällen geregelt werden konnte, und die nun fertiggestellt wurden. Eine kürzlich vorgenommene Zählung hat ergeben, daß es sich dabei um eine viel höhere Ziffer handelte als bisher im allgemeinen vermutet worden war, nämlich um über 300 000 Wohnungen. Sie erklärt sich daraus, daß im vergangenen Jahr die Bautätigkeit relativ spät eingesetzt hatte und ein großer Teil der Vorhaben infolgedessen bei Einbruch des Winters noch nicht abgeschlossen war. Die Fertigstellung dieser Bauten bot nun einen Ersatz dafür, daß in diesem Jahr gewisse Projekte, namentlich im sozialen Wohnungsbau, wiederum verhältnismäßig spät zur Ausführung gelangt sind, so daß trotz der bekannten Verzögerungen bei dem mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau die baugewerbliche Produktion bereits im Mai 1950 den vorjährigen Höhepunkt von September und Oktober überschritt. Aber die wachsende Zahl der Baugenehmigungen zeigt, daß nunmehr auch die neuen Programme mehr und mehr zum Zuge kommen.

Ein außerordentlich starker Impuls geht auf die Produktionsentwicklung daneben auch weiterhin von der bemerkenswerten Zunahme des Exports aus. Wie aus dem nebenstehenden Bild ersehen werden kann, ist der Auslandsabsatz für eine Reihe von Industrien in den ersten Monaten des Jahres 1950 sogar der einzige Expansionsfaktor gewesen, denn während der Inlandsabsatz teilweise erheblich unter dem Durchschnitt des 2. Halbjahres blieb, ist der Auslandsabsatz fast durchweg stark gewachsen. In den letzten Monaten hat diese Zunahme angehalten. Insgesamt ist die Ausfuhr von etwa 400 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des 4. Viertel-



jahres 1949 auf fast 600 Mill. DM im Mai 1950 gestiegen. Aufs Jahr umgerechnet, entspricht das einer Erhöhung um beinahe 2,4 Mrd. DM, d. h. einem Betrage, der sich mit der für das laufende Jahr erstrebten Zunahme des Investitionsvolu-

mens durchaus vergleichen kann. Was das für den Aufschwung bedeutete, kann man sich statistisch am einfachsten an Hand einer Berechnung der Exportwirkungen auf die Beschäftigungslage vergegenwärtigen. Aus den Angaben der Industrieberichterstattung über Umsatz und Beschäftigung kann man schließen, daß im 4. Vierteljahr 1949 in der gesamten Industrie (also auch in den von der Industrieberichterstattung nicht erfaßten Betrieben) etwa 425 000 Arbeitskräfte für den Export tätig waren. Im April war diese Ziffer bereits auf rund 550 000 gestiegen, und für den Mai und Juni kann man mit einer weiteren Zunahme um mindestens 50 000 rechnen. Seit dem 4. Vierteljahr 1949 hat sich also die Beschäftigung für den Export um mindestens 175 000 bis 200 000 erhöht. Die Gesamtbeschäftigung ist dagegen vom Durchschnitt September/Dezember 1949 bis Juni 1950 um rd. 270 000 gewachsen. Man kann mithin annehmen, daß rund zwei Drittel bis drei Viertel dieser Zunahme allein auf die direkten Beschäftigungswirkungen der Exportzunahme entfallen. Rechnet man dazu noch die Sekundärwirkungen dieser Erweiterung und berücksichtigt man ferner, daß die Auslandsaufträge zur Zeit noch wachsen und die Produktion für den Export daher noch größer sein dürfte als die laufenden Exportziffern erkennen lassen, so drängt sich unwillkürlich der Schluß auf, daß der Ausfuhranstieg zumindest in jenem Teil der Aufwärtsbewegung, der über den Rückschlag vom vergangenen Winter hinausging, die bei weitem wichtigste Triebkraft gewesen sein dürfte.

Dem entspricht es auch, daß diejenigen Industrien, die eine besonders gute Entwicklung der Exportaufträge verzeichnen können, wie namentlich die Investitionsgüterindustrien — die freilich auch durch die Auswirkungen der Baukonjunktur zunächst stärker als die übrigen Industriezweige berührt werden —, bis in die letzte Zeit eindeutig die Führung des Aufschwungs hatten, während in den anderen Industriegruppen, also in den Verbrauchsgüterindustrien und in der Gruppe der sogenannten „allgemeinen Produktionsgüter“, die Erzeugung im allgemeinen weiter stagnierte. Die Kohlenförderung ist arbeitstäglich im Juni sogar erneut zurückgegangen. Zum Teil beruht diese Entwicklung zwar nur darauf, daß am Fronleichnamstag

und am Peter-und Paul-Tag, die in den wichtigsten Revieren keine gesetzlichen Feiertage sind und daher als Arbeitstage gezählt werden, gleichwohl nur geringe Förderergebnisse erzielt wurden; aber daneben spielen auch die schon im letzten Monatsbericht erwähnten Absatzschwierigkeiten eine Rolle. Immer mehr zeigt sich, daß ein großer Teil der Abnehmer seit der Aufhebung der Kohlebewirtschaftung am 1. April 1950 weit vorsichtiger als früher disponiert, zumal sich gezeigt hat, daß die hie und da befürchteten Verknappungserscheinungen nicht eingetreten sind. Während die Kohlenvorräte der Industrie infolgedessen vielfach gesunken sind, haben die Haldenbestände der Zechen von Ende Mai bis Ende Juni von 1 106 Mill. t auf 1 776 Mill. t an Steinkohle und Koks zugenommen, so daß die Zechen die Förderung zunächst etwas beschränkten, indem sie die natürlichen Abgänge in der Belegschaft nicht ergänzten und die Arbeiter teilweise schon im Juni zur Inanspruchnahme ihres Urlaubs veranlaßten. Der Grundtendenz nach ist der Verbrauch an Kohle und Koks trotz der Rationalisierungsfortschritte in der Wärmewirtschaft vieler Industriezweige aber weiter im Wachsen, so daß die gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten in der Hauptsache nur eine Anpassung an die durch die Aufhebung der Bewirtschaftung und die bis vor kurzem herrschende Stagnation der Kohlenexporte entstandene Marktlage darstellen. Für die zweite Hälfte des Jahres wird jedoch eher wieder mit einer Versteifung des Marktes gerechnet.

Auch für die Stagnation der Verbrauchsgüterproduktion spielen — neben der Tatsache, daß wichtige Verbrauchsgüterindustrien, wie vor allem die Textilindustrie, eine nur geringe Zunahme der Auslandsaufträge verzeichnen — Lagerbewegungen teilweise eine große Rolle. Die Textilindustrie z. B. scheint bis in die neueste Zeit hinein versucht zu haben, ihre im Frühjahr teilweise recht hohen Lagerbestände weiter zu vermindern, und hat zu diesem Zweck offenbar auch scharfe neue Preisreduktionen nicht gescheut. Auf der anderen Seite jedoch hat sich die Belegung der Einzelhandelsumsätze im Juni fortgesetzt und konjunkturell wahrscheinlich noch verstärkt. Das hängt nicht nur mit den bereits im letzten Monatsbericht geschilderten Faktoren — also der anhaltenden

Einkommensteigerung infolge der zunehmenden Beschäftigung und der langsam aber ständig steigenden Löhne, der Steuersenkung und der im Juni einsetzenden Einkommensteuerrück-
erstattungen und schließlich der fortdauernden Verminderung der Ernährungskosten — zusammen, sondern vor allem auch mit gewissen Vor-
eindeckungen, zu denen sich ein Teil der Konsumenten gegen Ende des Monats, offenbar unter dem Einfluß des Korea-Konflikts und der verstärkten Preissteigerungen an den Weltmärkten, veranlaßt sah. Der Absatz von Möbeln und

gensatz zur Textilindustrie übrigens schon im Mai wieder einen beachtlichen, wenn auch zum großen Teil saisonbedingten, Produktionsanstieg aufwies, in den letzten Wochen einen anhaltend günstigen Auftragseingang buchen. Dieser erhöhten Nachfrage muß sich aber auch die Produktion in dem Maße anpassen, als eine weitere Verminderung ihrer Vorräte nicht möglich ist oder zweckmäßig erscheint, so daß damit gerechnet werden kann, daß sich allmählich auch die Verbrauchsgüterindustrien dem Aufschwung der übrigen Industrien anschließen. Im Juni scheint

Zur Umsatzbewegung im Einzelhandel des Bundesgebiets im Jahre 1950
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
(nach Angaben des Instituts für Handelsforschung, Köln)

Gruppe	Januar	Februar	März	April	Mai
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6,8	— 1,8	— 5,9	— 9,9	— 4,0
Textilien und Bekleidung	+ 27,4	+ 18,2	+ 18,6	+ 6,1	+ 28,6
Hausrat und Wohnbedarf	+ 10,2	+ 9,1	+ 21,0	+ 17,8	+ 21,2
darunter:					
Möbel	+ 33,6	+ 37,8	+ 52,3	+ 48,0	+ 48,5
Sonstiges	+ 4,5	+ 0	+ 4,9	+ 7,3	+ 11,4
Insgesamt	+ 12,3	+ 5,2	+ 5,1	— 0,4	+ 10,6

Hausrat ist überdies auch dadurch gefördert worden, daß infolge des oben erwähnten „Überhangs“ aus der vorjährigen Bausaison in diesem Jahr bereits ein erheblicher Bestand an Wohnungen bezugsfertig geworden ist, während im vorigen Jahr um diese Zeit das Möbel- und Hausratgeschäft fast völlig daniederlag. Diese relativ starke Belebung hat nun aber auch den Einzelhandel veranlaßt, aus der starken Reserve, die er zumindest bis Mai an den Tag gelegt hatte, herauszutreten und seine Aufträge an die Industrie erheblich zu erhöhen, zumal ähnliche Erwägungen, wie sie für einen Teil der Konsumenten maßgebend waren, auch ihn bestimmten, sich allmählich wieder etwas stärker einzudecken. Im Bekleidungs-gewerbe z. B. ist es infolgedessen in diesem Jahr wieder zu einer frühzeitigen Erteilung der üblichen „Stammorders“ für Herbst und Winter gekommen, aber auch Sommerware wurde bei den in den letzten Wochen abgehaltenen Verkaufsveranstaltungen der Damenbekleidungsindustrie noch viel gefragt. Ebenso konnte die Schuhindustrie, die im Ge-

das allerdings noch nicht der Fall gewesen zu sein. Nach vorläufigen Produktionsergebnissen soll hier die Produktion teilweise sogar etwas eingeschränkt worden sein.

Landwirtschaft

Das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich, abgesehen von den saisonüblichen Schwankungen, in den letzten Monaten ungefähr auf der in den früheren Berichten gekennzeichneten Linie fortentwickelt. Nur bei Milch war die Angebotszunahme nicht ganz so stark wie erwartet. Das liegt vor allem daran, daß im Winter verhältnismäßig viel Kraftfutter verwendet worden war und die Produktion daher in den ersten Monaten des Jahres auf einem Niveau gelegen hatte, demgegenüber die Zunahme in den folgenden Monaten doch nicht ganz das saisonübliche Maß erreichte. Da überdies der Milchkonsum in letzter Zeit merklich zugenommen hat, ist das erwartete Überangebot an Butter bisher nicht sehr in Erscheinung getreten, so daß die Buttereinlagerung zunächst

erheblich geringer ist als ursprünglich vorgesehen. Der Getreidemarkt wurde in den letzten Wochen weiter zum größten Teil aus der Bundesreserve gespeist. Trotzdem war diese am 1. Juli 1950 mit 1 Mill. t etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Im übrigen steht die landwirtschaftliche Produktion gegenwärtig im Zeichen der allmählich einsetzenden Ernte. Welchen Ertrag diese aufweisen wird, läßt sich im Augenblick naturgemäß noch nicht übersehen, aber wenn in den unmittelbar bevorstehenden Wochen die Wetterbedingungen nicht wesentlich schlechter sind als bisher, wird die wirtschaftliche Erholung wahrscheinlich ebenso wie in den beiden Vorjahren wiederum durch eine überdurchschnittlich gute Ernte begünstigt werden. Das Bundesernährungsministerium nimmt jedenfalls an, daß die Getreideerträge nur um etwa 3 bis 5 vH hinter den außergewöhnlich hohen Erträgen des Vorjahres zurückbleiben werden, und auch die Wachstumsbedingungen für Kartoffeln und andere Hackfrüchte sowie der Stand der Wiesen und Weiden sind bisher durchaus günstig. Vorläufig sieht es also so aus, als würde es zumin-

gelaufenen Wirtschaftsjahr bereits auf 94 vH des Vorkriegsstandes gestiegen, während die Nahrungsmittelproduktion, d. h. die Summe der im Inland erzeugten Nahrungsmittel einschließlich der mit Hilfe eingeführter Futtermittel produzierten tierischen Erzeugnisse, gegenüber dem Vorjahr zwar erheblich zugenommen hat, aber noch immer um 12 vH unter dem Vorkriegsstand lag; das erklärt sich daraus, daß ein relativ größerer Teil der heimischen Bodenproduktion für den inneren Wirtschaftsverbrauch, nämlich als Saatgut und Zugviehfutter, benötigt wurde und die Viehbestände erst im Wiederaufbau begriffen sind, so daß der Nutzeffekt des Futteraufwands noch nicht der gleiche ist wie in der Vorkriegszeit. Bei der Beurteilung der Ziffern ist weiter zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung des Bundesgebiets 1949/50, vor allem infolge des Flüchtlingszustroms, um etwa 25 vH größer war als vor dem Kriege, so daß, je Kopf der Bevölkerung gerechnet, der Abstand der heimischen Nahrungsmittelversorgung (und demgemäß die Erhöhung der Einfuhrabhängigkeit) gegenüber der Vorkriegszeit noch wesentlich größer ist.

Die Agrarproduktion im Bundesgebiet

Wirtschaftsjahr (Juni-Juli)	Brutto-Bodenproduktion		Nahrungsmittelproduktion			
	in Mill. t Getreidewert	1935/38 = 100	in Mill. t Getreidewert	1935/38 = 100		
				insgesamt	pflanzl. Produktion	tierische
1935/38	41,1	100	33,4	100	100	100
1948/49	35,8	90	26,1	78	109	68
1949/50	37,5	94	29,5	88	110	81

Quelle: O. Thiel u. K. Padberg: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Herg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Mai 1950.

dest auf Grund der heimischen Bodenproduktion — die wichtigste andere Komponente ist die Einfuhr von Futtermitteln — möglich sein, den Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Erzeugung im nächsten Jahr abermals ein erhebliches Stück voranzutreiben.

Wie weit Westdeutschland in dieser Hinsicht bisher gekommen ist, zeigt die vorstehende, aus dem Bundesernährungsministerium stammende Übersicht.

Danach ist die Brutto-Bodenproduktion, d. h. die Gesamtheit der auf den landwirtschaftlich genutzten Böden gewonnenen Produkte, im ab-

Über den mutmaßlichen Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung in dem am 1. Juli 1950 begonnenen Wirtschaftsjahr lassen sich im Augenblick naturgemäß noch keine verlässlichen Angaben machen. In der zitierten Schrift des Bundesernährungsministeriums ist angenommen worden, daß bei normalen Wetterbedingungen die Brutto-Bodenproduktion auf 95 vH und die Nahrungsmittelproduktion auf 90 vH des Standes von 1935/38 steigen würde. Für das nächstfolgende Jahr wird dann für beide Reihen die Erreichung des Friedensstandes erwartet. Hält jedoch die Ernte, was sie zur Zeit verspricht, so

ist es durchaus möglich, daß die Zunahme bereits im laufenden Jahr etwas stärker ist, vorausgesetzt, daß es auch gelingt, hinreichende Futtermiteleinführungen zu sichern. Wie wichtig nämlich für den Wiederaufbau der heimischen Nahrungsmittelproduktion die Futtermiteleinführungen sind, ergibt sich daraus, daß es nach dem ersten Weltkrieg, nach dem erst im sechsten Jahr — nämlich 1924 — stärkere Futtermiteleinführungen einsetzten, etwa zehn Jahre dauerte, bis die Nahrungsmittelproduktion wieder den Friedensstand erreichte, während es nach diesem Kriege dank der relativ hohen Futtermiteleinführungen, die die Marshallplan-Hilfe ab 1948/49 ermöglichte, nicht ausgeschlossen erscheint, das „Friedensniveau“ der Nahrungsmittelproduktion bereits im sechsten Jahr nach dem Kriege zu erreichen. Allerdings ist dabei immer im Auge zu behalten, daß, wie erwähnt, die Bevölkerung des Bundesgebiets nach diesem Kriege um 8 bis 9 Millionen Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten gestiegen ist, so daß Westdeutschland auch bei gleich hoher Nahrungsmittelerzeugung wie vor dem Kriege auf eine wesentlich höhere Einfuhr angewiesen sein wird.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich dank dem starken Produktionsanstieg in den meisten Industrie-

zweigen in den letzten Monaten überraschend günstig entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni von 1,67 auf 1,54 Millionen oder um gut 130 000 zurückgegangen, während im Mai die Abnahme 115 000 und im April sogar nur 68 000 betragen hatte. Insgesamt ist damit die Arbeitslosigkeit seit ihrem Höchststand um Mitte Februar um reichlich 480 000 oder fast ein Viertel gesunken, womit die von Ende Oktober bis Mitte Februar eingetretene Erhöhung um rd. 700 000 zu über zwei Dritteln wieder rückgängig gemacht worden ist. Die Entlastung war im Juni in den am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Ländern, vor allem in Bayern und Niedersachsen, wieder besonders bemerkenswert, aber auch im Hauptindustrialgebiet Nordrhein-Westfalen, wo die Arbeitslosigkeit bisher stets weit unter dem Durchschnitt für das gesamte Bundesgebiet gelegen hatte, ist die Zahl der Arbeitslosen allein im Juni um über 10 vH. gesunken.

Wie günstig die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten war, zeigt aber erst in vollem Umfang die nunmehr für Ende Juni vorliegende vierteljährliche Beschäftigungsstatistik. Danach hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten im 2. Vierteljahr 1950 um nicht weniger als 537 500 zugenommen, d. h. um mehr als jemals in einem Vierteljahr

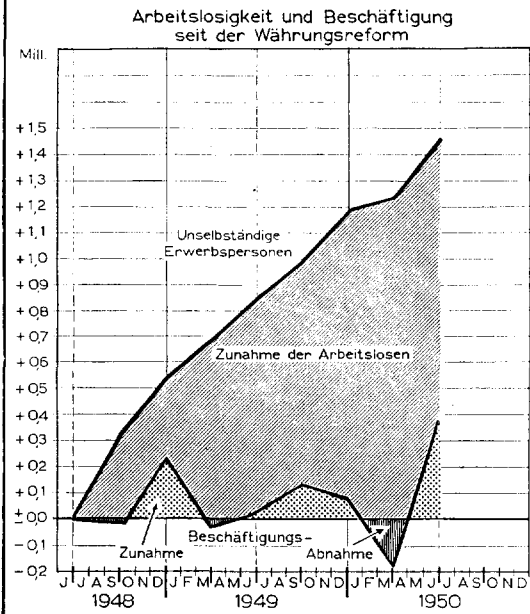
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet
in 1000

Zeit	Stand am Ende des Zeitabschnitts		Veränderungen im Zeitabschnitt		
	Unselbständig Beschäftigte	Arbeitslose	Zugang an neuen Arbeitskräften (unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose)	Zunahme (+) oder Abnahme (—) der Zahl der unselbständig Beschäftigten	Arbeitslosen
1948 3. Vj.	13 463,1	784,1	+ 328,0	— 5,0	+ 333,0
4. „	13 702,8	759,6	+ 215,2	+239,7	— 24,5
insges.	—	—	+ 543,2	+234,7	+ 308,5
1949 1. Vj.	13 447,3	1 168,1	+ 153,0	—255,5	+ 408,5
2. „	13 488,7	1 283,3	+ 156,6	+ 41,4	+ 115,2
3. „	13 604,4	1 313,7	+ 146,1	+115,7	+ 30,4
4. „	13 556,2	1 558,5	+ 196,6	— 48,2	+ 244,8
insges.	—	—	+ 652,3	—146,6	+ 798,9
1950 1. Vj.	13 307,3	1 851,9	+ 44,5	—248,9	+ 293,4
2. „	13 844,8	1 538,1	+ 223,7	+537,5	— 313,8
insges.	—	—	+ 268,2	+288,6	— 20,4
Juni 1948 bis Juni 1950	—	—	+1 463,7	+376,7	+1 087,0

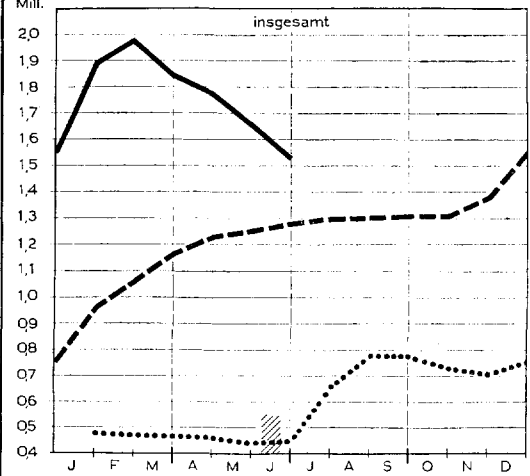
seit der Währungsreform. Selbst die bisher stärkste Beschäftigungszunahme in einem gleichen Zeitabschnitt, nämlich die vom 4. Vierteljahr 1948, in dem die Wirtschaft noch weitgehend unter dem Einfluß der damals in Gang befindlichen inflationsähnlichen Hausse stand, wurde im abgelaufenen Vierteljahr mit der erwähnten Zunahme um 537 500 um mehr als das Doppelte übertroffen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten hat damit einen Stand erreicht, der um 142 000 höher ist als der von Ende 1948, dem bisherigen Beschäftigungshöchststand nach der Währungsreform, und das Niveau vom 30. Juni 1948, (also unmittelbar nach der Währungsreform), um 376 700 übersteigt.

Vergleicht man die im 2. Vierteljahr 1950 erfolgte Zunahme der Beschäftigung mit der in der gleichen Zeit eingetretenen Abnahme der Arbeitslosigkeit, so ergibt sich, daß der Beschäftigungsanstieg um rd. 224 000 Kräfte über den Rückgang der Arbeitslosigkeit hinausging. Das bedeutet, daß die Zahl der verfügbaren unselbständigen Erwerbspersonen — mögen sie nun beschäftigt sein oder noch Arbeit suchen — im 2. Vierteljahr um fast eine Viertelmillion gewachsen ist. Wie aus der obigen Übersicht hervorgeht, ist diese Zunahme weit größer als in fast allen anderen Vierteljahren seit der Währungsreform. Nur in den beiden ersten Vierteljahren nach der Währungsreform, also im 3. und 4. Vierteljahr 1948, war der Zugang an unselbständigen Erwerbspersonen noch stärker bzw. annähernd ebenso groß, was zweifellos damit zusammenhing, daß viele bis dahin überhaupt nicht oder nur irregulär tätige Personen sich um einen regulären Arbeitsplatz bemühen mußten. Im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1950 aber ist der Neuzugang ungewöhnlich stark; denn den 224 000, die sich im 2. Vierteljahr neu als Arbeitsuchende registrieren ließen, entsprachen damals nur 44 500. Eine volle statistische Aufklärung dieses Anstiegs ist leider nicht möglich, aber zweifellos spielen die zu Ostern vorgenommenen Schulentlassungen in ihm eine besondere Rolle, zumal der in diesem Jahr zur Entlassung kommende Jahrgang besonders stark ist. Genauere Ziffern hierüber stehen jedoch ebensowenig zur Verfügung wie über die potentiellen anderen Quellen des Zugangs, also vor allem eine etwaige weitere Netto-Zuwanderung

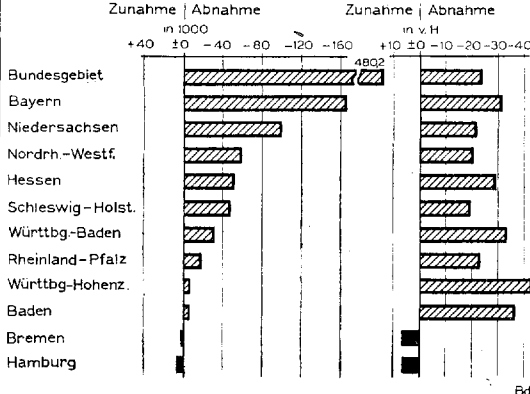
ZUR ENTWICKLUNG DES ARBEITSMARKTES IM BUNDESGBIET



Die Arbeitslosigkeit seit 1948
 ●●●●● 1948 - - - - 1949 ——— 1950



Veränderung der Arbeitslosigkeit von Mitte Februar bis Ende Juni 1950 nach Ländern



aus dem Osten sowie die Ausbreitung der Erwerbstätigkeit und das etwaige Hinüberwechseln von bisher selbständigen Existenzen in unselbständige Beschäftigungen. Alle diese Faktoren scheinen jedoch weiter wirksam gewesen zu sein. Was die Ausbreitung der Erwerbstätigkeit angeht, so scheint namentlich unter den Frauen die Erwerbsquote noch immer im Wachsen begriffen zu sein. Das dürfte auch einer der Gründe dafür sein, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit unter den Frauen nach wie vor relativ gering ist. An dem Gesamtrückgang der Zahl der Arbeitslosen um etwa 480 000 seit Mitte Februar waren jedenfalls die Frauen nur mit etwa 10 vH beteiligt, obwohl sich ihr Anteil an der Gesamt-Erwerbslosigkeit im Februar auf nicht weniger als ein Viertel stellte.

Eine nähere Aufgliederung der Beschäftigungszunahme im 2. Vierteljahr liegt noch nicht vor. Aus der Tatsache, daß die Beschäftigung erheblich über ihren vorjährigen Stand hinausgewachsen ist, kann jedoch mit Sicherheit geschlossen werden, daß die Zunahme im zweiten

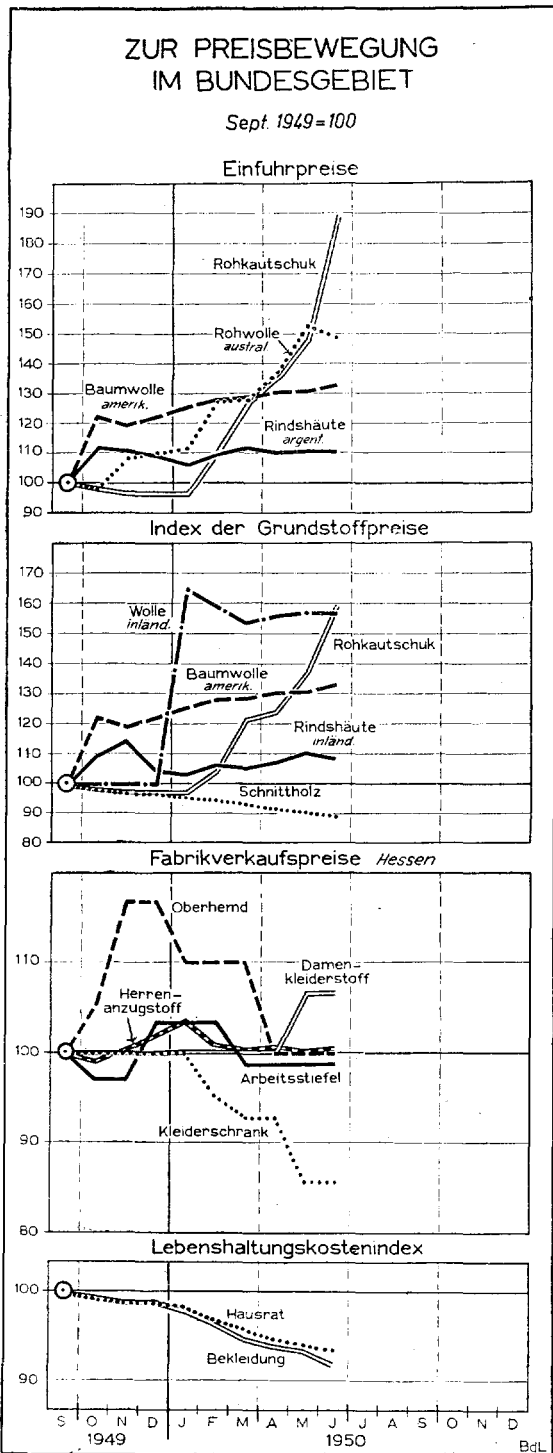
Vierteljahr erheblich das saisonübliche Maß übertraf und sich auch keineswegs mehr in der Hauptsache auf die Außenberufe beschränkte. Die Beschäftigung im Baugewerbe z. B. hatte in der Zeit von September 1949 bis März 1950 um etwa 154 000 Kräfte abgenommen, die in der Landwirtschaft um knapp 127 000. Die Gesamtzunahme der Beschäftigung betrug aber im zweiten Vierteljahr 1950 bereits 537 500. Zweifellos geht also der Anstieg der Beschäftigung schon weit über die saisonabhängigen Berufe hinaus. Wie oben erwähnt, dürfte hierfür namentlich die Entwicklung in den Exportindustrien von Bedeutung sein, in denen die Beschäftigungszunahme auf Grund des höheren Auslandsabsatzes, wie dargelegt, gegenüber dem vierten Vierteljahr 1949 auf 175 000 bis 200 000 Kräfte zu veranschlagen ist. Die Exportsteigerung hat sich damit als einer der wichtigsten, wenn nicht gar als der wichtigste, „Arbeitsbeschaffungs“-Faktoren erwiesen, was zweifellos eine interessante Lehre für die Orientierung der gesamten westdeutschen Wirtschaftspolitik bildet.

Preise und Löhne

Das Preisniveau hat sich in der Berichtsperiode im ganzen kaum verändert. Die feste Tendenz der internationalen Rohstoffmärkte hat zwar auch in Westdeutschland bei einigen Grundstoffen einen beträchtlichen Preisanstieg zur Folge gehabt, doch haben die davon ausgehenden Auftriebstendenzen zumindest bis zum Ausbruch des Korea-Konflikts nur in Einzelfällen zu Preissteigerungen bei industriellen Fertigwaren geführt. Trotz der Belebung, die die Einzelhandelsumsätze seit Mai aufweisen, bröckelten die Fertigwarenpreise teilweise sogar noch weiter ab, wenn auch der Umfang der Preissenkungen nur noch gering war, sofern man damit nicht, wie es vereinzelt z. B. bei einigen Baumwollerzeugnissen der Fall war, die Räumung alter Läger bezweckte. Allerdings spielten auch noch „unsichtbare“ Preissenkungen in Gestalt von Qualitätsverbesserungen bei gleichen Preisen eine Rolle. Die eigentliche Triebkraft der Entwicklung ist die zunehmende Rationalisierung der Wirtschaft und die mit der Produktionssteigerung verbundene Senkung der fixen Kosten, nicht aber etwa ein schrumpfender

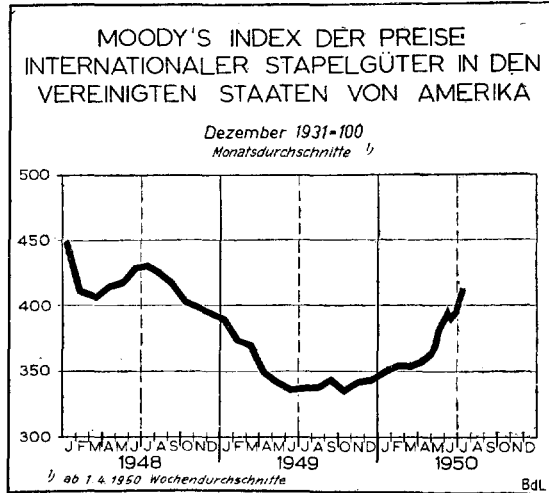
Absatz, da, wie erwähnt, die Nachfrage auch von seiten der Konsumenten in den vergangenen Wochen deutlich im Wachsen begriffen war. Der Konkurrenzvorsprung, den andere europäische Länder vor Westdeutschland durch die stärkere Abwertung im vergangenen Herbst erzielt oder noch vergrößert hatten, kann mit den Preisrückgängen der letzten Monate weitgehend als aufgeholt gelten, zumal im Ausland auch die Fertigwarenpreise seit dem vorigen Herbst überwiegend angezogen haben. Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß auf gewissen Gebieten unter Berücksichtigung der Qualitäten die westdeutschen Preise immer noch relativ hoch sind, so daß sich bei weiterer Liberalisierung der Einfuhr durchaus ein teilweise recht beträchtlicher Einfuhrsog ergeben könnte.

Im übrigen gewinnen natürlich mit dem starken Anstieg der internationalen Rohstoffpreise auch in Westdeutschland die zumindest auf eine Stabilisierung, wenn nicht gar auf eine Erhöhung des Preisniveaus, hinwirkenden Tendenzen immer mehr an Gewicht. Seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts hat



sich der schon seit dem vorigen Herbst unter dem Einfluß der neuen amerikanischen Konjunkturbelebung und der Vorratskäufe verschiedener Großmächte in Gang befindliche Preisanstieg an den internationalen Rohstoffmärkten noch erheblich verstärkt. So ist z. B. Moody's Index der internationalen Rohstoffpreise, der sich auf

viele Hunderte von Preisnotierungen an den amerikanischen Warenbörsen stützt, vom 24. Juni bis 14. Juli 1950 von 396 auf 431 vH des Basisstandes vom 31. Dezember 1931, d. h. um etwa 9 vH gestiegen, womit er um etwa 27 vH über seinem vorjährigen Tiefpunkt im Oktober 1949 lag. Bei den durch die neue internationale



Lage am stärksten berührten Rohstoffen war die Erhöhung natürlich noch schärfer. So sind in den ersten drei Wochen nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts die Preise der südostasiatischen, strategisch wichtigen Rohstoffe Rohkautschuk und Zinn an der New Yorker Börse um 27 vH gestiegen. Aber auch die Preise für Baumwolle und Wolle sowie Weizen und Mais haben sich vom 24. Juni bis zum 14. Juli um je 8 bzw. je 4 vH, die für Häute um 15 vH und die für Schweine (in Chicago) sogar um 20 vH erhöht. Bei Weizen mögen dabei allerdings auch die Ankündigung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, daß der amerikanische Stützenspreis für Getreide aus der Ernte 1950 um 2 cts je lb heraufgesetzt werden würde, und die Belebung der Ausfuhr eine Rolle gespielt haben. Immerhin gibt es auch einige bemerkenswerte Ausnahmen von der allgemeinen Entwicklung. So haben sich z. B. die Preise für Roheisen und Stahl sowie NE-Metalle mit Ausnahme von Zinn kaum verändert. Immerhin üben die bisher erfolgten Preiserhöhungen auf das Niveau der deutschen Grundstoffpreise bereits einen fühlbaren Einfluß aus.

Zur Debatte steht auch wieder die Frage der Kohlenpreise. Ausgangspunkt hierfür ist, daß im Juni von alliierter Seite bei der Inter-

nationalen Ruhrbehörde eine weitere Verringerung der Spanne zwischen den Inlandspreisen und den Exportpreisen für Kohle gefordert wurde, die nach der bereits im Januar d. J. erfolgten Annäherung¹⁾ im Durchschnitt noch etwa 5,46 DM je t betrug. Nach eingehenden Verhandlungen einigte man sich schließlich Mitte Juli dahin, diese Differenz rückwirkend ab 1. Juli um 20 vH, also um durchschnittlich etwa 1,09 DM je t zu vermindern. Den deutschen Stellen wurde es dabei überlassen, den Abbau entweder durch eine Erhöhung der Inlandspreise oder durch eine Senkung der Exportpreise vorzunehmen. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus; sie ist zweifellos nicht einfach. Eine Senkung der Exportpreise würde — ganz abgesehen von dem mit ihr verbundenen Devisenausfall — den Kohlenbergbau um etwa 26 Mill. DM im Jahr bringen, was vielen kostenmäßig benachteiligten Betrieben gegenüber als schwer zumutbar erscheint. Eine Erhöhung der Inlandspreise würde andererseits die Produktionskosten vieler Industriezweige, und zwar besonders solcher, deren Kosten-Erlös-Relation kaum einen Spielraum für eine sich nicht im Preis auswirkende Produktionskostenerhöhung bietet, ziemlich stark berühren und wird deshalb als bedenklich empfunden. Bei Durchführung des Schumannplanes über eine Europäische Montanunion wird allerdings das Problem des Ungleichgewichts zwischen den deutschen und den französischen Kohlepreisen ohnehin auf breiter Front in Angriff genommen werden müssen.

Völlig im Fluß ist schließlich zur Zeit das Problem der Getreidepreise. Eine Einigung darüber, ob die inländischen Getreidepreise in dem am 1. Juli 1950 begonnenen Wirtschaftsjahr auf den Stand der Weltmarktpreise heraufgesetzt oder durch Subventionierung der Einfuhr von Getreide weiter wesentlich unter den Weltmarktpreisen gehalten werden sollen, ist bisher nicht erzielt worden. Eine von der Bundesregierung Ende Juni verabschiedete, aber noch umstrittene Anordnung bringt lediglich eine bis zum 30. September 1950 befristete Regelung. Danach soll der Roggenpreis je nach den vorgesehenen Preisgebieten von bisher etwa

240 DM auf 266 bis 278 DM je t und der Weizenpreis von bisher etwa 260 DM auf 303 bis 320 DM erhöht werden. Für Auslandsweizen soll außerdem ein Qualitätszuschlag von 3,— DM und ein weiterer Zuschlag von 10,— DM je t zur Deckung der Import- und Großhandelsspannen erhoben werden. Zu den genannten Preisen sollen in den Monaten August und September Saisonzuschläge von je 2,50 DM je t treten. Ein neuer Futtergetreidepreis ist dagegen noch nicht festgelegt. Er war ursprünglich — mit Rücksicht auf die dem Roggenpreis gegenüber einzuhaltende Spanne — mit nur 260 DM je t in Aussicht genommen worden, aber er würde damit nicht unbedeutend hinter den Weltmarktpreisen zurückbleiben und es ist noch nicht geklärt, ob die Aufbringung der zur Subventionierung dieses Preises benötigten Mittel möglich sein wird. Die Regelung der Brotgetreidepreise wurde bereits dadurch wirksam, daß die Einfuhr- und Vorratsstelle auf Weisung des Bundesernährungsministeriums den Preis für die aus der Bundesreserve im Juli auszugebenden Mengen auf durchschnittlich 315 DM je t Weizen und 272 DM je t Roggen (cif Seehafen oder dem der Mühle nächstgelegenen Binnenhafen) festgesetzt hat. Für die Monate August und September sind ebenfalls Saisonzuschläge von je 2,50 DM je t vorgesehen.

Diese Erhöhung der Getreidepreise verringert die bisherige Differenz zwischen Inlands- und Einfuhrpreisen erheblich, beseitigt sie aber bei dem zunächst noch maßgebenden Stand der Einfuhrpreise nicht ganz. Im Juli gilt für die Weizeneinfuhr (einschließlich der aus der Bundesreserve abgegebenen Mengen) noch nicht einmal der Höchstpreis des Internationalen Weizenabkommens (ungefähr 340 DM je t für erste Qualitäten), da der Beitritt der Bundesrepublik zu diesem Abkommen erst am 1. August 1950 rechtskräftig wird. Wie sich die Preise später stellen werden, bleibt abzuwarten. Auf das für die Inlandspreise in Aussicht genommene Niveau (durchschnittlich 320 DM je t) würden die Einfuhrpreise beim bisherigen Stande der Weltmarktpreise nur sinken, wenn durch „Individualisierung“ der Importe die von den Vereinigten Staaten für anerkannte Individualimporte gewährten Frachtvergünstigungen auch für die westdeutsche Einfuhr gesichert werden könnten.

¹⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1949, S. 25 f.

Vor allem aber ist die künftige Tendenz der Weltmarktpreise neuerdings wieder völlig ungewiß geworden, da seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts die internationalen Weizenpreise entgegen den — ursprünglich zum Teil sogar auf eine Senkung gerichteten — Erwartungen ziemlich stark angezogen haben. Sinken die Einfuhrpreise aber nicht auf das von der Bundesregierung vorgesehene Niveau der Inlandspreise, so müßte entweder unter Umständen eine weitere Steigerung der Inlandspreise zugelassen werden oder es würden auch bei dem neuen Preisniveau in gewissem Umfang weitere Subventionen erforderlich sein. Tatsächlich hat sich die Regierung bereit erklärt, bis zum 30. September 1950, schon mit Rücksicht auf die im Juli noch bestehenden, oben geschilderten Sonderverhältnisse, für die Bereitstellung beschränkter Subventionsmittel zu sorgen, wobei man hofft, mit den für das zweite Vierteljahr 1950 für Lebens- und Düngemittelsubventionen bereits in Ansatz gebrachten, aber nicht verbrauchten Beträgen in Höhe von etwa 40 Mill. DM auskommen zu können.

Außer für Brotgetreide würden allerdings bei Aufrechterhaltung des gegenwärtig in Aussicht genommenen Niveaus der Inlandspreise auch für Futtergetreide und Phosphatdüngemittel weiterhin Subventionen benötigt werden. Aus den oben erwähnten Restbeträgen aus dem zweiten Vierteljahr wird hierfür nach Zahlung der erforderlichen Brotgetreidesubventionen aber kaum noch etwas verfügbar sein. Die Regierung hat daher nach längerem Hin und Her beschlossen, die betreffenden Mittel durch die Erhebung einer — zunächst bis zum 30. September 1950 befristeten — „Margarineausgleichsabgabe“ in Form einer Verbrauchssteuer auf Margarine und Speiseöle in Höhe von 25 Dpf je kg aufzubringen. Diese Steuer, der die „Fettausgleichsabgabe“ der Fettsteuerverordnung vom 28. Februar 1939, die allerdings doppelt so hoch war, neben noch älteren Verordnungen als Muster gedient hat, soll an die Stelle der Abschöpfungsbeträge, die beim Import von Fettrohstoffen bis zum 30. Juni 1950 erhoben worden sind, treten. Ihr Ertrag wird bei einem Speisefettverbrauch von etwa 400 000 t im Jahr (ohne Butter und Schmalz) auf etwa 100 Mill. DM jährlich geschätzt. Theoretisch

würde die Belastung, die damit für den Verbraucher verbunden wäre, nicht größer sein als die, die sich aus der Erhebung der Import-Abschöpfungsbeträge rechnerisch hätte ergeben müssen. Praktisch allerdings liegen die Dinge insofern etwas anders, als die Zahlung der Abschöpfungsbeträge teilweise umgangen worden war und infolge dieser Umgehungen mindere Margarine-Qualitäten schon zu einem Preise von nur 1,85 DM je kg verkauft worden sind. Bei der Verbrauchssteuer würde eine solche Umgehung nicht möglich sein. Es wäre daher damit zu rechnen, daß sich bei Erhebung dieser Steuer für gewisse Margarinesorten die bisherigen Verkaufspreise etwas erhöhen, während der bisherige Höchstpreis von 2,44 DM je kg jedoch unverändert bleiben dürfte.

Welche Regelung die Getreidepreisfrage und die mit ihr zusammenhängenden Probleme nach dem 30. September 1950 finden werden, ist bisher völlig unklar, ja, die Dinge sind gegenwärtig noch so in Fluß, daß nicht einmal mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob die oben skizzierte, erst in den letzten Tagen nach langem Hin und Her in Aussicht genommene, aber noch immer umstrittene provisorische Lösung bis zum 30. September maßgebend sein wird. Einen starken Unsicherheitsfaktor bildet zunächst die Entwicklung der Weltmarktpreise für Getreide und der für die Höhe der Einfuhrpreise ebenfalls sehr wichtigen Frachten. Die oben genannten Vorschläge für die Erhöhung der Inlandspreise gingen davon aus, daß es möglich sein würde, mit ihnen auf längere Sicht ohne Subventionen und bis zum 30. September mit relativ geringen Subventionen auszukommen. Sollte aber der Anstieg der Weltmarktpreise anhalten und sich auch die Frachten verteuern, so wird diese Voraussetzung hinfällig. Über das Problem der Subventionierung der Düngemittelleinfuhr und der heimischen Düngemittelindustrie wird so wieso noch eine besondere Entscheidung getroffen werden müssen.

Dann aber ist die Frage, ob man die inneren Getreidepreise überhaupt in dem von der Regierung vorgesehenen Umfang erhöhen soll, noch immer strittig. In diesem Zusammenhang spielt das Problem des Brotpreises eine besondere Rolle. Bei voller Auswirkung der zunächst bis Ende September vorgesehenen Getreidepreiserhöhung

gen würde sich der Preis für 1 kg Weißbrot um 5 bis 6 Dpf und für 1 kg Roggenbrot um 3 bis 4 Dpf erhöhen. Die Regierung vertritt nun zwar den Standpunkt, daß eine solche Heraufsetzung nicht erforderlich sei, weil die Verarbeitungs- und Handelsspannen weit genug seien, um die Steigerung der Getreidepreise auffangen zu können. Das Bäckerhandwerk verkauft aber bereits vom 11. Juli 1950 ab das Brot im allgemeinen zu Preisen, die der Getreidepreiserhöhung in vollem Umfang Rechnung tragen, wobei teilweise die verschleierte Form der Gewichtsverminderung der Standard-Brotlaibe gewählt wurde. Dabei sollen sich die Bäcker vielfach auf umfangreiche Mehlvorräte stützen können, die noch zu den alten Preisen erworben wurden. Die Regierung sucht gegen die Brotpreiserhöhungen auf Grund von Höchstpreisvorschriften einzuschreiten, ohne daß sich bisher übersehen ließe, welcher Erfolg ihr dabei beschieden sein wird. Die Furcht vor Brotpreiserhöhungen hat aber dem Gedanken einer Fortsetzung der bisherigen Subventionspolitik wieder neue Anhänger zugeführt. Andererseits hat der Bundesfinanzminister kategorisch erklärt, daß die Weiterzahlung von Subventionen nach Erschöpfung der noch vorhandenen Restbeträge nur möglich sei, wenn neue Steuern eingeführt oder andere Ausgaben gesenkt würden. Die oben erwähnte Margarineausgleichsabgabe mit einem Ertrage von schätzungsweise 100 Mill. DM pro Jahr würde nicht einmal ausreichen, um den Subventionsbedarf zu decken, der sich — abgesehen von den bei Aufrechterhaltung der bisherigen Preise für die Subventionierung von Phosphatdünger im Jahr benötigten 80 Mill. DM — bei Brot- und Futtergetreide aus der zur Zeit noch bestehenden Spanne zwischen den etwas höheren Einfuhrpreisen und den bis zum 30. September in Aussicht genommenen, schon wesentlich heraufgesetzten Inlandspreisen ergibt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese Spanne aller Voraussicht nach zum Teil verschwinden würde, wenn die westdeutschen Weizenimporte im Sinne der hierfür maßgebenden amerikanischen Bestimmungen „individualisiert“ und die Weltmarktpreise nicht weiter steigen würden.

Während für Getreide mit dem Fortfall oder der doch wesentlichen Beschränkung der Subventionen ab 1. Juli 1950 die Frage einer Erhö-

hung der Preise akut geworden ist, ist für einige andere landwirtschaftliche Produkte, deren Inlandspreise im Gegensatz zu den Getreidepreisen höher sind als die Weltmarktpreise, mit dem gleichfalls am 1. Juli in Kraft getretenen Wegfall der bisher erhobenen Importausgleichsbeträge eigentlich eine Senkung der Preise fällig geworden. Auch hier steht allerdings noch nicht fest, welche Regelung in Zukunft getroffen werden wird. Die Regierung beabsichtigte, neben der Verbrauchssteuer für Margarine, die an die Stelle der Abschöpfungsbeträge bei der Einfuhr von Fettrohstoffen treten sollte, die übrigen bisherigen Importausgleichsbeträge zunächst durch geringe Zölle zu ersetzen. Die Alliierte Hohe Kommission erhob jedoch gegen die sogenannte zweite Zollbegünstigungsliste vom Dezember 1949, mit der diese Absicht verwirklicht werden sollte, Einwände. Vorläufig ist also eine neue Regelung offen. Im übrigen sind neuerdings bei den meisten Produkten dieses Bereichs die Preise sowohl im Ausland wie auch im Inland so in Fluß, daß sich nicht genau feststellen läßt, wie sich das ab 1. Juli eingetretene Vakuum auf die inländischen Preise ausgewirkt hat.

Über die Entwicklung der L ö h n e liegen neuere Statistiken gegenüber den für Ende März 1950 im letzten Bericht wiedergegebenen nicht vor. Die Meldungen über Tarifikündigungen und neue Abschlüsse zeigen indes, daß die Tendenz zu einer ständigen, wenn auch nur allmählichen Erhöhung der Löhne anhält. In den letzten Wochen scheinen besonders solche Arbeitergruppen Lohnforderungen geltend gemacht zu haben, deren Löhne hinter dem allgemeinen Anstieg noch zurückgeblieben waren. So haben z. B. die Landarbeiter-Gewerkschaften in allen Ländern des Bundesgebiets die bisherigen Tarife gekündigt und eine Angleichung ihrer Löhne an die der Industriearbeiter verlangt. In den norddeutschen Ländern sind bereits neue Vereinbarungen getroffen worden, die eine Erhöhung der Stundenlöhne um etwa 15 bis 16 vH vorsehen. Aber auch im Baugewerbe, das relativ hohe Löhne aufweist, ist kürzlich von den Gewerkschaften ein großer Teil der bisherigen Lohn-tarife gekündigt worden. Detaillierte Forderungen wurden dabei noch nicht gestellt. Für die Beurteilung der Lohnerhöhungen ist es wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung, ob sie sich im

Rahmen der Produktivitätserhöhung halten oder nicht. Bisher war das, wie im letzten Monatsbericht dargelegt, im allgemeinen der Fall. In der Industrie als Ganzem war die Produktivitätserhöhung seit einiger Zeit sogar stärker. Im einzelnen liegen die Verhältnisse allerdings oft sehr verschieden, wie überhaupt im einzelnen die Wirkung der Lohnentwicklung nur im Zusam-

menhang mit der gesamten Kosten- und Erlösgestaltung betrachtet werden kann. Aber auch bei einer Gesamtbetrachtung muß im Auge behalten werden, daß die teilweise sehr bemerkenswerten Rationalisierungsfortschritte in ihrer Auswirkung auf das Preisniveau bis zu einem gewissen Grade durch die steigende Tendenz der Löhne aufgefangen werden.

Außenwirtschaft

Die seit Ende des vorigen Jahres in Gang befindliche Aufwärtsentwicklung der *Ausfuhr* der Bundesrepublik Deutschland hat sich auch im Mai weiter fortgesetzt und mit 595 Mill. DM einen neuen Höchststand erreicht. Die Exporte des Bundesgebiets waren damit um fast 75 vH höher als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1949, ein Erfolg, der neben den — in den letzten Monaten auf Grund der teilweise begrenzten Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes besonders intensivierten — Bemühungen der Exporteure vor allem auf die Handelspolitik der Bundesregierung zurückzuführen ist. Ziel der Handelspolitik war dabei keineswegs nur, in Zusammenarbeit mit den anderen Teilnehmerländern am

Marshallplan den Europahandel zu fördern, sondern durch den Abschluß von Handelsabkommen, den Aufbau von Handelsvertretungen im Ausland und andere geeignete Maßnahmen die Bundesrepublik vor allem auch wieder stärker in den Außenhandel mit den Nichtteilnehmerstaaten am Marshallplan einzuschalten.

Wie erfolgreich diese Bestrebungen waren, zeigt sich deutlich darin, daß in jüngster Zeit der Export besonders nach denjenigen Ländern zunahm, die nicht am Marshallplan teilnehmen, so daß sich das leichte Abflauen der Ausfuhr in die „Teilnehmerländer“, das dem starken Anstieg in den ersten Monaten des Jahres neuerdings gefolgt ist, in der Entwicklung der Ge-

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland
in Mill. DM

Warengruppen	1949			1950				
	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai
I. Ausfuhr, gesamt	342,2	370,2	485,4	442,8	473,8	590,5	542,1	594,9
davon:								
Ernährungswirtschaft	9,0	15,9	17,3	9,4	11,6	11,8	13,4	8,3
gewerbliche Wirtschaft	333,2	354,3	468,1	433,4	462,2	578,7	528,7	586,6
davon:								
Rohstoffe	73,4	78,9	96,8	84,6	80,6	91,9	78,9	87,7
Halbwaren	76,9	90,2	115,8	104,9	103,1	127,4	104,9	111,4
Fertigwaren	182,9	185,2	255,5	243,9	278,5	359,4	344,9	387,5
II. Einfuhr, gesamt	796,5	694,1	1 136,7	964,9	705,4	819,5	743,7	678,2
davon:								
Ernährungswirtschaft	478,6	388,3	617,0	503,3	324,3	423,6	317,1	291,4
gewerbliche Wirtschaft	317,9	305,8	519,7	461,6	381,1	395,9	426,6	386,8
davon:								
Rohstoffe	171,4	153,9	254,5	237,2	210,7	216,7	226,7	220,0
Halbwaren	85,8	85,8	150,8	126,9	91,0	82,8	98,2	76,5
Fertigwaren	60,7	66,1	114,4	97,5	79,4	96,4	101,7	90,3
III. Saldo, gesamt ¹⁾	-454,3	-323,9	-651,3	-522,1	-231,6	-229,0	-201,6	-83,3
IV. Einfuhren auf Grund von Auslandshilfe ²⁾	378,7	243,4	352,5	243,8	143,4	155,5	140,4	135,9
V. Einfuhren geg. Devisen	417,8	450,7	784,2	721,1	562,0	664,0	603,3	542,3
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhand. ¹⁾²⁾³⁾	- 75,6	- 80,5	-298,8	-278,3	- 88,2	- 73,5	- 61,2	+ 52,6

¹⁾ Einfuhrüberschuß = —, Ausfuhrüberschuß = +. ²⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen teilweise revidiert.

³⁾ Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.

samtausfuhr kaum bemerkbar machte. Während sich nämlich vom März zum Mai die Gesamtausfuhr nur um 4 Mill. DM bzw. 1 vH erhöhte, betrug die Steigerung der Ausfuhr in die Nichtmarshallplan-Länder 29 Mill. DM bzw. 21 vH. Insbesondere nahm die deutsche Ausfuhr nach Osteuropa zu. Die verhältnismäßig hohen Bezüge Deutschlands von dort im Jahre 1949 haben damit die erwartete Gegenbewegung ausgelöst. Auch die Ausfuhr nach Mittel- und Südamerika ist stark gewachsen. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres war sie jedenfalls etwa dreimal so hoch wie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1949.

Innerhalb der Gesamtausfuhr ist auch im Mai die Fertigwaren-Ausfuhr am meisten angestiegen, während die Ausfuhr von Massengütern, wie Kohle, Koks, Holz und Schrott, wiederum zurückging. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Warengruppen, die früher das Rückgrat der deutschen Ausfuhr bildeten, sich auch heute auf den Weltmärkten als am ehesten konkurrenzfähig erweisen. Der Maschinenexport, auf den zur Zeit etwa 16 vH der Gesamtausfuhr entfallen, hat zwar den Vorkriegsumfang noch keineswegs erreicht, sein Anteil an der Gesamtausfuhr ist aber bereits höher als vor dem Kriege. Auch die Ausfuhr von Fahrzeugen, Eisen- und Stahlwaren sowie elektrotechnischen und chemischen Erzeugnissen ist im Gegensatz zu anderen Warengruppen, wie z. B. Textil-, Leder- und Papierwaren, ganz erheblich im Steigen begriffen. Im übrigen bestätigt die neuere Ausfuhr-entwicklung, daß sich die Exportwirtschaft immer mehr auf Qualitätsleistungen und hochwertige Veredelung ausrichten muß, um ihre Erzeugnisse auf den Weltmärkten absetzen zu können.

Seit dem Herbst vorigen Jahres ist die Ausfuhr des Bundesgebiets erheblich stärker angestiegen als die der meisten anderen Marshallplan-Länder. Vergleicht man aber das gegenwärtige Exportvolumen der einzelnen Länder mit dem der Vorkriegszeit, so zeigt sich, daß der westdeutsche Export noch weit hinter dem anderer Länder zurück ist, obwohl Westdeutschland infolge der ungeheueren Verstärkung seiner Bevölkerungsdichte durch den Flüchtlingsstrom seine Ausfuhr in besonderem Maße stei-

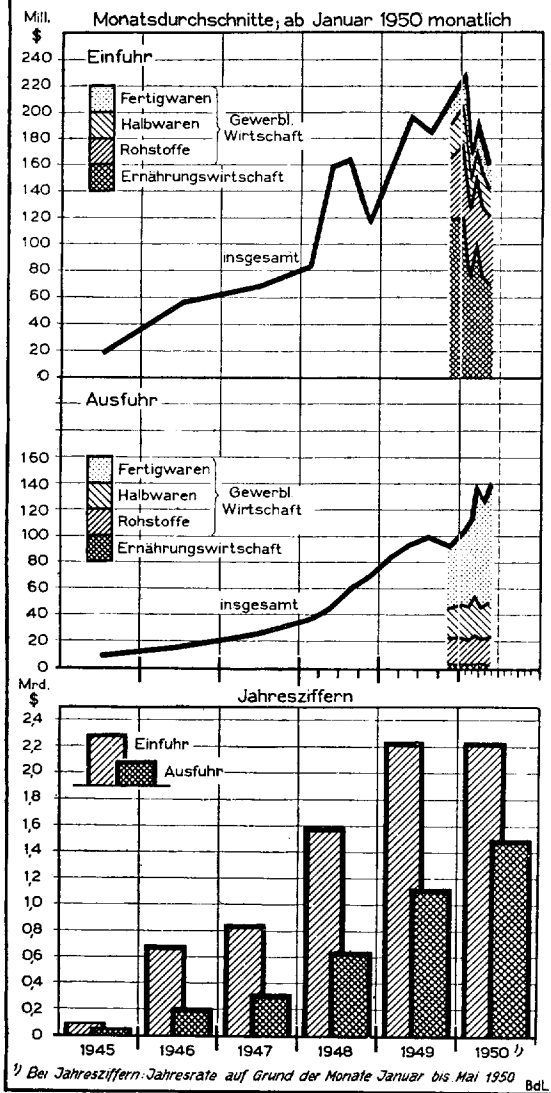
gern muß. Westdeutschlands Anteil am Welt-außenhandel ist also noch immer weit geringer als vor dem Kriege.

Die E i n f u h r des Bundesgebiets war im Mai mit 678 Mill. DM noch geringer als im April. Sie hat damit einen Tiefstand erreicht, wie er seit Anfang 1949 nur noch in einem einzigen anderen Monat, nämlich im September, dem Monat der Abwertung, zu verzeichnen war, wenn man die Einfuhr in Dollar rechnet. Besonders gering war im Mai wieder die Einfuhr für die Ernährungswirtschaft. Sie belief sich auf nur noch 291 Mill. DM gegenüber 417 Mill. DM im Monatsdurchschnitt Januar bis März 1950 und 495 Mill. DM im Monatsdurchschnitt Oktober bis Dezember 1949. Auch die gewerblichen Importe sind im Mai nicht unerheblich zurückgegangen, doch liegen sie im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres auf einem noch immer relativ hohen Niveau, besonders soweit es sich um gewerbliche Rohstoffe handelt. Letztere haben sich im Mai etwa auf dem gleichen Stand wie im Durchschnitt der Monate Januar bis März 1950 gehalten, während die gewerblichen Halbwaren erheblich darunter lagen.

Die Ursachen des relativen Tiefstandes der Einfuhren in den letzten Monaten sind — abgesehen von saisonalen Einflüssen — vor allem darin zu suchen, daß in den ersten Monaten nach der Liberalisierung des Außenhandels eine starke Eindeckungswelle eingesetzt hatte und damit zum Teil erhebliche Vorräte gebildet worden waren. Der vielfach herrschende Mangel an Betriebskapital gestattet es aber nicht, so hohe Bestände auf die Dauer durchzuhalten, ja er zwingt eher sogar zu einer unterdurchschnittlichen Bevorratung. Auch die innerdeutsche Preisentwicklung ließ es in den letzten Monaten vielfach nicht ratsam erscheinen, weiter so großzügig zu disponieren wie in der ersten Zeit nach Beginn der Liberalisierung und nach der Änderung des Umrechnungssatzes der DM. Wenn die Möglichkeit dazu bestand, ist in einigen Fällen mit Rücksicht auf die knappen Devisenbestände und die hohe Auslandsverschuldung auch versucht worden, Einfuhrwünsche, die eine weitere Verschlechterung der Devisenposition mit sich gebracht hätten, mit den Mitteln der Einfuhr-lenkung etwas einzudämmen.

DER WESTDEUTSCHE AUSSENHANDEL SEIT 1945

ab Oktober 1949 nach Warengruppen



Infolge des Anstiegs der Ausfuhr und der erneuten Verminderung der Einfuhr hat sich der Saldo der Handelsbilanz weiter erheblich verbessert. Im Mai betrug der gesamte Einfuhrüberschuß nur noch 83 Mill. DM gegen 202 Mill. DM im April, 328 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1950 und 477 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahres 1949. Auf so niedrigem Stande hatte sich der Einfuhrüberschuß seit Kriegsende bisher noch in keinem Monat gehalten. Die Verbesserung gegenüber April ist dabei fast ausschließlich auf die Entwicklung im sogenannten „kommerziellen“ Sektor des Außen-

handels zurückzuführen, also auf eine Abnahme der Einfuhr gegen Devisen und die Zunahme der Ausfuhr. Zum ersten Mal seit dem vergangenen Sommer war daher der „kommerzielle“ Außenhandel wieder aktiv, und zwar mit fast 53 Mill. DM, während er im April noch mit rd. 61 Mill. DM, im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1950 mit 147 Mill. DM und im Durchschnitt des vierten Vierteljahres 1949 mit 152 Mill. DM passiv gewesen war. Wie sich dabei der Handel mit den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen entwickelt hat, ist aus dem Schaubild und der Tabelle „Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländern“ im Statistischen Teil des vorliegenden Monatsberichts (S. 91) zu ersehen. Danach hat sich zum ersten Mal seit Beginn der Liberalisierung gegenüber der Gesamtheit der ERP-Länder wieder ein Ausfuhrüberschuß ergeben, was sich sowohl aus einer weiteren Verminderung des Einfuhrüberschusses mit den am Marshallplan teilnehmenden Sterlinggebieten als auch einer weiteren Erhöhung des Ausfuhrüberschusses gegenüber den kontinentalen ERP-Ländern erklärt; nur im Verkehr mit Frankreich und den skandinavischen Ländern bestand hier weiter ein Passivsaldo.

Auch die Besserung der internationalen Zahlungssituation Westdeutschlands hat sich fortgesetzt. Hier liegen bei Abschluß des Berichts sogar schon Zahlen für den Juni vor. Danach sind die Devisenguthaben — deren Abnahme sich bereits im März gefangen hatte — weiter gestiegen und die Devisenverpflichtungen weiter gesunken. Für den Bereich der ERP-Länder spiegelt sich diese Entwicklung vor allem in den monatlichen Zahlungssalden beim Abrechnungsverkehr über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel wider. Wie die folgende Übersicht zeigt, wies die Bundesrepublik hier im Juni einen noch höheren Aktivsaldo auf als im Mai, während sie von Oktober 1949 bis März 1950 regelmäßig mit einem erheblichen Passivsaldo abgeschlossen hatte. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß den Guthabekonten der Bundesrepublik auch im Juni wieder erhebliche Beträge zugeflossen sind, die nicht den Gegenwert für bereits getätigte Exporte bilden, sondern Vorauszahlungen auf künftige Lieferungen darstellen. Der Zweck dieser Vorauszahlungen, die sich von April bis Juni auf

Entwicklung der Westdeutschen Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmerländern am intraeuropäischen Zahlungsplan¹⁾
 Monatliche Zahlungssalden beim Abrechnungsverkehr über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Mill. Dollar

Monatsdurchschnitte bzw. Monate	Gegenüber 6 Ländern, denen Deutschland Ziehungsrechte eingeräumt hat ²⁾	Gegenüber 3 Ländern, in denen Deutschland für die Abdeckung laufender Salden Guthaben oder alte Ziehungsrechte zur Verfügung standen ³⁾	Gegenüber 4 Ländern mit ursprünglich angenommenem Ausgleich der Bilanz ⁴⁾	Gegenüber allen Teilnehmerländern am intraeuropäischen Zahlungsplan ⁵⁾
Tatsächliche Zahlungssalden:				
1948 4. Vierteljahr	+ 5,6	+ 3,4	- 4,2	+ 4,8
1949 1. Vierteljahr	+ 19,6	- 1,4	- 2,8	+ 15,4
2. "	+ 19,2	+ 0,2	- 13,5	+ 5,9
3. "	+ 10,9	+ 9,2	- 7,6	+ 12,5
4. "	- 16,2	- 16,4	- 6,2	- 38,8
1950 1. Vierteljahr	- 15,1	- 25,4	+ 2,7	- 43,2
2. "	+ 57,3	- 20,7	+ 25,0	+ 61,6
1949 Oktober	+ 0,1	- 8,9	- 2,5	- 11,3
November	- 28,5	- 13,9	- 9,0	- 51,4
Dezember	- 20,2	- 26,5	- 7,0	- 53,7
1950 Januar	- 25,4	- 28,7	- 1,8	- 55,9
Februar	- 15,0	- 20,5	- 0,8	- 36,3
März	- 5,0	- 26,9	- 5,4	- 37,3
April	+ 9,2	- 7,0	+ 4,8	+ 7,0
Mai	+ 21,1	- 9,7	+ 9,9	+ 21,3
Juni	+ 27,0	- 4,0	+ 10,3	+ 33,3
Ursprünglich vorgesehener Zahlungssaldo 1949/50: insgesamt ⁶⁾	+ 163,9	- 90,1	± 0	+ 73,8
im Monatsdurchschnitt	+ 13,7	- 7,5	± 0	+ 6,2

1) Einschließlich nichtteilnehmender Sterlingländer. —
 2) Österreich, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Norwegen, Türkei. — 3) Sterlinggebiet, Schweden, Dänemark. — 4) Belgien-Luxemburg, Italien, Portugal, Schweiz. — 5) OEEC-Länder und nichtteilnehmende Sterlingländer. — 6) Ohne Berücksichtigung der später erfolgten Revisionen durch teilweise Anerkennung von Ziehungsrechten aus 1948/49 und Zuteilung von neuen Ziehungsrechten.

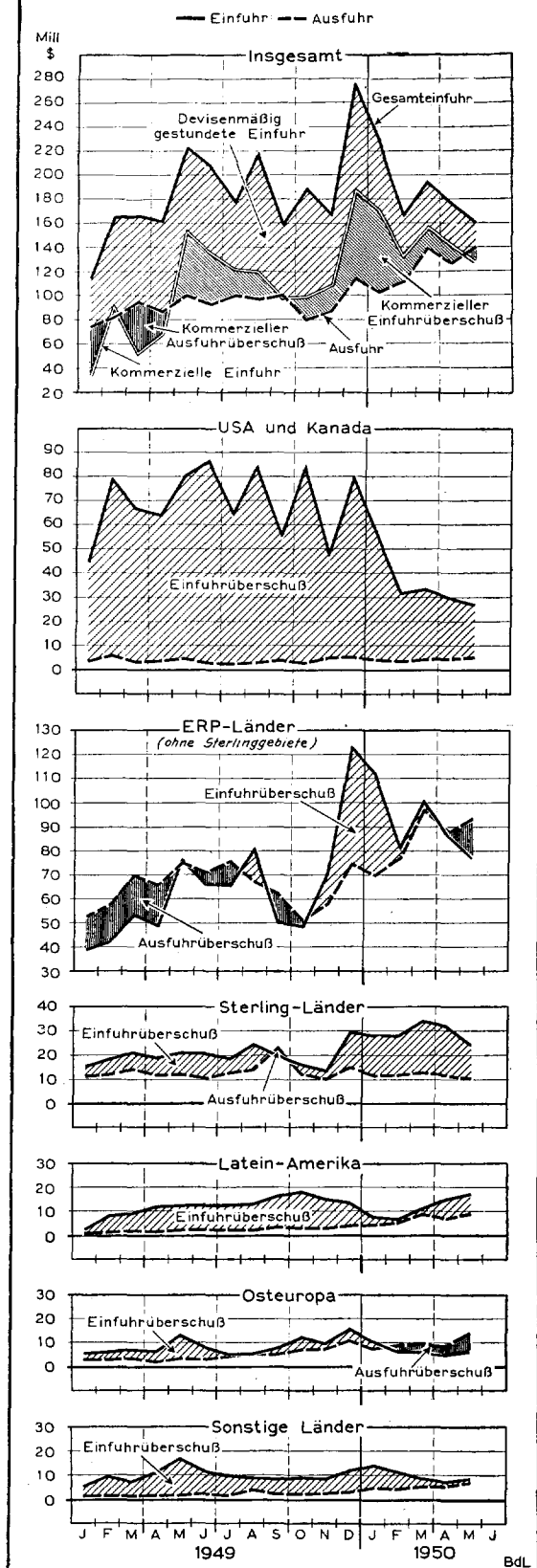
nicht weniger als 144 Mill. DM stellten, war, die einzahlenden Länder in die Lage zu versetzen, bis zum Ablauf des zweiten Marshallplan-Jahres Ansprüche auf die von Deutschland ursprünglich gewährten, aber mangels eines entsprechenden Defizits der Zahlungsbilanz mit Deutschland bisher unausnutzbaren Ziehungsrechte doch noch realisieren zu können oder auch etwaigen Anträgen für die nachträgliche Gewährung von Ziehungsrechten für das alte Jahr den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

Tatsächlich konnten mit Hilfe der genannten Vorauszahlungen zwei Länder bei der Mitte Juni

für den Stand vom 31. Mai 1950 durchgeführten Baseler Kompensation im Rahmen des Europa-Clearing Ziehungsrechte in Deutschland ausnutzen, während ohne die Vorauszahlungen ihr Verrechnungskonto gegenüber Deutschland noch im Kredit gewesen wäre. Der Gesamtbeitrag der von Deutschland zum 31. Mai 1950 zur Verfügung gestellten Ziehungsrechte belief sich deshalb einschließlich eines Ziehungsrechtes in Höhe von rd. 1 Mill. \$, das noch aus dem ersten Marshallplan-Jahr offenstand und jetzt zur Abwicklung kam, auf 16,5 Mill. \$, von denen 6 Mill. \$ auf multilateraler Basis gegeben wurden. Demgegenüber konnte Deutschland seinerseits lediglich die im vorangegangenen Monatsbericht erwähnten multilateralen Ziehungsrechte im Betrage von 12 Mill. \$, die es für das laufende Marshallplan-Jahr neu zugeteilt erhalten hatte, in Anspruch nehmen, so daß der deutsche Minussaldo aus der Hergabe und dem Empfang von Ziehungsrechten für den Mai 4,5 Mill. \$ betrug. Damit hat die Bundesrepublik in den ersten elf Monaten des inzwischen zu Ende gegangenen zweiten Marshallplan-Jahres insgesamt einen Betrag von 35,6 Mill. \$ mehr an Ziehungsrechten gegeben als erhalten, obschon die monatlichen Zahlungssalden im intraeuropäischen Zahlungsausgleich für die gleiche Zeit neben Überschüssen in fünf Monaten von insgesamt 65,8 Mill. \$ Defizite in sechs Monaten von insgesamt 245,9 Mill. \$ aufwiesen. Auch bei der Abrechnung für den Juni wird die Bundesrepublik aller Wahrscheinlichkeit nach wieder in erheblichem Umfang Ziehungsrechte zur Verfügung stellen müssen, während die Verhandlungen über die Gewährung weiterer neuer Ziehungsrechte an sie bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

Die Tatsache, daß die Besserung der westdeutschen Zahlungssituation infolge der Vorauszahlungen einzelner Länder in den letzten Monaten der Entwicklung der Handels- und Dienstleistungsbilanz nicht unbeträchtlich vorangeeilt ist, ist aber auch für die Beurteilung der künftigen internationalen Zahlungssituation Westdeutschlands von Bedeutung. In dem gleichen Maße nämlich, in dem sich die Zahlungsbilanz in letzter Zeit besser entwickelt hat, als es der Handels- und Dienstleistungsbilanz entsprochen

ZUR ENTWICKLUNG DER WESTDEUTSCHEN HANDELSBILANZ



hätte, wird sie später ungünstigere Ergebnisse zeitigen, da mit einer Fortdauer der Vorauszahlungen nicht zu rechnen ist, aber andererseits die bereits jetzt bezahlten Exporte nicht mehr zu entsprechenden Deviseneingängen führen werden. Devisenmäßig ist also ein Teil der eventuellen weiteren Exportsteigerung bereits eskomptiert.

Aber auch aus anderen Gründen darf der augenblicklichen Besserung der Zahlungsbilanz keine zu starke prognostische Bedeutung beigegeben werden. Einmal ist kaum mit einer längeren Fortdauer des Tiefstandes der Einfuhr von Februar bis Mai zu rechnen. Der Tiefstand der ernährungswirtschaftlichen Einfuhren erklärt sich bis zu einem gewissen Grade ohnehin nur aus saisonalen Einflüssen. Ebenso ist ein stärkeres Ansteigen der gewerblichen Einfuhren zu erwarten, wenn der Produktionsanstieg anhält, zumal gegenwärtig keine sehr großen Vorräte an gewerblichen Rohstoffen ausländischer Herkunft mehr vorhanden sein dürften und die gewerbliche Einfuhr in den letzten drei Monaten, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, mengenmäßig nur etwa drei Viertel der entsprechenden Einfuhr von 1936 ausmachte. Tatsächlich haben die Einfuhrbewilligungen im Rahmen der liberalisierten Handelsverträge und der unilateralen Freiliste in den Monaten Mai und Juni wieder stark zugenommen, so daß es nicht überraschen würde, wenn schon in Kürze ein merklicher Anstieg der Einfuhr zu verzeichnen wäre. Wesentlich akzentuiert könnte die Entwicklung dabei

Einfuhr und Einfuhrfreigaben
in Mill. Dollar

	Einfuhr gegen Devisen aus ERP-Ländern	Einfuhrfreigaben im Rahmen der Liberalisierung
1950		
Januar	123,9	155,5
Februar	94,3	69,9
März	114,4	158,8
April	99,3	92,9
Mai	88,0	126,1
Juni		171,3

noch dadurch werden, daß im Zusammenhang mit der Bildung der Europäischen Zahlungsunion mindestens 60 vH statt bisher 50 vH aller privaten (d. h. nicht durch Regierungskäufe getätigten) Einfuhren von jedweden mengenmäßigen Beschränkungen befreit und gleichzeitig die nur bis zu dieser Grenze gehenden bilateralen

Liberalisierungsmaßnahmen durch Generallisten von freien Importwaren abgelöst werden sollen, die ohne Einschränkung gegenüber sämtlichen Teilnehmern gelten. Ab 1. Januar 1951 soll der Liberalisierungssatz sogar von 60 auf 75 vH heraufgesetzt werden. Westdeutschland wird dieser Forderung nur entsprechen können, indem es auch zahlreiche Fertigwaren auf die Freiliste setzt, und es ist durchaus möglich, daß sich hieraus in manchen Bereichen ein neuer, ziemlich starker „Einfuhrsoq“ ergibt.

Ferner ist Westdeutschland infolge der hohen Handelsbilanzdefizite in den Herbst- und Wintermonaten einigen Ländern gegenüber noch immer mit beträchtlichen Außenhandelschulden belastet. In deren Höhe ruht also auf den künftigen Exporterlösen eine Hypothek. Es werden also nicht nur infolge der eben erwähnten Vorauszahlungen bestimmte spätere Exporte keine Devisenerlöse mehr mit sich bringen, sondern die anfallenden Devisen werden auch in gewissem Umfang für die Tilgung alter Schulden verwendet werden müssen und somit für die Deckung laufender Bedürfnisse nicht zur Verfügung stehen.

Die Frage der bestehenden Schuldsalden hat in den Erörterungen über die Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU), die gemäß einem Beschluß des Ministerrates der OEEC vom 7. Juli 1950 demnächst ins Leben treten und mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli den Zahlungsverkehr zwischen ihren Mitgliedern regeln wird, eine große Rolle gespielt. Man ist dabei übereingekommen, die Festlegung der Modalitäten der Abdeckung bestehender Schuldsalden zunächst grundsätzlich bilateralen Vereinbarungen zu überlassen. Kommt es hierbei zu keiner Einigung, so soll ein Sonderausschuß der OEEC oder allenfalls auch der Ministerrat selbst eingeschaltet werden, und wenn auch das erfolglos bleibt, endlich eine automatische Abwicklung innerhalb von zwei Jahren Platz greifen.

Ebensowenig wie die Vorbelastungen der künftigen deutschen Zahlungsbilanzentwicklung unterschätzt werden dürfen, darf man aber auch die Erleichterungen überschätzen, die die Europäische Zahlungsunion für Westdeutschland mit sich bringen könnte. Wie schon oben angedeutet, könnte einmal die mit der Schaffung

der Zahlungsunion verbundene Verpflichtung zu einer weiteren Liberalisierung Westdeutschland vielmehr zunächst gewisse neue Schwierigkeiten bringen, weil durchaus die Möglichkeit besteht, daß sich die Verstärkung der Liberalisierung zumindest in ihrem ersten Stadium handelsbilanzmäßig ebenso zuungunsten Westdeutschlands auswirkt wie der Beginn der Liberalisierung im vergangenen Herbst. Um Schwierigkeiten dieser und ähnlicher Art zu mildern, sind zwar in bestimmten Fällen Sonderhilfen vorgesehen. Westdeutschland hat aber keinerlei Gewähr, daß ihm eventuell eine derartige Sonderhilfe zuteil werden würde, ebenso wie sich die im Herbst vorigen Jahres teilweise gehegten Hoffnungen auf eine Zuteilung aus dem 150 Mill. \$-Sonderpool der ECA nicht realisiert haben.

Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß die Kreditlinie, die Westdeutschland bei der EZU eingeräumt erhalten hat, verhältnismäßig niedrig erscheint, wenn man die Vorbelastungen seiner Position und die eben erwähnte mögliche Bedrohung seiner Handelsbilanz in den ersten Stadien der erweiterten Liberalisierung in Rechnung stellt. Die deutsche „Quote“ bei der EZU beträgt nämlich nur 320 Mill. \$, da die Quoten für alle Länder auf 15 vH ihrer Zahlungseingänge und -ausgänge im intraeuropäischen Waren- und Dienstleistungsverkehr des Jahres 1949 festgelegt wurden und 1949 die Zahlungsumsätze der Bundesrepublik im Vergleich zu den heutigen noch wesentlich geringer waren als die der übrigen Teilnehmerländer. Hätte man die Quoten z. B. nach den Umsätzen des ersten Vierteljahrs 1950 bemessen, so hätte die deutsche Quote nicht 320, sondern 427 Mill. \$ betragen. Von den erwähnten 320 Mill. \$ stellen nun nur die ersten 20 vH, also rd. 64 Mill. \$, eine 100%ige Kreditlinie dar. Geht dagegen ein etwaiger westdeutscher Debetsaldo mit der EZU über diese 20 vH-Grenze hinaus, so muß ein wachsender Teil des zusätzlichen Saldos durch Gold abgedeckt werden, d. h. nur ein überproportional abnehmender Teil der Quote steht noch als reiner Kredit zur Verfügung. Würde die Bundesrepublik z. B. im ersten Halbjahr des Bestehens der Zahlungsunion dieser gegenüber den gleichen Debetsaldo aufweisen, mit dem sie im ersten Halbjahr nach Beginn der Liberalisierung im intraeuropäischen Abrechnungsver-

kehr über die BIZ in Basel abschloß (nämlich 245,9 Mill. \$), so würde sie hiervon nur etwa 175 Mill. \$ kreditiert erhalten, während für den Rest effektive Golddollar zu entrichten wären. Dabei ist zu bedenken, daß die Bilanz der Bundesrepublik auch noch durch die Abdeckung der alten Außenhandelschulden mit einem erheblichen Betrag belastet sein wird, wenn man unterstellt, daß die Abdeckung in der für den Fall des Nichtzustandekommens anderer Abmachungen vorgesehenen Frist von zwei Jahren beendet sein muß.

Westdeutschlands Export wird also weiter beträchtlich zunehmen müssen, wenn es in die Lage versetzt werden soll, den voraussichtlich ebenfalls stark wachsenden Importbedürfnissen ohne Belastung seiner Devisenreserven zu entsprechen. Im Grunde genommen ist es für ein Land wie Westdeutschland dabei sogar schlechthin unabdingbar, durch eine entsprechende Exportentwicklung die Hergabe weiterer Dollarbestände zu vermeiden, weil Westdeutschlands Bestände an goldwertigen Valuten (über Gold verfügt es überhaupt nicht) so gering sind, daß eine Abnahme außerordentlich bedenklich wäre. Das gilt besonders, wenn man bedenkt, daß im Hinblick auf die Bestrebungen zur Wiederherstellung einer gewissen Konvertibilität der Währungen alle europäischen Länder bestrebt sind, ihre Gold- und Devisenreserven nach Möglichkeit zu stärken.

Allerdings ist festzustellen, daß die Europäische Zahlungsunion durchaus auch die deut-

schen Exportchancen erhöht, da ihr Ziel ja letztlich eine Ausweitung des gesamteuropäischen Handels ist. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß sich mit der weitgehenden Niederlegung der Schranken im intraeuropäischen Zahlungsverkehr die Absatzmöglichkeiten aller Länder erweitern. Jedes Mitglied der EZU wird nämlich im Prinzip nur noch ein Konto gegenüber sämtlichen anderen Teilnehmerländern haben und infolgedessen in Zukunft von dort importieren können, wo ihm die Beschaffung am günstigsten erscheint, während die Währungsguthaben bisher zum großen Teil auf die Verwendung in bestimmten Ländern beschränkt waren. An die Stelle einer Reihe einzelner Märkte wird also ein einziger großer Markt treten, was umso wichtiger ist, als sich dieser nicht nur auf Europa beschränken, sondern auch die überseeischen Besitzungen der Teilnehmerländer und insbesondere auch den Sterlingraum einschließen wird. Auf längere Sicht wird dabei sicher auch der Ausbau der Liberalisierung der deutschen Ausfuhr zugute kommen, namentlich da mit ihr alle Diskriminierungsreste fortfallen werden. Freilich handelt es sich dabei zunächst nur um Chancen. Wie weit sie genutzt werden können, wird weitgehend von der Konkurrenzfähigkeit und dem Exportwillen der deutschen Wirtschaft abhängen, auf deren Erhaltung und Stärkung daher bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen weiter die äußerste Rücksicht genommen werden muß.

Schlußfolgerungen

Versuchen wir abschließend die wirtschafts- und währungspolitischen Konsequenzen aus den im Voraufgegangenen geschilderten Tendenzen zu ziehen, so empfiehlt es sich, zunächst noch einmal auf den anhaltenden Aufschwung von Produktion und Beschäftigung und seine Antriebskräfte einzugehen. Die industrielle Produktion ist unter Einschluß der Bauwirtschaft von Januar bis Juni d. J. um gut 20 vH gestiegen, und die Zahl der Beschäftigten hat, nach einer Abnahme um fast 250 000 im ersten Vierteljahr, im zweiten Vierteljahr wieder um 537 000 zugenommen. Obwohl gerade in die-

sem Vierteljahr der Neuzugang an Arbeitskräften infolge der Schulentlassungen recht bedeutend war, ist damit auch die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich gesunken. Zwar war die Arbeitslosigkeit Ende Juni mit 1,54 Millionen noch immer um etwas über 250 000 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber während sie im Vorjahr auch in der Zeit der stärksten Saisonentlastung des Arbeitsmarkts ständig zugenommen hatte, sind in diesem Jahr, außer dem Zugang an neuen Arbeitskräften, seit dem saisonalen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Februar immerhin bereits mehr als 480 000

Personen oder fast ein Viertel der im Februar Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess eingereicht worden.

Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als die im Frühjahr eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hierbei offenbar nicht die entscheidende Rolle gespielt haben. Zwar sind die Anlaufsschwierigkeiten, denen einzelne Teile des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauprogramms zunächst begegneten, in den letzten Monaten mehr und mehr überwunden worden; aber es ist doch nicht gelungen, die einzelnen Maßnahmen zu einer so massierten Wirkung zu bringen, wie es ursprünglich beabsichtigt war. Ihr Einfluß wird sich vielmehr über einen wesentlich größeren Zeitraum erstrecken, was aber in Anbetracht des trotzdem zu verzeichnenden starken Konjunkturanstiegs in den letzten Monaten nicht unbedingt ein Schaden zu sein braucht, sondern auf den weiteren Verlauf der Konjunktur im Gegenteil vielleicht sogar stützend wirken wird.

Beachtlich ist ferner, daß die Aufwärtsbewegung bis in die neueste Zeit hinein durch eine anhaltende Stagnation der Verbrauchsgütererzeugung beeinträchtigt wurde, obwohl die Einzelhandelsumsätze und zum Teil auch die Auftragseingänge seit Anfang Mai beträchtlich zugenommen haben. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die wachsende Nachfrage zu einem erheblichen Teil aus den vorhandenen Lägern befriedigt wurde, sei es nun, daß der Mangel an Betriebskapital die Aufrechterhaltung der bisherigen Vorräte nicht mehr gestattete oder die Preisentwicklung eine vorsichtiger Lagerdisposition angezeigt erscheinen ließ. In einem wichtigen Bereich der Wirtschaft wurde also vorläufig die konjunkturelle Aufwärtsbewegung noch durch eine entgegengerichtete Schwingung des „Lagerzyklus“ gehemmt — was auf längere Sicht aber ebenfalls nur die Bildung einer gewissen „Konjunkturreserve“ bedeutet, da bei anhaltender Zunahme des Absatzes die Produktion später umso stärker wachsen muß.

Wenn trotz dieser eben geschilderten geringen Impulse und teilweise sogar konträren Entwicklungen der Konjunkturaufschwung bereits in den letzten Monaten über die zu Anfang des Jahres gehegten Erwartungen eher hinausgegan-

gen als hinter ihnen zurückgeblieben ist, so liegt das einmal daran, daß auch ohne die zusätzliche Kredithilfe offenbar weit mehr Investitionsvorhaben fortgeführt oder neu in Angriff genommen werden konnten als man ursprünglich vermutete. Das Investitionsvolumen ist jedenfalls allen Indizien zufolge seit Anfang des Jahres wesentlich stärker gewachsen als es allein auf Grund der verschiedenen Vorfinanzierungskredite im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms möglich gewesen wäre. Zweifellos bildet dies einen erfreulichen Beweis für einen kontinuierlichen Anstieg der normalen Kapitalversorgung, der seinerseits wieder eng mit dem gefestigten Vertrauen in die Währung zusammenhängt.

Vor allem aber hat die Konjunktur einen ungewöhnlich starken Antrieb durch die Entwicklung des Exports empfangen, ja man kann beinahe sagen, daß abgesehen von der saisonmäßigen Erholung der Aufschwung der letzten Monate in der Hauptsache eine „Exportkonjunktur“ war oder doch auf dem Exportanstieg beruhte. Von etwa 400 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahrs 1949 ist die Ausfuhr auf rd. 600 Mill. DM im Mai 1950 gewachsen. Auf Jahresrate umgerechnet, beträgt die Erhöhung also nicht weniger als 2,4 Mrd. DM. Was das für die Industrie bedeutete, kann man an Hand der in dem Abschnitt „Produktion, Absatz und Arbeitsmarkt“ mitgeteilten Zahlen über Export und Beschäftigung ersehen. Danach waren im vierten Vierteljahr 1949 in der gesamten Industrie schätzungsweise etwa 425 000 Arbeitskräfte für den Export tätig. Im April 1950 war diese Ziffer bereits auf mindestens 550 000 gestiegen, und für den Mai und Juni kann man mit einer weiteren Zunahme um gut 50 000 bis 75 000 rechnen. Allein in der direkten Exportproduktion dürften also vom vierten Vierteljahr 1949 bis Mitte 1950 175 000 bis 200 000 Kräfte Arbeit gefunden haben, was etwa zwei Dritteln bis drei Vierteln der Gesamtzunahme der Beschäftigung in diesem Zeitraum entspricht. Berücksichtigt man daneben noch die von der Produktionsbelebung durch den Export ausgehenden Sekundärwirkungen, so wird klar, daß der Auslandsabsatz in dem Aufschwung des vergangenen Halbjahrs eine absolut dominierende Rolle gespielt hat.

Diese Entwicklung bildet aber auch für die künftige Orientierung der westdeutschen Wirtschaftspolitik eine überaus interessante Lehre. Es war in Westdeutschland bisher vielfach angenommen worden, daß eine nachhaltige Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im wesentlichen nur durch eine Ausweitung des Investitionsvolumens bewirkt werden könne, und daß hierfür wiederum eine entsprechende Kreditschöpfung unerlässlich sei. Man war sich aber klar darüber, daß eine solche Politik leicht in Konflikt geraten könne mit der Notwendigkeit, das Defizit in der Zahlungsbilanz zu beseitigen, das 1949 noch immer etwa 1,05 Mrd. \$, d. h. gut 4,4 Mrd. DM betragen hatte und umso bedrohlicher war, als die Auslandshilfe, die 1949 den bei weitem größten Teil dieses Defizits gedeckt hatte, ständig abnimmt und 1952 nach den bisherigen Ankündigungen gänzlich aufhören soll. Zwischen „Arbeitsbeschaffungspolitik“ und der Notwendigkeit einer verhältnismäßig raschen Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts schien also, zumindest von einer gewissen, nicht sehr weit gezogenen Grenze ab, eine Antinomie zu bestehen, die als ein schwerer Hemmschuh einer auf bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsreserven gerichteten Politik empfunden wurde.

Die Entwicklung, die die westdeutsche Ausfuhr in den letzten Monaten genommen hat, zeigt nun aber, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Auslandsabsatzes ein solcher Gegensatz zwischen einer stärkeren Zunahme von Produktion und Beschäftigung und den außenwirtschaftlichen Möglichkeiten kaum mehr besteht. Die „zusätzliche Nachfrage“, die im Interesse einer raschen Konjunkturbelebung von manchen Seiten durch eine noch stärkere Kreditschöpfung, als sie bisher schon stattgefunden hatte, gefordert wurde, ist in der letzten Zeit nämlich vom Weltmarkt ausgeübt worden. Oben wurde erwähnt, daß sich die Jahresrate der westdeutschen Ausfuhr vom vierten Vierteljahr 1949 bis Mai 1950 um nicht weniger als 2,4 Mrd. DM erhöht hat. Das war „zusätzliche Nachfrage“, und zwar zusätzliche Nachfrage in einem Umfange, der die für die Kreditexpansion teilweise geforderten Beträge erreicht, ja sogar in den Schatten stellt. Zugleich war das aber auch eine Nachfrage, die — anders, als es

eine Kreditausweitung großen Stils getan hätte — den Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht gefährdet, sondern im Gegenteil gefördert und damit weitgehend die Antinomie aufgehoben hat, die zwischen der Hebung von Produktion und Beschäftigung auf der einen und der Erreichung der „viability“ auf der anderen Seite zu bestehen schien. Die teilweise opfervollen Anstrengungen, die die westdeutsche Wirtschaft unter dem Zwang einer relativen Beengtheit des Binnenmarktes unternommen hat, um durch Rationalisierung und Preisabbau die Chancen auszunutzen, die ihr die Liberalisierung des Europa-handels und die günstige Konjunktorentwicklung in Übersee für einen stärkeren Wiederanschluß an den Weltmarkt boten, tragen also nun doppelte Früchte.

Die Möglichkeiten, auf diesem Wege erfolgreich weiter fortzuschreiten, sind in neuester Zeit eher noch gewachsen. Seit einigen Monaten befindet sich die amerikanische Konjunktur wieder in einem kräftigen Aufschwung. Hatte schon dies auf die internationalen Rohstoffmärkte und damit auf die gesamte internationale Konjunkturentwicklung einen fühlbaren Einfluß ausgeübt, so ist die Tendenz zur Anspannung aller Produktionskräfte noch erheblich verstärkt worden durch die weitreichenden Rückwirkungen, die der Korea-Konflikt auf zahlreiche Länder, besonders auf die Vereinigten Staaten von Amerika, ausgeübt hat. Die Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte wird also zweifellos steigen, und exportbeflissene Länder werden ihren Auslandsabsatz weit stärker als bisher ausweiten können.

Westdeutschland hat damit erhöhte Aussichten, bei Fortsetzung seiner Exportbemühungen nicht nur den Zahlungsbilanzausgleich und der „viability“ wesentlich näher zu kommen, sondern gleichzeitig auch einen Anstieg von Produktion und Beschäftigung zu erzielen, wie er bisher nur mit Hilfe einer weitgehenden staatlichen Wirtschaftsförderung möglich erschien. Auf Jahresrate umgerechnet, beträgt die Ausfuhr zur Zeit etwa 1,7 Mrd. \$ oder 7,1 Mrd. DM. Sie beschäftigt damit direkt, d. h. ohne die von ihr ausgehende „Sekundärbeschäftigung“, schätzungsweise über 600 000 Arbeitskräfte. Wenn es nun möglich wäre, gestützt auf eine rege Weltkonjunktur bis 1952 das in den lang-

fristigen Plänen (unter der Voraussetzung normaler Bevölkerungsentwicklung) aufgestellte Exportziel von 2,8 bis 3,0 Mrd. \$ oder 12 bis 13 Mrd. DM zu erreichen — also eine „zusätzliche Nachfrage“ in Höhe von nahezu 5 bis 6 Mrd. DM zu mobilisieren —, so würde die Beschäftigung hierdurch unmittelbar um dreihundert- bis vierhunderttausend, und mittelbar sicher nochmals um einige hunderttausend Kräfte wachsen, selbst wenn man annimmt, daß infolge weiterer Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität je Arbeiter noch etwas steigt. Jedenfalls könnte die Nachfragesteigerung einen entscheidenden Beitrag zur Beschaffung von Arbeitsplätzen leisten, wenngleich es auch auf diesem Wege nur sehr langsam möglich sein dürfte, die strukturbedingte Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Im Hinblick auf seine außenwirtschaftliche Lage wird Westdeutschland sogar mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, „Arbeitsbeschaffung“ in möglichst großem Umfang über eine Steigerung des Exports zu betreiben. Das Defizit seiner Handelsbilanz belief sich im ersten Vierteljahr 1950 noch auf fast 236 Mill. \$ oder fast 950 Mill. \$ auf das Jahr umgerechnet. Bis 1952 muß die Bundesrepublik wirtschaftlich jedoch ungefähr auf eigenen Füßen stehen. Aber auch auf kürzere Sicht ist eine weitere Exportsteigerung unerläßlich. Wie im Abschnitt über die Außenwirtschaft näher ausgeführt, beruht die gegenwärtige Aktivität der Zahlungsbilanz Westdeutschlands mit den übrigen Teilnehmerländern zum Teil nur auf Vorauszahlungen von seiten einzelner Abnehmerländer, also auf Eskomptierung späterer Exporterlöse. Ferner ist kaum mit einer Fortdauer so niedriger Einfuhren wie in den letzten Monaten zu rechnen; der Devisenbedarf für Importzwecke wird vielmehr wachsen. Endlich ist die Bundesrepublik noch vom Winter her mit hohen Außenhandelsschulden belastet, die in verhältnismäßig kurzen Fristen abgedeckt werden müssen. Auf der anderen Seite stehen Westdeutschland im Rahmen der nunmehr gebildeten Europäischen Zahlungsunion nur verhältnismäßig niedrige Kreditlinien zur Verfügung. Wenn also die Ausfuhr nicht weiter wächst, wäre zu befürchten, daß es im Rahmen seiner Quote bei der Europäischen Zahlungsunion in die „Tranchen“ kommt, in denen Debetsalden in wachsen-

dem Maße mit Gold oder frei konvertiblen Währungen abgedeckt werden müssen. Eine solche Entwicklung aber könnte sich Westdeutschland mit Rücksicht auf seine Devisenbestände unter keinen Umständen leisten. Seine Eingliederung in das sich allmählich entwickelnde System frei konvertibler Währungen erheischt es vielmehr, daß es ebenso auf die Bildung einer angemessenen Devisenreserve bedacht ist wie die übrigen Länder außerhalb des Dollarraums, die seit dem vergangenen Herbst im Gegensatz zu Deutschland bei der Anreicherung ihrer Devisenbestände zumeist beachtliche Fortschritte gemacht haben und damit dem Ziele der Konvertibilität ihrer Währungen teilweise schon sehr nahe gekommen sind. Es wäre jedenfalls nicht nur für seine weltwirtschaftlichen Beziehungen, auf deren Pflege es heute mehr denn je bedacht sein muß, sondern auf die Dauer auch für seine innere Stabilität sehr verhängnisvoll, wenn sich Westdeutschland von jener Entwicklung weiter ausschließen würde¹⁾.

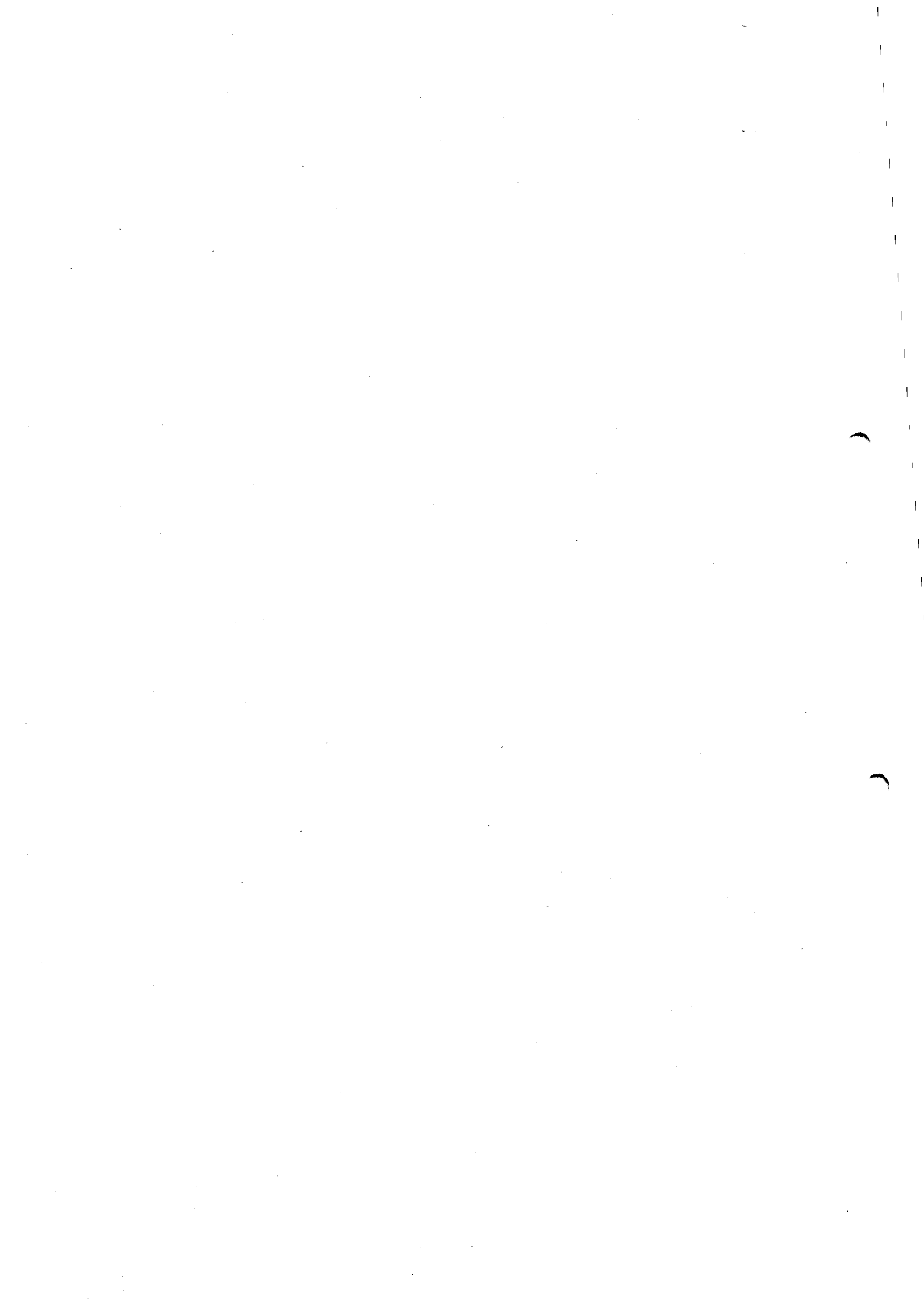
Eine stärkere Berücksichtigung solcher Gesichtspunkte ist heute aber auch innerwirtschaftlich um so mehr gerechtfertigt, als, wie erwähnt, die gegenwärtige Tendenz der Weltmärkte Westdeutschland die Chance bietet, den außenwirtschaftlichen Erfordernissen stattzugeben, ohne deswegen auf eine stärkere Aus-

¹⁾ Vgl. hierzu die Mahnungen, die der Board of Governors of the Federal Reserve System in einer Abhandlung über "Foreign Gold and Dollar Holdings in 1949" im Federal Reserve Bulletin, März 1950, an alle Länder richtete, die sich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland befinden. Es heißt dort u. a.: „Angemessene Valutareerven müssen als eine der unerläßlichen Voraussetzungen für eine stärkere Annäherung des Auslandes an das System des multilateralen Handels und der Währungskonvertibilität betrachtet werden. . . . Die Höhe der Währungsreserven ist aber auch für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, die ein Land im Interesse der internen Stabilität betreibt, von großer Bedeutung. Eine starke Währungsreserve gestattet es, in Zeiten der Depression Maßnahmen zur Anregung der Wirtschaftstätigkeit zu ergreifen oder Investitionsprogramme auszuführen, mit denen die vorhandenen Produktionsreserven besser ausgenutzt und entwickelt werden können. Eine schwache Währungsreserve dagegen bildet ein ernsthaftes Hindernis für eine auf Sicherung der internen Stabilität gerichtete Politik, da eine solche Politik immer darauf hinwirkt, die Einfuhr zu erweitern und damit die Möglichkeit einer Abnahme der Valutabestände mit sich bringt. . . . Kurz, ein Land mit einer schwachen Währungsreserve kann es sich schwerlich leisten, das Risiko erheblicher Devisenverluste auf sich zu nehmen, die mit einer Politik der Liberalisierung des Außenhandels oder der inneren Expansion unmittelbar verbunden sein können, selbst wenn ein solcher Verlust nach Anpassung an die neue Lage an sich wieder aufgeholt werden könnte.“

nutzung seiner Produktionskapazität verzichten zu müssen. Vielmehr könnte sich gerade der Export; wie schon in den letzten Monaten, so auch weiterhin, als kräftiger Antrieb beim Einsatz latenter Produktionsreserven auswirken. Um das sicherzustellen, darf freilich mit der zusätzlichen Nachfrage, die voraussichtlich vom Weltmarkt ausgehen wird, nicht eine übermäßige Nachfragesteigerung vom Binnenmarkt her in Konkurrenz treten, weil dies auf Kosten des Exports gehen würde, ohne daß auch nur der beschäftigungspolitische Effekt auf die Dauer größer wäre — von den zahlungsbilanzmäßigen Folgen ganz zu schweigen. Es wäre nämlich volkswirtschaftlich gesehen kein Gewinn, wenn man etwa die inländische Nachfrage um 1 Milliarde DM erhöhte, aber damit eine Zunahme der Auslandsnachfrage um auch nur 500 Millionen DM aufs Spiel setzte, da auf die Dauer auch die Aufrechterhaltung und Steigerung der Nachfrage, wenn die Versorgung nicht verkümmern soll, davon abhängt, daß die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht kommt. Das gegenwärtige „Gleichgewicht“ der Zahlungs-

bilanz aber ist, wie man sich immer vor Augen halten sollte, nur „geborgt“ bzw. durch ausländische Hilfsleistungen gewährleistet, mit deren ständiger Verminderung die Wirtschaftspolitik jedoch als einer harten, unabänderlichen Tatsache rechnen muß.

Unter den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Konjunktur erscheint daher eine gewisse geldpolitische Zurückhaltung am Platze. Dies gilt um so mehr, als unter dem Einfluß der derzeitigen Spannungen in der internationalen Politik in fast allen Ländern eine gewisse Nervosität entstanden ist, die auf wirtschaftlichem Gebiet die Ausgabeneigung der Verbraucher zu erhöhen tendiert. Auch in Westdeutschland sind in jüngster Zeit teilweise stärkere Voreindeckungen zu beobachten gewesen. Ihr Einfluß auf die Märkte war jedoch bisher im allgemeinen gering, und man wird kaum fehlgehen, wenn man dies neben der Einsicht und der Disziplin des größeren Teils der Bevölkerung auch auf die vorsichtige Geldpolitik, die bisher befolgt wurde, zurückführt.



Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	46
Ausweis der Bank deutscher Länder	46
Zahlungsmittelumlauf	47
Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	48
Monatsausweise der Zentralbanken, nach dem Stand vom 30. Juni 1950	50
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	52
Bilanzzahlen: Gesamtübersicht (monatliche Bankenstatistik)	52
Bilanzzahlen: nach Ländern (monatliche Bankenstatistik)	54
Bilanzzahlen: nach Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	62
Bilanzzahlen: 112 Geldinstitute (wöchentliche Bankenstatistik)	66
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: Gesamtübersicht (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	68
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Ländern (monatliche Bankenstatistik)	70
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	74
Gliederung der Einlagen von Nichtbanken bei den Geldinstituten im Währungsgebiet (monatliche Bankenstatistik)	76
Zur Entwicklung der Bausparkassen im Währungsgebiet	78
Umsätze im Sparverkehr bei den Geldinstituten im Währungsgebiet (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	78
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	79
Mindestreservesätze	79
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	80
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	80
Erstaussstattungen	80
Bankeinlagen	81
Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	81
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	82
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen	82
Festverzinsliche Wertpapiere, Durchschnittskurse und Indizes	86
Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	86
V. Öffentliche Finanzen	87
Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	87
VI. Außenhandel	88
Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets nach Warengruppen	88
Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	90
VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	92
Index der industriellen Produktion	92
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	93
Eisen- und Stahlerzeugung	93
Arbeitsmarkt	93
Verkehrsentwicklung	94
Index der Grundstoffpreise	95
Indexziffer der Lebenshaltungskosten	95
VIII. Internationale Übersichten	96
Wechselkurse in US-Cents	96
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	98
Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	98
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	99

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1)
in Mill. DM

Datum	Aktiva											
	Guthaben in ausländischer Währung	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands-Geschäfts	Post-scheck-guthaben ²⁾	Inlands-wechsel	Schatz-wechsel der Bundes-verwaltungen	Lombard-forderungen	Vor-schüsse und kurz-fristige Kredite an die öffentl. Hand	Wert-papiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ²⁾
										Aus-gleichs-forderungen	unverzinsl. Schuld-verschrei-bungen	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	
1949												
31. 12.	833,9	(11,7)	755,2	31,7	(2 820,5)	—	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
1950												
31. 1.	724,6	(13,1)	913,3	30,5	(2 946,6)	3,0	1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	67,4
28. 2.	642,5	(14,4)	528,5	27,8	(2 883,0)	27,1	1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	70,9
31. 3.	657,6	(16,0)	519,5	27,0	(3 139,8)	19,4	1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 4.	803,4	(17,6)	482,9	23,4	(3 010,9)	34,0	1 152,7	228,7	0,3	5 168,9	639,2	71,8
31. 5.	892,7	(19,6)	417,6	28,9	(2 850,1)	29,8	1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5

Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.

		einschließl. ausländ. Wechsel u. Schecks (bisher in Spalte 5)	siehe Anmerkung ⁴⁾ zu Spalte 8		ohne Auslands-wechsel u. Schecks (vgl. Sp. 2)							
7. 6.	988,0	58,1	26,3	52,9	2 752,1	12,0	1 040,7	1 199,6 ⁴⁾	0,5	5 081,2	639,2	80,4
15. 6.	1 041,8	57,9	29,9	40,9	2 645,1	29,7	1 243,8	789,5	360,6	5 045,5	639,2	82,1
23. 6.	1 101,4	54,7	25,5	36,1	2 682,9	55,2	975,3	584,7	360,7	5 129,4	639,2	82,9
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
7. 7.	1 200,3	57,6	40,5	40,4	2 751,9	26,7	1 192,4	933,9	365,2	5 218,1	639,2	160,0

Datum	Passiva													
	Zahlungsmittel-umlauf	Einlagen								Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslands-geschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanz-summe
		insgesamt (Spalte 15—20)	aufgegliedert in Einlagen					sonstiger alliierter Dienststellen	sonstige					
			der Landes-Zentral-banken	der Dienststellen des Bundes		der Hohen Kom-missare ³⁾								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25		
1949														
31. 12.	7 737,5	(860,0)	426,3	—	75,3	323,3	—	35,1	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1	
1950														
31. 1.	7 609,7	(1 151,0)	304,4	—	117,0	300,9	—	428,7	(2 861,5)	(246,8)	100,0	—	11 969,0	
28. 2.	7 689,8	(1 123,3)	320,2	—	212,4	301,0	—	289,7	(2 476,5)	(261,0)	100,0	—	11 650,6	
31. 3.	7 828,3	(955,9)	308,7	—	150,8	301,1	—	195,3	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5	
30. 4.	7 981,1	(779,5)	100,8	—	120,8	301,1	—	256,8	(2 510,3)	(262,9)	100,0	—	11 633,8	
31. 5.	7 936,4	(949,4)	193,5	—	170,9	301,3	—	283,7	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2	

Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.

				GARIOA/ERP-Gegenwertmittel (bisher in Spalte 21)		JEIA, STEG und ERP-Verwaltung (bisher in Sp. 21)		zum Teil ab 7. 6. in den Einlagen (vgl. Spalte 16 u. 19)	Vergl. Spalte 24		bis zum 31. 5. 50 in den sonstigen Passiven enthalten		
7. 6.	7 766,5	2 622,1	301,6	971,3	144,3	301,3	655,6	248,0	1 176,2	196,2	100,0	70,0	11 931,0
15. 6.	7 575,4	2 858,4	317,3	1 176,3	170,0	301,3	658,3	235,2	1 204,2	198,0	100,0	70,0	12 006,0
23. 6.	7 337,7	2 776,4	341,2	1 050,3	169,6	301,7	667,8	245,8	1 248,4	195,5	100,0	70,0	11 728,0
30. 6.	8 160,0	2 791,7	342,9	1 097,8	173,6	301,8	694,8	180,8	1 231,6	287,8	100,0	70,0	12 641,1
7. 7.	8 048,6	2 831,5	412,7	727,9	166,0	301,8	700,4	522,7	1 274,5	301,6	100,0	70,0	12 626,2

¹⁾ Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. ²⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949. ³⁾ Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. ⁴⁾ Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“. ⁵⁾ Darin enthalten am 7. 6. 1950 DM 400,1 Mill. ERP-Vorlagen, die bis zu diesem Datum in Spalte 3 ausgewiesen wurden.

Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

Stand am	Im Währungsgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Währungsgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
1949		
7. 2.	6 176	6 510
15. 2.	5 959	6 284
23. 2.	5 777	6 119
28. 2.	6 216	6 583
7. 3.	6 251	6 612
15. 3.	6 005	6 378
23. 3.	5 770	6 133
31. 3.	6 187	6 649
7. 4.	6 203	6 683
15. 4.	6 098	6 570
23. 4.	5 792	6 256
30. 4.	6 333	6 791
7. 5.	6 256	6 712
15. 5.	6 110	6 577
23. 5.	5 877	6 332
31. 5.	6 362	6 803
7. 6.	6 463	6 893
15. 6.	6 200	6 632
23. 6.	6 004	6 418
30. 6.	6 553	6 974
7. 7.	6 576	6 999
15. 7.	6 409	6 828
23. 7.	6 179	6 586
31. 7.	6 688	7 107
7. 8.	6 674	7 113
15. 8.	6 520	6 947
23. 8.	6 278	6 693
31. 8.	6 815	7 222
7. 9.	6 844	7 279
15. 9.	6 740	7 177
23. 9.	6 541	6 967
30. 9.	7 029	7 453
7. 10.	7 002	7 417
15. 10.	6 794	7 198
23. 10.	6 524	6 947
31. 10.	7 060	7 477
7. 11.	6 966	7 405
15. 11.	6 731	7 159
23. 11.	6 386	6 801
30. 11.	6 978	7 386
7. 12.	7 018	7 423
15. 12.	6 943	7 363
21. 12.	6 852	7 266
31. 12.	7 330	7 738
1950		
7. 1.	7 169	7 570
15. 1.	6 972	7 365
23. 1.	6 643	7 038
31. 1.	7 199	7 609
7. 2.	7 066	7 472
15. 2.	6 860	7 260
23. 2.	6 684	7 080
28. 2.	7 290	7 690
7. 3.	7 210	7 607
15. 3.	7 012	7 405
23. 3.	6 727	7 116
31. 3.	7 420	7 828
7. 4.	7 429	7 834
15. 4.	7 043	7 445
23. 4.	6 761	7 158
30. 4.	7 560	7 981
7. 5.	7 399	7 817
15. 5.	7 141	7 544
23. 5.	6 802	7 206
31. 5.	7 509	7 937
7. 6.	7 342	7 767
15. 6.	7 168	7 575
23. 6.	6 940	7 338
30. 6.	7 728	8 160

Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

(in

Datum	Aktiva							
	Guthaben in aus- ländischer Währung	Sorten ausländ. Wechsel und Schecks	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postscheck- Guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel	Lombardforderungen	
							insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1949								
31. Dezember	833,9	(11,7)	755,2	33,4	(3 225,7)	233,7	357,6	302,3
1950								
31. Januar	724,6	(13,1)	913,3	32,3	(3 246,3)	235,1	305,3	275,5
28. Februar	642,5	(14,4)	528,5	29,1	(3 231,0)	246,6	384,2	354,1
31. März	657,6	(16,0)	519,5	28,5	(3 310,0)	228,3	258,8	241,4
30. April	803,4	(17,6)	482,9	25,1	(3 171,9)	214,7	254,8	224,9
31. Mai	892,7	(19,6)	417,6	30,9	(3 007,5)	198,5	286,4	257,2
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen								
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	431,3	252,5

Datum	Passiva								
	Zahlungsmittel umlauf	Einlagen						von Spalte 21 entfallen	
		Insgesamt (Spalte 22, 23, 28 und 29)	Kredit- institute (einschl. Postsch.-u. Postspar- kassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften				sonstige öffentl. Körperschaften	
				Insgesamt	davon				
					Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienst- stellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeinde- verbände		
20	21	22	23	24	25	26	27		
1949									
31. Dezember	7 737,5	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)	11,4	353,9	
1950									
31. Januar	7 609,7	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)	12,3	373,0	
28. Februar	7 689,8	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)	12,0	426,6	
31. März	7 828,3	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4	
30. April	7 981,1	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)	17,9	389,9	
31. Mai	7 936,4	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)	12,4	491,4	
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen									
30. Juni	8 160,0	4 248,6	1 014,3	2 854,8	1 194,3	1 294,9	13,7	351,9	

+¹⁾ Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank

Länder und der Landeszentralbanken +¹⁾)

Mill. DM)

Aktiva										
insgesamt	Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Ver- mögens- werte
	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand		insgesamt	darunter Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand	
	Bund- und Bundes- ver- waltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungs- mächte						
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4

Passiva							
Einlagen		Verbindlich- keiten aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der BdL und der LZB'en	Rücklagen und Rückstellungen ²⁾	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbank- systems	Sonstige Verbindlich- keiten	Bilanz- summe
auf Einlagen der							
sonstigen inländisch. Einleger	aus- ländischen Einleger						
28	29	30	31	32	33	34	35
204,3	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4
534,8	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6
426,8	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6
334,0	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
409,9	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7
458,5	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder							
375,6	3,9	1 231,6	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7

deutscher Länder" Januar 1949. ²⁾ Sowohl Rücklagen als auch Rückstellungen der BdL sind ab 30. 6. 1950 in diese Position einbezogen. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellungen der BdL in den „Sonstige Passiven“ enthalten.

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden	Bremen	Nordrhein-Westfalen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	22,7	0,0	18,1	0,1	166,4
Postscheckguthaben	1,8	0,0	0,0	0,0	0,1
Wechsel und Schecks	12,4	3,8	8,3	45,7	38,2
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	14,4	12,4	5,0	30,0	80,0
Wertpapiere	0,5	—	1,6	—	—
Ausgleichsforderungen	534,4	257,5	294,1	46,4	512,9
davon: aus der eigenen Umstellung	(407,3)	(228,5)	(254,9)	(40,8)	(454,9)
angekaufte	(127,1)	(29,0)	(39,2)	(5,6)	(58,0)
Lombardforderungen	23,2	80,5	54,6	15,1	81,8
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(22,4)	(44,2)	(25,1)	(0,4)	(39,)
Kassenkredite	31,3	19,3	0,3	—	—
davon an Landesregierung	(31,3)	(19,3)	(—)	(—)	(—)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(0,3)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0	28,0
Sonstige Vermögenswerte	8,7	28,7	5,2	4,1	38,6
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	666,9	410,7	396,2	144,4	946,0
Passiva:					
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0	65,0
Rücklagen und Rückstellungen	15,8	12,8	10,5	0,1	7,0
Einlagen	188,9	260,0	146,5	124,1	546,6
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(136,9)	(99,5)	(100,9)	(48,1)	(309,1)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,8)	(2,2)	(1,2)	(1,3)	(0,2)
öffentliche Verwaltungen	(29,2)	(17,0)	(27,9)	(55,2)	(131,1)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(2,9)	(110,1)	(1,0)	(0,2)	(13,0)
sonstige inländische Einleger	(11,9)	(32,1)	(14,9)	(18,8)	(87,8)
ausländische Einleger	(0,0)	(0,6)	(0,0)	(—)	(0,0)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter- wegs befindliche Giroübertragungen	(7,2)	(/ 1,5)	(0,6)	(0,5)	(5,4)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	379,7	90,3	190,5	—	272,2
Sonstige Verbindlichkeiten	32,5	17,6	18,7	10,2	55
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	666,9	410,7	396,2	144,4	946,0
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	568,0	156,9	298,9	32,8	655,1
darunter Auslandswechsel	(3,0)	(1,4)	(3,3)	(0,1)	(6,5)

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

nach dem Stand vom 30. Juni 1950 [†])

Mill. DM

Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						30. Juni 1950	31. Mai 1950	30. April 1950
15,1	5,4	17,7	13,4	10,2	5,3	274,4	208,7	120,8
0,2	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	2,5	1,9	1,5
14,8	0,1	0,9	4,5	1,5	4,9	135,1	157,7	160,9
—	10,0	—	3,2	6,2	0,1	161,3	168,8	180,7
—	—	—	0,7	—	0,1	2,9	2,5	1,4
329,4	157,1	207,2	121,9	84,4	63,7	2 609,0	2 535,4	2 587,1
(290,6)	(125,5)	(182,9)	(100,0)	(80,1)	(61,4)	(2 226,9)	(2 174,0)	(2 242,3)
(38,8)	(31,6)	(24,3)	(21,9)	(4,3)	(2,3)	(382,1)	(361,4)	(344,8)
26,2	16,1	43,8	46,8	18,5	10,5	417,1	286,3	252,8
(24,2)	(16,1)	(6,1)	(46,7)	(3,8)	(10,3)	(238,3)	(257,1)	(223,0)
12,3	7,3	—	12,8	4,5	—	87,8	52,1	73,1
(12,3)	(7,3)	(—)	(12,7)	(4,5)	(—)	(87,4)	(48,7)	(69,9)
(—)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(—)	(0,4)	(3,4)	(3,2)
11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
9,4	7,8	9,6	6,4	2,5	1,6	122,6	144,5	134,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
418,9	208,3	287,3	215,4	130,4	88,2	3 912,7	3 657,9	3 612,9
40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	285,0	285,0	285,0
—	—	6,8	5,6	4,1	3,0	65,7	64,8	54,7
125,6	44,9	147,3	112,1	84,2	37,3	1 817,5	1 980,3	1 914,1
(83,1)	(25,3)	(79,5)	(44,7)	(31,6)	(25,7)	(984,4)	(1 044,1)	(922,7)
(1,4)	(3,2)	(6,0)	(0,5)	(0,4)	(0,4)	(17,6)	(18,3)	(20,8)
(27,4)	(15,7)	(27,6)	(36,4)	(15,2)	(6,6)	(389,3)	(552,9)	(630,7)
(0,6)	(0,1)	(21,7)	(17,4)	(29,7)	(1,1)	(197,8)	(143,9)	(146,5)
(10,4)	(1,9)	(10,4)	(12,0)	(4,7)	(1,9)	(206,8)	(199,5)	(171,3)
(0,0)	(0,0)	(2,1)	(1,0)	(0,2)	(0,0)	(3,9)	(4,3)	(4,5)
(2,7)	(/.1,3)	(—)	(0,1)	(2,4)	(1,6)	(17,7)	(17,3)	(17,6)
232,7	129,9	98,6	64,9	26,6	33,2	1 518,6	1 098,7	1 150,5
20,6	23,5	24,6	12,8	5,5	4,7	225,9	229,1	208,6
—	—	—	0,0	—	—	0,0	—	—
418,9	208,3*	287,3	215,4	130,4	88,2	3 912,7	3 657,9	3 612,9
175,9	188,4	377,6	165,7	75,2	67,3	2 761,8	2 834,3	3 011,8
(1,3)	(—)	(1,5)	(1,2)	(1,3)	(0,4)	(20,0)	(15,1)	(15,4)

Aktiva

Stand am Monatsende 1950	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾		sonstige Bankguthaben ⁵⁾	Währungsguthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	eigene Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand ⁶⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Post-scheckguthaben			insgesamt	d a v o n					
									Handelswechsel	fremde Bankakzepte	insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Währungsgebiet

Jan.	3 589	1 582,5	1 285,0	1 416,2	47,6	177,1	328,6	1 662,1	1 403,0	164,4	94,7	60,6	176,7	5 465,0
Febr.	3 590	1 327,0	1 037,0	1 460,5	45,1	213,9	204,3	1 726,3	1 463,4	166,3	96,6	60,0	185,5	5 489,4
März	3 594	1 144,3	872,2	1 531,1	47,1	229,1	119,5	1 818,0	1 548,8	162,5	106,7	60,4	280,3	5 441,0
April	3 595	1 281,8	1 000,2	1 694,3	47,7	203,3	102,4	1 931,8	1 680,7	137,8	113,3	59,1	334,7	5 475,9
Mai	3 595	1 492,8	1 153,1	1 919,3	59,0	218,3	88,5	2 118,5	1 839,9	161,5	117,1	60,5	338,1	5 498,9

Bayern ⁷⁾

Jan.	578	166,7	113,6	153,6	9,6	6,7	17,2	159,7	122,3	11,9	25,5	20,2	2,8	93
Febr.	578	172,4	117,9	139,9	9,2	9,4	10,2	157,2	122,5	8,9	25,8	19,9	0,0	97,4
März	578	151,1	99,6	168,1	8,9	8,9	10,7	165,4	130,2	6,6	28,6	22,7	0,0	960,3
April	578	174,2	124,3	172,1	8,3	9,5	15,9	169,7	134,0	6,5	29,2	22,3	0,0	964,7
Mai	578	180,2	116,2	208,0	9,6	8,7	9,4	202,9	161,9	11,3	29,7	22,8	—	964,5

Hessen ⁷⁾

Jan.	308	90,3	67,0	155,4	4,9	7,5	28,8	190,9	144,1	36,2	10,6	8,7	9,1	464,2
Febr.	309	102,3	77,4	164,3	4,0	8,3	21,0	199,0	149,3	39,1	10,6	8,4	8,6	464,8
März	310	83,9	62,3	194,8	4,3	12,9	13,6	218,6	156,1	52,6	9,9	7,5	6,6	452,5
April	309	81,0	58,7	186,1	5,5	13,2	10,8	226,0	169,3	44,8	11,9	9,4	8,1	462,2
Mai	309	102,8	74,7	217,1	5,9	13,4	11,9	229,7	175,7	41,2	12,8	10,1	13,0	465,4

Württemberg-Baden ⁷⁾

Jan.	364	111,2	83,7	241,3	4,6	10,0	20,7	156,3	135,1	13,3	7,9	6,6	8,3	595,2
Febr.	364	108,7	81,7	263,9	3,8	12,7	15,1	166,7	145,8	13,1	7,8	6,4	8,1	595,7
März	364	104,7	79,7	242,5	4,9	12,2	9,3	149,5	133,5	9,0	7,0	5,7	7,9	589,2
April	364	99,1	73,3	261,5	4,8	10,2	5,2	155,5	142,4	6,2	6,9	5,7	10,7	593,0
Mai	364	121,7	89,9	327,2	5,1	9,5	5,0	206,1	186,4	12,5	7,2	5,9	13,7	592,6

Bremen

Jan.	29	43,5	36,7	30,6	1,0	8,4	31,9	32,1	28,0	3,8	0,3	0,1	—	132,1
Febr.	29	30,3	24,2	30,8	1,1	13,8	17,1	37,6	33,4	4,0	0,2	0,1	1,0	131,4
März	29	36,3	31,0	31,7	1,0	19,5	7,4	37,8	34,7	2,9	0,2	0,1	1,0	132,3
April	29	36,9	31,1	41,2	1,0	11,8	8,0	42,8	39,5	3,1	0,2	0,1	3,9	132,3
Mai	29	47,6	39,8	42,7	1,2	12,1	9,0	45,1	43,1	1,8	0,2	0,0	5,9	132,4

Nordrhein-Westfalen ⁷⁾

Jan.	837	345,7	265,3	455,3	13,7	75,0	53,1	762,9	660,1	76,4	26,4	8,2	134,6	1 221,9
Febr.	837	284,1	209,5	481,3	11,7	83,2	37,0	777,2	666,7	83,5	27,0	8,4	144,0	1 207,5
März	840	255,8	187,1	438,6	12,6	96,2	25,2	816,1	712,8	67,5	35,8	7,3	228,7	1 205,7
April	840	282,2	207,7	536,6	13,1	72,5	20,6	857,1	766,0	55,3	35,8	5,1	284,0	1 226,8
Mai	840	363,3	275,7	584,1	20,5	79,3	14,9	919,1	809,4	71,6	38,1	5,0	262,7	1 250,1

Niedersachsen ⁷⁾

Jan.	616	99,7	63,7	134,2	5,4	10,8	6,0	126,7	113,3	4,5	8,9	6,6	3,2	758,1
Febr.	616	103,3	69,7	139,2	5,4	3,2	4,6	135,7	117,6	7,6	10,5	8,4	2,1	756,9
März	616	101,4	69,8	138,3	6,0	2,9	3,6	153,8	133,9	8,4	11,5	9,0	4,6	757,9
April	616	117,8	84,2	171,2	5,5	3,5	3,4	161,5	142,9	6,9	11,7	9,2	7,5	768,9
Mai	616	132,8	92,5	204,1	6,8	4,5	2,5	169,2	154,3	4,1	10,8	8,5	10,7	764,3

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report-u. Lomb-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete o. eingelagerte Waren		Schuldner						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlauf. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monats-ende 1950
ins-gesamt	darunter Lomb-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundschaft			Geldinstitute			ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	
				insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forderung.	insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfristige Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Währungsgebiet

4,5	1,4	269,3	17,9	6 640,3	274,5	1 045,1	653,7	15,2	287,8	1 212,3	607,5	229,8	128,4	480,9	383,1	Jan.
4,2	1,2	270,2	16,4	6 883,9	281,4	1 223,1	676,6	15,0	383,3	1 277,3	674,5	271,7	170,5	514,8	424,7	Febr.
5,4	1,4	269,0	11,0	7 004,7	281,6	1 390,7	661,8	15,0	569,5	1 369,6	766,1	333,9	232,3	561,5	473,3	März
4,9	1,5	273,7	4,1	7 005,3	284,2	1 504,6	662,6	15,0	647,3	1 466,5	862,1	367,8	266,4	596,5	508,5	April
5,4	1,7	285,7	2,6	6 973,1	284,5	1 600,9	681,8	14,9	755,9	1 596,9	991,8	407,1	305,2	607,5	519,4	Mai

Bayern 7)

7	0,5	4,3	0,3	1 197,7	7,5	69,7	147,1	0,0	17,6	281,7	122,7	36,0	16,3	79,9	69,6	Jan.
5,5	0,2	4,9	0,3	1 247,4	7,5	72,4	152,1	0,0	21,0	292,9	133,9	50,2	29,8	87,2	77,4	Febr.
0,5	0,2	4,8	0,2	1 259,3	7,5	84,2	145,9	0,0	21,4	307,0	148,5	58,3	38,2	98,0	88,1	März
0,7	0,3	4,2	0,5	1 270,7	7,5	91,5	153,5	0,0	23,2	322,0	161,2	55,7	35,7	106,7	96,6	April
0,7	0,5	4,0	0,3	1 253,4	6,9	100,3	157,8	0,0	25,7	338,2	177,6	60,1	40,1	117,8	108,3	Mai

Hessen 7)

0,2	0,2	7,6	---	573,4	15,6	45,9	69,5	1,1	12,0	92,4	26,5	18,9	4,3	71,6	44,6	Jan.
0,2	0,2	8,4	---	589,3	20,1	55,9	71,4	1,2	14,3	95,8	30,1	19,6	5,0	74,1	50,3	Febr.
0,3	0,3	8,6	---	600,7	20,6	59,8	75,1	1,2	19,9	100,1	34,1	19,6	5,4	76,2	54,8	März
0,3	0,3	8,4	---	615,3	20,6	47,1	63,9	1,1	24,6	121,3	54,0	25,0	10,6	79,6	58,1	April
0,4	0,4	11,5	---	615,8	20,6	53,8	72,6	1,1	29,2	125,0	58,6	26,2	11,4	83,8	62,3	Mai

Württemberg-Baden 7)

2,3	0,2	12,9	0,6	791,9	17,5	80,5	54,4	2,3	4,5	199,8	138,5	25,4	12,6	65,8	60,0	Jan.
2,3	0,2	14,7	0,6	820,3	18,4	92,1	57,4	2,1	5,7	209,1	148,1	26,1	13,3	69,2	63,6	Febr.
2,9	0,0	12,8	0,6	843,9	18,4	107,8	60,2	2,1	8,7	224,6	164,3	31,7	18,9	73,1	67,4	März
2,2	0,0	18,8	0,5	855,6	20,4	113,5	64,6	2,0	10,0	238,2	178,0	35,7	22,9	77,4	71,9	April
2,6	0,0	17,6	0,5	846,2	20,4	116,4	56,3	2,0	11,3	297,3	237,3	39,2	26,5	46,6	40,9	Mai

Bremen

0,3	---	46,8	0,3	223,6	4,9	2,1	32,4	0,1	0,1	60,0	33,1	6,0	1,0	3,8	3,8	Jan.
---	---	42,8	0,3	219,7	4,9	3,7	28,8	0,1	0,2	60,6	34,2	6,5	1,5	4,1	4,1	Febr.
---	---	43,9	---	223,1	4,9	4,2	24,1	0,1	0,2	63,6	37,3	18,8	13,9	4,3	4,0	März
---	---	44,4	0,0	226,4	4,7	4,5	20,9	0,1	0,1	67,0	40,6	18,7	13,9	4,9	4,6	April
---	---	38,7	0,0	229,7	4,7	4,8	18,7	0,1	0,1	71,8	45,5	30,4	25,6	5,1	4,8	Mai

Nordrhein-Westfalen 7)

0,2	0,2	11,1	1,6	1 516,6	171,7	230,4	92,2	9,2	11,8	250,0	109,3	64,0	45,1	144,0	134,3	Jan.
0,2	0,2	9,0	2,5	1 581,9	173,5	260,2	98,5	9,3	15,8	263,1	123,1	73,6	54,7	158,4	149,1	Febr.
0,2	0,2	7,6	2,0	1 606,8	173,5	317,1	98,6	9,4	13,9	279,5	140,6	87,8	69,2	177,5	168,3	März
0,2	0,2	5,9	0,4	1 644,0	173,5	348,8	102,6	9,4	4,3	300,0	162,3	107,0	88,5	189,2	180,0	April
0,2	0,2	5,1	0,4	1 640,4	173,5	381,4	107,0	9,3	16,2	311,3	174,3	114,8	96,4	204,9	195,7	Mai

Niedersachsen 7)

0,1	0,0	3,5	---	558,3	4,3	21,6	77,3	0,0	34,9	177,4	98,8	56,6	34,3	37,5	10,8	Jan.
0,1	0,0	3,7	---	590,1	4,4	20,8	77,8	0,0	36,0	190,1	110,7	63,8	41,7	41,9	15,2	Febr.
0,0	0,0	3,2	---	596,3	4,4	26,6	75,1	0,0	36,5	208,0	127,5	74,8	51,1	42,6	16,0	März
0,1	0,0	3,2	---	590,7	4,5	29,1	66,8	0,0	37,5	219,1	139,3	82,8	59,1	44,6	18,1	April
0,0	0,0	2,9	---	589,8	4,5	31,9	69,7	0,0	41,0	239,9	158,8	91,4	67,8	48,2	21,6	Mai

Geldinstitute. *) Kasse und Landeszentralbankguthaben. 4) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. 5) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. 6) Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. 7) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

Aktiva

Stand am Monatsende 1950	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾			Währungsguthaben bei der Bdl. f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	eigene Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand ⁶⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben	sonstige Bankguthaben ⁵⁾		insgesamt	Handelswechsel	fremde Bankakzepte	davon sonstige Wechsel			
											insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Schleswig-Holstein

Jan.	185	40,4	27,4	19,2	1,6	1,6	2,0	22,2	18,3	0,1	3,8	2,9	—	211,1
Febr.	185	34,6	22,3	19,7	1,4	2,3	1,1	26,1	23,5	0,3	2,3	1,1	—	210,5
März	185	33,3	20,7	24,7	1,7	1,5	1,0	24,4	21,9	0,1	2,4	1,2	—	200,1
April	185	32,8	20,4	26,8	1,8	1,3	0,9	31,4	28,5	0,3	2,6	1,1	—	198,2
Mai	185	43,9	29,6	25,2	1,8	1,2	0,8	33,4	30,6	0,2	2,6	1,4	—	197,2

Hamburg⁷⁾

Jan.	55	66,5	49,5	70,4	1,8	27,8	146,9	102,0	94,9	6,5	0,6	0,4	2,8	278,7
Febr.	55	79,2	62,2	61,4	3,3	43,9	83,7	116,3	113,1	2,5	0,7	0,2	2,8	277,6
März	55	55,7	39,5	106,4	2,7	37,8	38,7	128,4	120,1	7,9	0,4	0,3	12,8	274,4
April	55	75,9	58,2	115,2	2,3	48,0	32,5	158,3	149,0	8,6	0,7	0,6	2,8	274,8
Mai	55	87,1	67,0	112,8	2,5	49,6	31,2	177,0	162,2	13,9	0,9	0,8	12,8	279,5

Rheinland-Pfalz⁷⁾

Jan.	278	47,5	35,1	40,9	2,2	3,2	12,3	48,8	44,2	0,6	4,0	3,3	7,4	302,0
Febr.	278	46,8	34,8	38,2	2,1	5,1	8,8	47,2	41,7	0,6	4,9	3,5	8,0	301,5
März	278	42,4	30,8	39,1	2,2	3,4	6,3	53,2	48,3	0,5	4,4	3,2	7,9	300,7
April	279	46,3	34,7	45,6	2,3	2,8	2,2	52,8	48,4	0,4	4,0	2,5	7,8	286,9
Mai	279	57,3	43,3	49,9	2,1	3,2	1,5	53,4	49,4	0,2	3,8	2,8	9,4	286,6

Baden⁷⁾

Jan.	169	38,2	30,9	37,1	1,5	25,0	5,1	27,0	17,9	4,5	4,6	2,9	4,9	176,2
Febr.	169	33,7	26,6	39,5	1,4	30,5	3,8	23,3	17,3	1,5	4,5	2,7	7,3	175,9
März	169	36,9	30,4	37,5	1,3	32,1	2,9	25,0	18,1	2,5	4,4	2,6	7,2	175,9
April	170	34,0	27,4	40,0	1,8	27,4	2,1	24,5	19,0	1,1	4,4	2,1	6,3	176,3
Mai	170	37,6	29,0	41,2	1,9	35,4	1,7	25,0	20,1	0,5	4,4	1,9	7,7	175,0

Württemberg-Hohenzollern⁷⁾

Jan.	146	31,3	22,5	69,1	0,9	0,8	4,2	15,9	12,4	1,5	2,0	0,5	3,6	146,6
Febr.	146	31,4	22,4	73,5	0,8	1,3	2,0	17,6	13,5	2,0	2,1	0,8	3,6	145,7
März	146	31,0	22,2	88,8	0,7	1,2	0,9	18,3	15,0	1,2	2,1	0,6	3,6	145,9
April	146	30,8	23,0	85,2	0,8	2,7	0,9	19,7	15,4	2,1	2,2	0,9	3,6	146,9
Mai	146	35,4	25,2	91,5	0,9	1,1	0,5	20,9	16,6	1,8	2,5	1,3	2,1	146,7

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Jan.	24	501,5	489,6	9,3	0,5	0,1	0,4	17,7	12,4	5,2	0,1	0,1	—	247,3
Febr.	24	300,2	288,4	9,0	1,0	0,1	0,0	22,4	19,1	3,2	0,1	0,1	—	247,3
März	24	211,8	199,0	20,6	0,8	0,3	0,0	27,8	24,2	3,5	0,1	0,1	—	247,4
April	24	270,8	257,0	12,8	0,5	0,5	0,0	32,6	26,2	2,8	3,6	0,0	—	244,9
Mai	24	283,2	270,0	15,5	0,7	0,4	0,0	36,8	30,2	2,3	4,3	0,0	—	244,9

^{*)} Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw.

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report-u. Lomb-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete od. eingelagerte Waren		Schuldner						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchl. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monats-ende 1950
ins-gesamt	darunter Lomb-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundschaft			Geldinstitute			ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	
				ins-gesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen	ins-gesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Schleswig-Holstein

0,0	—	3,0	—	271,7	0,2	21,1	34,0	0,0	0,8	33,1	7,0	9,8	4,1	21,0	17,0	Jan.
0,1	—	3,1	—	280,7	0,2	22,4	37,5	0,0	1,0	38,2	12,2	17,7	12,5	24,4	20,4	Febr.
0,1	—	2,5	—	284,7	0,2	34,2	33,1	0,0	1,3	40,0	14,1	26,5	21,3	34,7	30,7	März
0,0	—	2,4	—	267,1	0,2	52,3	36,3	0,0	1,8	41,2	15,5	24,6	19,4	37,1	33,1	April
0,1	—	2,2	—	276,5	0,2	54,7	32,4	0,0	1,9	42,5	16,8	25,9	20,8	38,7	34,7	Mai

Hamburg²⁾

0,4	0,3	176,6	15,2	738,1	44,6	40,0	37,7	2,0	3,1	60,1	37,7	0,2	—	30,6	26,7	Jan.
0,6	0,3	180,0	12,8	707,6	44,0	43,8	40,4	1,9	3,8	66,2	44,1	0,2	0,0	32,5	27,4	Febr.
1,1	0,5	183,8	8,3	671,9	43,8	42,4	37,8	2,0	4,9	80,1	56,8	0,3	0,0	31,6	26,4	März
1,0	0,5	184,3	2,7	613,9	44,0	46,4	32,6	1,9	5,4	87,0	63,8	0,3	0,0	33,0	27,5	April
1,0	0,5	201,1	1,3	593,9	44,0	47,7	40,1	2,0	6,0	92,7	68,9	0,3	0,0	34,1	28,2	Mai

Rheinland-Pfalz³⁾

0,1	0,1	0,0	—	336,0	6,8	18,5	71,1	0,4	1,1	34,9	16,8	7,9	6,1	16,7	11,1	Jan.
0,1	0,1	0,0	—	337,0	6,9	22,4	71,8	0,4	1,1	37,1	19,6	8,8	7,2	18,0	12,2	Febr.
0,2	0,1	0,0	—	335,8	6,9	27,4	74,4	0,4	1,1	40,5	22,7	9,7	8,1	18,6	12,6	März
0,2	0,1	0,0	—	347,9	6,9	33,0	79,8	0,4	1,8	43,1	25,4	10,9	9,3	18,4	13,0	April
0,1	0,1	0,1	—	342,6	6,9	36,2	84,2	0,4	2,1	48,0	29,4	11,1	9,3	19,5	14,2	Mai

Baden⁴⁾

0,1	—	3,6	—	172,1	1,0	5,5	16,4	—	—	9,4	5,8	2,4	2,3	7,5	3,0	Jan.
0,1	0,0	3,5	—	180,8	1,1	7,1	17,8	—	—	9,6	6,0	2,4	2,3	2,1 ⁵⁾	2,0	Febr.
0,2	0,0	1,7	—	187,1	0,9	9,4	16,7	—	0,8	10,4	6,7	3,2	3,1	2,0	1,9	März
0,2	0,0	2,0	—	191,9	1,6	10,7	19,0	0,0	0,9	11,0	7,5	3,5	3,4	2,7	2,6	April
0,2	0,0	2,4	—	193,0	1,6	11,8	19,7	0,0	0,9	11,9	8,4	3,6	3,5	2,8	2,7	Mai

Württemberg-Hohenzollern⁶⁾

0,0	—	—	—	142,8	0,4	6,3	21,0	0,0	5,4	13,6	11,4	2,4	2,3	0,5	0,3	Jan.
0,0	—	—	—	156,0	0,4	6,7	22,9	—	5,7	14,6	12,4	2,7	2,5	0,9	0,9	Febr.
—	—	0,0	—	162,6	0,4	7,1	20,3	—	5,7	15,6	13,4	3,2	3,1	1,1	1,1	März
—	—	0,0	—	168,1	0,4	7,6	21,6	—	5,8	16,5	14,3	3,6	3,4	1,1	1,1	April
0,0	—	—	—	168,5	1,3	7,8	22,4	—	5,9	18,2	16,0	3,9	3,8	2,3	2,3	Mai

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

—	—	—	—	118,1	—	503,5	0,5	—	196,5	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Jan.
—	—	—	—	173,1	0,0	615,3	0,3	—	278,7	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Febr.
—	—	—	—	232,5	—	670,4	0,6	—	455,1	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	März
—	—	—	—	213,8	—	720,2	1,0	—	531,9	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	April
—	—	—	—	223,3	0,0	754,2	0,9	—	615,6	0,1	0,1	—	—	3,7	3,7	Mai

Zugang neu berichtender Geldinstitute. ⁸⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁴⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁷⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. ⁸⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt.

Passiva

Stand am Monatsende 1950	Einlagen												seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf									Spar-einlagen
			mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öff. Hand		sonstige Gläubiger					
					insgesamt	darunter	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter				
31	32	33	34	35	Währs-guthaben für gestellte Akkreditive	37	38	39	40	41	42	43	44	

Währungsgebiet

Jan.	328,2	16,1	14 415,9	13 040,0	1 375,9	9,5	378,2	2 852,4	1 328,8	6 947,4	318,7	882,2	3 240,2	33,9
Febr.	325,6	13,2	14 668,9	13 227,6	1 441,3	8,3	435,5	2 945,8	1 491,1	6 905,3	195,8	957,8	3 376,5	40,9
März	323,5	12,2	14 998,0	13 485,2	1 512,8	4,6	504,7	2 909,8	1 473,5	7 077,1	114,8	1 037,2	3 498,3	40,9
April	321,8	11,2	15 559,8	13 981,9	1 577,9	3,1	541,1	2 973,9	1 515,0	7 397,3	99,1	1 147,7	3 610,7	35,1
Mai	319,4	10,5	16 291,5	14 600,1	1 691,4	2,0	604,0	3 149,6	1 657,4	7 748,2	86,4	1 223,4	3 702,3	33,1

Bayern³⁾

Jan.	60,4	1,0	2 005,2	1 873,5	131,7	0,1	32,8	371,4	149,8	981,6	17,1	155,9	520,5	12,0
Febr.	59,7	0,8	2 086,6	1 943,3	143,3	0,0	37,5	387,3	189,1	1 011,6	10,2	164,1	544,4	14,2
März	59,1	0,8	2 182,5	2 018,0	164,5	0,0	42,2	411,9	189,5	1 039,9	10,7	174,9	566,2	15,9
April	58,3	0,8	2 235,0	2 067,2	167,8	0,1	52,3	405,8	184,3	1 079,7	15,7	182,9	581,7	16,0
Mai	57,9	0,7	2 345,2	2 153,1	192,1	0,0	58,2	441,2	212,2	1 119,1	9,3	194,2	592,8	16,5

Hessen³⁾

Jan.	27,1	0,9	1 229,1	1 063,3	165,8	0,4	69,5	180,9	57,2	614,0	28,4	135,2	268,4	0,2
Febr.	26,8	0,7	1 268,7	1 109,8	158,9	0,7	84,2	190,3	67,5	642,4	20,3	149,0	277,1	2,6
März	27,0	0,6	1 334,2	1 137,4	196,8	0,3	93,2	179,9	67,3	670,3	13,3	157,6	287,2	5,5
April	26,8	0,6	1 346,2	1 156,6	189,6	0,0	101,8	169,4	64,3	690,3	10,8	168,8	296,9	8,5
Mai	26,8	0,5	1 432,7	1 227,2	205,5	0,0	107,6	185,7	61,8	737,3	11,9	175,9	304,2	9,2

Württemberg-Baden³⁾

Jan.	35,2	0,4	1 562,0	1 384,6	177,4	2,0	83,5	385,4	250,2	654,3	18,4	90,0	344,9	0,7
Febr.	35,1	0,3	1 615,2	1 421,4	193,8	1,9	97,5	415,1	277,0	647,4	13,2	93,0	358,9	1,7
März	34,9	0,2	1 588,3	1 413,6	174,7	0,9	86,7	383,8	261,8	660,4	8,4	102,1	369,4	0,7
April	34,3	0,2	1 635,6	1 464,8	170,8	0,6	86,1	397,0	273,6	687,4	4,5	113,1	380,4	0,8
Mai	34,1	0,2	1 777,9	1 571,1	206,8	0,4	111,1	455,1	324,1	727,1	4,5	122,7	388,9	0,8

Bremen

Jan.	4,5	0,1	394,1	365,3	28,8	—	4,4	120,0	47,0	203,7	31,9	13,4	41,6	0,4
Febr.	4,5	0,1	372,5	340,3	32,2	—	3,7	110,8	59,6	185,7	17,1	16,1	43,8	0,3
März	4,4	0,0	355,5	323,8	31,7	—	5,8	101,3	57,8	177,0	7,4	16,6	45,5	0,0
April	4,5	0,0	369,4	321,7	47,7	—	4,5	93,7	50,4	181,1	8,0	15,3	46,9	0,0
Mai	4,4	0,0	398,4	348,0	50,4	—	11,1	113,7	58,5	186,0	9,0	14,7	48,3	0,0

Nordrhein-Westfalen³⁾

Jan.	74,3	8,0	4 064,5	3 679,8	384,7	1,5	72,3	926,5	508,9	1 895,4	51,6	245,3	857,9	1,8
Febr.	73,3	6,3	4 101,0	3 690,8	410,2	0,6	83,9	918,9	520,1	1 871,7	36,4	277,2	900,2	3,1
März	72,7	6,0	4 210,5	3 797,7	412,8	0,4	127,8	884,8	513,3	1 974,6	24,8	304,1	938,3	2,9
April	72,4	5,6	4 452,0	3 987,9	464,1	0,2	147,5	924,7	519,0	2 084,8	20,4	363,5	978,4	1,4
Mai	71,9	5,5	4 631,6	4 171,7	459,9	0,1	157,0	981,3	558,8	2 181,2	14,8	382,7	1 009,2	2,2

Niedersachsen³⁾

Jan.	44,6	0,9	1 360,1	1 233,3	126,8	0,2	45,3	170,2	55,7	643,5	5,8	70,1	419,6	1,4
Febr.	44,4	0,8	1 407,2	1 277,0	130,2	0,3	51,2	197,6	85,5	646,0	4,3	76,1	433,4	1,5
März	44,2	0,7	1 439,5	1 296,8	142,7	0,2	59,4	177,6	64,7	673,9	3,4	83,1	445,3	1,2
April	44,2	0,7	1 509,3	1 368,8	140,5	0,2	50,7	209,5	86,4	701,9	3,2	88,9	457,4	1,1
Mai	44,2	0,6	1 577,1	1 433,8	143,3	0,1	48,8	220,9	90,9	743,4	2,4	104,6	469,5	1,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. 2) Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. 3) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen ent-

Passiva

Stand am Mo- nats- ende 1950	Einlagen												seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite		
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf									Spar- einlagen	
			mit	ohne	Einlagen		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öff. Hand		sonstige Gläubiger				
			von Geldinstituten		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter				
			Einlagen	Termin- einlagen		Währungs- guthaben für gestellte Akkreditive	Termin- einlagen				Währungs- guthaben für gestellte Akkreditive	Termin- einlagen			
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44		

Schleswig-Holstein

Jan.	14,2	0,2	377,8	357,4	20,4	0,1	1,2	62,2	8,8	185,0	1,9	13,2	110,2	0,5
Febr.	14,2	0,2	377,0	355,3	21,7	0,2	1,4	60,1	9,8	181,7	0,9	13,4	113,5	0,6
März	14,2	0,2	381,9	357,6	24,3	0,3	2,3	55,5	11,1	185,5	0,7	12,7	116,6	0,9
April	14,1	0,2	405,6	379,4	26,2	0,0	2,6	55,2	11,6	203,9	0,9	15,9	120,3	0,5
Mai	14,1	0,2	398,8	372,9	25,9	—	3,6	45,4	12,2	204,6	0,8	15,3	122,9	0,7

Hamburg ³⁾

Jan.	12,9	0,8	1 049,2	977,3	71,9	3,6	13,8	202,2	126,9	670,6	143,2	106,4	104,5	15,6
Febr.	12,8	0,7	1 047,4	964,6	82,8	3,6	15,2	230,3	147,0	623,8	80,1	108,6	110,5	13,3
März	12,5	0,6	1 038,3	951,8	86,5	1,9	21,3	250,1	157,6	586,1	36,8	123,8	115,6	9,8
April	12,4	0,5	1 084,7	989,5	95,2	1,5	24,3	247,3	170,8	622,5	31,0	129,2	119,7	3,0
Mai	12,4	0,5	1 123,6	1 016,9	106,7	0,9	30,8	236,1	172,7	657,3	30,3	137,8	123,5	1,7

Rheinland-Pfalz ³⁾

Jan.	20,8	0,9	640,1	594,8	45,3	0,6	12,0	107,6	38,9	269,9	11,7	26,4	217,3	0,4
Febr.	20,6	0,7	628,9	589,9	39,0	0,5	7,3	102,0	38,4	264,2	8,3	29,4	223,7	0,6
März	20,5	0,6	636,4	595,3	41,1	0,3	7,7	99,2	37,3	267,9	6,0	29,3	228,2	0,8
April	20,7	0,5	648,6	609,2	39,4	0,3	10,9	95,7	37,1	280,7	1,9	38,7	232,8	0,6
Mai	20,6	0,5	678,5	634,1	44,4	0,1	14,1	104,7	38,9	291,1	1,4	40,1	238,3	0,8

Baden ³⁾

Jan.	11,6	0,5	450,1	409,4	40,7	0,2	11,5	94,7	40,7	177,2	5,1	9,4	137,5	0,0
Febr.	11,5	0,5	457,7	423,1	34,6	0,2	10,8	102,4	51,8	178,0	3,6	10,5	142,7	0,0
März	11,4	0,3	467,4	433,3	34,1	0,2	9,7	97,8	53,9	187,3	2,7	11,9	148,2	0,0
April	11,4	0,3	473,4	436,8	36,6	0,1	8,1	100,8	55,3	184,2	2,0	11,4	151,8	0,0
Mai	11,3	0,3	490,1	461,2	28,9	0,1	5,4	114,2	67,5	192,9	1,7	13,0	154,1	0,1

Württemberg-Hohenzollern ³⁾

Jan.	11,1	0,1	389,9	335,9	54,0	0,8	31,0	74,4	32,7	147,1	3,4	10,8	114,4	—
Febr.	11,1	0,1	402,9	341,9	61,0	0,4	41,9	76,2	33,1	146,8	1,6	14,7	118,9	—
März	11,1	0,1	417,9	348,5	69,4	0,2	47,7	78,2	37,1	148,0	0,7	14,3	122,3	0,1
April	11,1	0,1	422,4	352,3	70,1	0,2	51,1	77,5	38,0	149,8	0,7	13,3	125,0	—
Mai	11,0	0,0	435,7	361,1	74,6	0,2	55,0	77,9	38,6	156,2	0,3	15,5	127,0	—

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Jan.	11,5	2,3	893,9	765,4	128,5	—	1,0	156,9	12,2	505,1	—	5,9	103,4	—
Febr.	11,6	2,0	904,1	770,4	133,7	—	1,0	154,7	12,2	506,2	—	5,8	109,5	3,0
März	11,6	2,0	945,6	811,3	134,3	—	1,0	189,7	22,2	506,1	—	6,4	115,5	3,0
April	11,6	1,9	977,7	847,8	129,9	—	1,2	197,4	24,2	530,9	0,0	6,5	119,5	3,0
Mai	10,8	1,5	1 001,7	848,9	152,8	—	1,2	173,3	21,2	552,1	—	7,0	123,5	—

^{*)} Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. ³⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthal-

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet *)¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Ak- zepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfr. aufgenom. Gelder (Spalten 51 u. 48)			durch- lau- fende Kredite - nur Treuhän- de- ge- schäfte-	Eigenkapital		eigene Zie- hungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürg- schaften, Wechsel- und Scheck- bürgschaft., Gewähr- leistungsverträgen	Indossamentsverb.		Betrag der ver- kauften eigenen Aus- gleichs- for- derungen	Stand am Mo- nats- ende 1950
ins- gesamt	darunter				gegen Schuld- ver- schrei- bungen	sonst. Dar- lehen	Geld- institut	öffentl. Stellen	sonstige		ins- gesamt ⁴⁾	darunt. gem. Wäh- rungs- gesetz (36. DVO z.UG) ⁴⁾			ins- gesamt	darunter weiter- begebene fremde Bank- akzepte		
	Valuta- ver- pflich- tungen aus der RM- Zeit	Nostro- verpfl. aus Lombar- dierung von Aus- gleichs- for- der.	für länger als 6 Mon. hereinge- nommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Schleswig-Holstein

102,4	0,1	19,0	9,7	97,6	16,8	18,4	13,2	7,8	7,1	21,0	27,1	21,3	8,2	30,3	97,4	36,7	15,3	Jan.
115,0	0,1	28,8	9,6	91,6	17,1	33,6	25,9	10,3	7,0	24,4	27,4	21,6	8,9	36,9	102,0	34,3	18,2	Febr.
110,4	0,1	14,7	10,1	93,3	17,7	49,3	38,3	14,1	7,0	34,7	27,8	21,7	10,4	24,4	111,9	39,0	29,0	März
82,9	0,1	14,0	5,4	91,6	17,7	61,2	53,1	5,8	7,7	37,1	28,2	22,3	11,6	18,4	120,2	39,9	30,7	April
100,6	0,1	33,1	5,4	95,1	18,2	64,8	56,0	6,6	7,6	38,7	28,3	22,3	11,7	18,5	128,0	38,0	31,4	Mai

Hamburg ³⁾

111,7	54,3	13,7	7,7	386,5	34,8	27,8	22,6	3,8	9,1	30,6	57,3	36,0	2,1	351,5	259,5	20,8	28,7	Jan.
117,5	60,5	11,9	8,0	345,0	35,4	30,6	24,7	4,4	9,5	32,6	57,7	36,4	2,4	334,4	269,4	20,8	29,6	Febr.
116,9	60,5	12,8	9,6	312,0	35,8	44,0	37,3	6,5	9,8	31,6	57,9	36,7	2,4	196,5	277,8	13,5	31,9	März
118,2	60,5	4,8	10,4	264,4	36,5	49,7	42,4	6,7	11,0	33,1	58,7	37,4	2,1	183,6	252,7	11,7	32,6	April
138,0	60,5	12,8	12,1	248,9	37,6	51,6	44,1	8,1	11,5	34,1	61,6	40,3	1,9	163,7	247,0	11,9	33,3	Mai

Rheinland-Pfalz ³⁾

141,0	6,4	46,4	11,1	80,9	25,6	2,8	11,4	1,5	1,0	16,7	26,5	24,1	6,2	64,0	104,7	6,1	11,5	Jan.
149,3	6,5	59,7	11,7	75,5	26,5	2,7	11,6	1,7	1,1	19,0	27,0	24,6	5,9	55,8	107,5	6,5	12,2	Febr.
155,7	6,5	56,8	10,4	73,2	26,8	3,0	11,8	1,5	0,1	19,1	28,3	25,9	7,0	36,2	108,0	6,3	15,9	März
163,1	6,5	53,5	11,8	71,8	26,6	6,0	15,0	1,7	1,1	19,1	29,4	26,8	7,6	31,5	108,6	6,1	17,0	April
165,2	6,5	53,0	13,2	68,2	26,9	6,2	16,5	1,7	1,2	20,3	29,5	26,7	6,9	36,6	114,1	5,6	17,6	Mai

Baden ³⁾

23,1	0,6	5,5	0,3	34,7	0,0	0,1	0,4	—	—	7,5	17,2	15,3	2,2	19,9	36,0	9,9	0,7	Jan.
28,1	0,6	10,7	0,3	34,9	0,0	0,1	0,4	—	—	2,1 ⁵⁾	17,2	15,2	2,1	19,5	35,9	9,2	1,2	Febr.
24,9	0,6	6,1	0,5	39,5	0,0	1,0	1,4	0,1	—	2,0	17,4	15,4	2,4	14,6	39,7	11,1	1,8	März
22,5	0,6	3,0	0,5	38,6	0,0	1,2	1,6	0,1	—	2,7	17,6	15,5	3,1	10,7	41,8	9,7	1,6	April
24,1	0,6	6,4	0,6	41,1	0,0	1,4	1,8	0,2	—	2,8	17,7	15,5	3,0	9,8	40,6	5,3	2,8	Mai

Württemberg-Hohenzollern ³⁾

—	0,4	8,8	2,0	22,6	—	4,8	6,7	0,1	—	0,5	12,1	10,4	2,0	14,5	22,1	4,5	0,9	Jan.
33,7	0,4	11,1	2,0	25,8	—	5,8	7,5	0,3	—	0,9	12,6	10,2	2,0	56,1	25,4	4,4	1,4	Febr.
26,4	0,4	6,2	2,4	31,4	—	5,9	8,0	0,3	—	1,1	12,7	10,1	2,7	9,0	31,4	6,9	1,8	März
31,3	0,4	9,6	2,6	32,4	—	6,0	8,3	0,3	—	1,1	12,8	9,6	3,2	8,9	32,8	6,1	1,9	April
31,0	0,4	7,5	2,8	32,2	—	7,2	9,6	0,3	0,1	2,3	12,9	10,3	3,2	8,3	32,2	5,6	2,0	Mai

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

597,2	—	—	573,1	50,4	356,5	73,7	589,8	—	57,0	2,0	219,9	3,9	—	28,5	216,3	16,3	—	Jan.
594,7	—	—	573,6	79,3	356,9	75,5	247,2 ⁶⁾	344,9 ⁷⁾	57,0	2,0	219,9	3,9	—	21,6	205,2	18,0	—	Febr.
724,6	—	—	704,6	70,0	358,5	80,5	154,7	573,4	57,0	2,0	219,9	3,9	—	12,2	168,0	14,8	—	März
908,3	—	—	885,6	68,9	358,6	87,4	240,9	675,1	57,0	2,0	219,9	4,0	—	9,2	151,1	13,4	—	April
1 066,6	—	—	992,1	71,2	358,9	97,2	290,6	741,7	57,0	3,7	219,9	4,0	—	10,0	168,5	12,6	—	Mai

ten. sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. ⁴⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neugegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ⁵⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁶⁾ Siehe Anmerkung ⁷⁾. ⁷⁾ Ab Februar sind die counterpart funds als von der Bundesregierung aufgenommene Gelder ausgewiesen.

Aktiva

Stand am	Barreserve ¹⁾		Nostroguthaben		sonstige Bankguthaben ²⁾	Währungsguthaben bei der BdL f. gestellte Akkreditive	Wechsel		
	insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt (ohne eigene Akzpte)	davon Handelswechsel ³⁾	
									1
1948									
31. 10.	452,4	378,1	468,4	20,8	.	.	773,6	644,2	
30. 11.	700,4	628,0	621,5	25,4	.	.	639,4	493,5	
31. 12.	717,1	644,9	510,8	34,1	.	.	706,8	575,7	
1949									
31. 1.	670,8	607,6	619,0	19,7	.	.	716,4	636,2	
28. 2.	567,1	506,8	723,7	22,8	.	.	774,9	683,7	
31. 3.	638,4	577,4	705,3	17,9	.	.	792,6	693,8	
30. 4.	707,6	640,1	739,0	18,0	.	.	829,2	734,3	
31. 5.	642,3	577,7	864,8	15,5	.	.	993,9	870,8	
30. 6.	564,6	501,3	821,9	18,6	.	.	1 079,5	921,2	
31. 7.	402,4	331,1	798,2	17,8	31,2	.	1 164,1	948,6	
31. 8.	466,0	398,8	798,0	17,3	43,9	.	1 080,1	872,8	
30. 9.	392,7	327,0	785,4 ⁴⁾	14,1	42,7	184,7	1 097,4	918,9	
31. 10.	374,1	305,3	666,1	15,1	50,4	283,7	933,0	761,6	
30. 11.	402,3	326,5	637,5	14,6	131,6	360,1	777,3	649,8	
31. 12.	599,5	525,0	646,3	31,4	100,4	315,7	893,7	758,5	
1950									
31. 1.	372,3	302,9	624,7	15,8	110,9	229,9	878,2	731,7	
28. 2.	365,0	296,9	662,7	15,2	141,6	138,5	887,8	743,0	
31. 3.	291,8	226,3	653,2	15,3	154,7	74,1	907,2	767,5	
30. 4.	354,6	282,1	746,7	15,0	131,3	70,1	970,5	842,5	
31. 5.	424,7	341,4	895,8	20,3	135,3	63,9	1 051,6	904,8	
7. 6.	510,0	433,6	909,1	19,5	141,4	59,9	1 074,7	926,1	
15. 6.	451,3	376,9	878,7	16,1	141,8	53,2	1 081,1	932,5	
23. 6.	507,9	441,4	853,5	14,8	137,9	50,7	1 108,5	962,9	

Passiva

Stand am	Einlagen								
	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonto		von Spalte 19 entfallen auf				Einlagen der öffentl. Hand
			mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten			Einlagen der öffentl. Hand	
					insgesamt	Währungsguthaben für gestellte Akkreditive	Termineinlag.		
17	18	19	20	21	22	23	24	25	
1948									
31. 10.	.	424,6	3 082,6	2 501,1	581,5	.	65,1	825,0	279,7
30. 11.	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	698,4	.	95,5	1 057,6	385,5
31. 12.	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	628,3	.	96,4	1 065,4	482,5
1949									
31. 1.	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	655,9	.	119,1	1 259,4	649,7
28. 2.	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	668,5	.	111,2	1 294,7	734,1
31. 3.	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	742,0	.	145,7	1 288,8	739,4
30. 4.	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	742,4	.	176,7	1 490,8	808,2
31. 5.	101,4	10,7	4 838,6	3 919,3	919,3	.	191,7	1 446,2	832,9
30. 6.	95,2	8,1	4 984,2	4 053,5	930,7	.	213,6	1 450,4	890,2
31. 7.	79,2	6,7	4 886,6	4 029,4	857,2	.	228,7	1 420,6	940,2
31. 8.	76,5	5,9	4 932,3	4 046,9	885,4	.	221,0	1 373,8	923,9
30. 9.	74,7	4,2	5 055,4	4 150,8	904,6	7,5	215,9	1 349,7	907,2
31. 10.	71,7	3,3	5 124,1	4 362,8	761,3	9,3	223,7	1 370,1	918,8
30. 11.	68,8	2,8	5 107,9	4 368,9	739,0	10,5	224,6	1 441,4	998,1
31. 12.	64,2	2,2	5 252,6	4 486,6	766,0	10,9	223,8	1 478,6	969,1
1950									
31. 1.	62,8	2,0	5 084,0	4 370,3	713,7	4,9	250,6	1 487,7	972,1
28. 2.	61,7	1,6	5 193,8	4 418,0	775,8	4,4	283,9	1 549,9	1 069,4
31. 3.	60,8	1,3	5 212,0	4 386,5	825,5	2,2	313,2	1 449,0	975,3
30. 4.	60,2	1,2	5 413,1	4 572,6	840,5	1,5	332,2	1 484,5	1 014,7
31. 5.	59,3	1,2	5 755,0	4 810,5	944,5	1,0	393,3	1 573,0	1 099,1
7. 6.	59,3	1,1	5 872,0	4 915,9	956,1	1,9	413,9	1 602,3	1 074,5
15. 6.	59,1	1,1	5 873,1	4 912,0	961,1	1,8	412,3	1 645,3	1 115,1
23. 6.	59,0	1,1	5 895,5	4 953,7	941,8	1,8	414,9	1 619,3	1 071,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ²⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ³⁾ Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. ⁴⁾ Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. ⁵⁾ Ab Juli 1949 sind Valutaforderungen

112 Geldinstitute

das westdeutsche Währungsgebiet*)

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Mill. DM

Aktiva

Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	Schuldner			sonstige kurzfristige Forderung. - Report, Lombard, Warenvorschüsse -	Stand am
davon				- nur kurzfristige Forderungen -				
fremde Bankakzpte	sonstige Wechsel			Nichtbankenkundschaft		Geldinstitute		
	insgesamt	darunter Debitorenzieh.	insgesamt	dar. Valutaford. aus d. RM-Zeit				
9	10	11	12	13	14	15	16	
								1948
129,4	.	.	.	768,3	.	166,2	22,1	31. 10.
110,5	.	35,4	.	942,9	.	204,2	35,4	30. 11.
95,6	.	35,5	0,5	996,4	.	230,8	29,1	31. 12.
								1949
62,4	.	17,8	5,3	1 078,6	.	248,5	43,3	31. 1.
74,1	.	17,1	5,7	1 213,9	.	238,7	51,1	28. 2.
81,0	.	17,8	8,5	1 309,1	.	238,9	64,2	31. 3.
77,4	.	17,5	9,7	1 400,8	.	275,1	73,0	30. 4.
103,1	.	20,0	10,8	1 436,9	.	243,7	70,9	31. 5.
134,6	.	23,7	9,7	1 538,7	.	245,2	65,5	30. 6.
176,8	38,7	32,1	9,6	1 748,2 ⁵⁾	85,9	269,9	64,5	31. 7.
166,7	40,6	30,5	35,9	1 911,7	114,6	276,0	95,6	31. 8.
140,9	37,6	31,0	33,7	2 040,3	122,3	258,8	86,1	30. 9.
139,5	31,9	27,3	55,5	2 341,6	119,7	330,7	91,2	31. 10.
96,1	31,4	23,6	110,3	2 493,2	120,5	353,2	118,0	30. 11.
102,3	32,9	24,1	95,8	2 488,2	122,0	338,5	122,8	31. 12.
								1950
115,9	30,6	24,9	94,2	2 480,0	123,2	367,7	130,7	31. 1.
115,4	29,4	22,2	99,8	2 521,3	123,2	386,6	138,1	28. 2.
111,0	28,7	22,7	124,5	2 532,4	123,2	384,6	134,5	31. 3.
98,3	29,7	23,1	159,4	2 458,1	124,4	389,5	141,8	30. 4.
117,4	29,4	23,0	196,1	2 405,6	125,2	395,6	153,1	31. 5.
122,0	26,6	22,0	243,9	2 376,4	125,2	417,1	146,1	7. 6.
120,6	28,0	22,8	249,7	2 428,3	125,2	423,3	142,6	15. 6.
114,5	31,1	25,3	239,3	2 418,2	125,2	449,0	137,6	23. 6.

Passiva

Einlagen				Nostroverpflichtungen ⁶⁾			eigene Akzpte im Umlauf	eigene Ziehungen im Umlauf	Eig. Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsforderung.	Stand am
von Spalte 19 entfallen auf				insgesamt	darunter				insgesamt	darunter		
sonstige Gläubiger			Spar-einlagen		Valuta-verpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostrover-pflicht. aus Lombard.v. Ausgleichs-forderung.						
insgesamt	darunter											
	Währungs-guthaben für gestellte Akkreditive	Termineinl.										
26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
												1948
1 522,2	.	110,2	153,9	102,6	.	.	158,8 ⁷⁾	.	527,2	.	4,0	31. 10.
1 643,2	.	131,8	184,7	171,9	.	39,2	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0	30. 11.
1 755,4	.	154,4	238,9	236,7	.	77,0	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5	31. 12.
												1949
1 756,4	.	165,2	270,1	286,7	.	51,3	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	31. 1.
1 874,1	.	216,4	294,3	328,7	.	68,3	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8	28. 2.
1 952,8	.	269,1	318,1	275,9	.	30,2	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9	31. 3.
2 006,5	.	293,4	336,0	304,5	.	44,5	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9	30. 4.
2 112,2	.	364,0	360,9	326,5	.	55,8	271,3	10,9	458,1	67,6	11,4	31. 5.
2 225,1	.	422,0	378,0	262,1	.	28,5	280,0	13,3	397,9	58,8	11,4	30. 6.
2 212,7	.	419,2	396,1	353,1	.	47,5	376,4	15,3	488,9	42,2	25,2	31. 7.
2 262,1	.	419,7	411,0	459,4 ⁸⁾	109,4	40,0	487,6	15,9	604,3	55,8	26,2	31. 8.
2 381,5	169,2	413,0	419,6	444,6	124,0	31,7	616,9	13,3	640,3	81,7	27,3	30. 9.
2 560,4	261,1	415,6	432,3	470,8	124,3	60,7	795,8	19,7	750,5	98,8	27,4	31. 10.
2 481,3	353,1	353,5	446,2	603,9	127,1	121,2	977,9	26,7	848,2	151,3	34,5	30. 11.
2 535,7	285,2	427,2	472,3	542,7	129,8	124,7	1 020,9	26,1	925,2	183,4	71,8	31. 12.
												1950
2 383,7	212,6	461,1	498,9	573,5	137,8	93,7	982,2	23,3	1 002,3	168,9	85,6	31. 1.
2 345,0	127,7	486,1	523,1	617,6	144,2	141,0	903,8	25,1	1 033,0	157,1	96,0	28. 2.
2 390,7	63,0	549,0	546,8	537,8	144,3	61,9	895,4	26,4	1 045,6	154,1	107,2	31. 3.
2 521,0	57,8	606,2	567,1	565,5	146,4	47,7	801,8	30,6	940,7	134,0	106,8	30. 4.
2 651,5	57,0	640,5	586,0	592,6	146,4	67,0	723,5	33,0	906,9	122,7	112,0	31. 5.
2 719,3	52,8	670,0	594,3	615,8	146,4	63,7	697,7	32,6	875,3	113,9	112,7	7. 6.
2 667,5	45,1	681,8	599,2	646,7	146,4	100,0	664,7	32,8	836,2	109,4	111,5	15. 6.
2 730,6	43,7	710,1	603,8	657,7	146,4	88,7	650,7	31,8	834,4	117,3	110,2	23. 6.

aus der RM-Zeit einbezogen. ⁶⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. ⁷⁾ Ohne die Beträge der 11 Institute von Niedersachsen. ⁸⁾ Ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ⁹⁾ Ab September 1949 sind die Zahlen der Spalte 6 ausgegliedert.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monats- ende 1950	I. Kredite an die Nicht-												
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft									Die Spalten 1-9			
	kurzfrist. Kredite		d a v o n						Wirtschaftsunternehmen				
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfr. Forderg. -		sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	in Spalten 3 u. 5 enthaltene Akzept- kredite ⁷⁾	mittel- und lang- fristige Kredite ⁸⁾	durch- lau- fende Kredite	kurzfrist. Kredite		d a v o n	
ins- gesamt			darunter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	ins- gesamt						dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	ins- gesamt	darunter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Währungsgebiet

Jan.	10 217,6	274,5	6 640,3	274,5	271,5	3 305,8	2 020,7	2 487,2	371,0	9 614,7	269,1	6 354,6	269,1	271,5
Febr.	10 604,1	281,4	6 883,9	281,4	272,1	3 448,1	1 968,6	2 772,1	398,3	9 904,6	276,0	6 522,2	276,0	272,1
März	10 986,3	281,6	7 004,7	281,6	271,4	3 710,2	2 139,4	3 094,2	437,8	10 078,4	276,1	6 528,0	276,1	271,4
April	11 127,7	284,2	7 005,3	284,2	276,3	3 846,1	2 076,1	3 338,9	469,8	10 249,9	278,7	6 586,3	278,7	276,3
Mai	11 196,9	284,5	6 973,1	284,5	288,4	3 935,4	2 027,0	3 604,9	458,7	10 315,6	279,0	6 557,4	279,0	288,4

Bayern

Jan.	1 596,0	7,5	1 197,7	7,5	4,8	393,5	463,1	387,4	79,6	1 560,4	7,2	1 165,6	7,2	4,8
Febr.	1 671,4	7,5	1 247,4	7,5	5,3	418,7	441,8	415,5	86,9	1 626,8	7,2	1 204,0	7,2	5,3
März	1 715,8	7,5	1 259,3	7,5	5,3	451,2	434,1	449,5	97,7	1 635,2	7,2	1 180,7	7,2	5,3
April	1 743,4	7,5	1 270,7	7,5	4,9	467,8	431,8	469,2	106,4	1 669,2	7,2	1 198,2	7,2	4,9
Mai	1 736,8	6,9	1 253,4	6,9	4,7	478,7	416,3	498,6	114,4	1 668,2	6,6	1 185,7	6,6	4,7

Hessen

Jan.	836,5	15,6	573,4	15,6	7,8	255,3	170,0	157,2	69,8	809,6	15,1	563,2	15,1	7,8
Febr.	884,2	20,1	589,3	20,1	8,6	286,3	143,7	171,3	72,3	846,3	19,6	578,6	19,6	8,6
März	938,7	20,6	600,7	20,6	8,9	329,1	152,6	179,5	74,4	894,4	20,0	588,8	20,0	8,9
April	971,9	20,6	615,3	20,6	8,7	347,9	143,0	193,4	77,8	928,9	20,0	601,6	20,0	8,7
Mai	987,6	20,6	615,8	20,6	11,9	359,9	147,4	205,0	81,9	947,1	20,0	604,9	20,0	11,9

Württemberg-Baden

Jan.	1 073,9	17,5	791,9	17,5	13,3	268,7	269,1	305,7	65,1	1 043,7	17,5	770,2	17,5	13,3
Febr.	1 120,3	18,4	820,3	18,4	15,1	284,9	270,3	327,3	68,6	1 089,2	18,4	797,5	18,4	15,1
März	1 162,0	18,4	843,9	18,4	13,1	305,0	290,3	364,1	72,7	1 130,1	18,4	820,1	18,4	13,1
April	1 183,5	20,4	855,6	20,4	19,1	308,8	293,9	387,4	77,0	1 147,8	20,4	831,0	20,4	19,1
Mai	1 169,8	20,4	846,2	20,4	18,0	305,6	285,5	452,9	37,1	1 132,0	20,4	822,5	20,4	18,0

Bremen

Jan.	335,9	4,9	223,6	4,9	47,1	65,2	45,8	68,1	3,8	333,8	4,9	221,6	4,9	47,1
Febr.	334,2	4,9	219,7	4,9	42,8	71,7	43,3	70,8	4,1	331,9	4,9	218,4	4,9	42,8
März	349,5	4,9	223,1	4,9	43,9	82,5	69,8	86,6	4,3	347,2	4,9	221,8	4,9	43,9
April	359,3	4,7	226,4	4,7	44,4	88,5	66,3	90,2	4,9	354,5	4,7	225,5	4,7	44,4
Mai	362,8	4,7	229,7	4,7	38,7	94,4	61,6	107,0	5,1	356,1	4,7	228,9	4,7	38,7

Nordrhein-Westfalen

Jan.	2 780,9	171,7	1 516,6	171,7	11,3	1 253,0	319,7	544,4	63,6	2 613,0	167,6	1 488,8	167,6	11,3
Febr.	2 870,8	173,5	1 581,9	173,5	9,2	1 279,7	321,9	596,9	71,6	2 696,5	169,3	1 556,9	169,3	9,2
März	3 025,2	173,5	1 606,8	173,5	7,8	1 410,6	354,9	684,4	83,5	2 765,4	169,3	1 579,6	169,3	7,8
April	3 149,3	173,5	1 644,0	173,5	6,1	1 499,2	355,6	755,8	92,9	2 835,1	169,3	1 615,4	169,3	6,1
Mai	3 146,2	173,5	1 640,4	173,5	5,3	1 500,5	349,2	807,5	102,5	2 855,4	169,3	1 613,9	169,3	5,3

Niedersachsen

Jan.	815,1	4,3	558,3	4,3	3,6	253,2	97,3	255,6	18,6	791,7	3,9	538,6	3,9	3,6
Febr.	845,8	4,4	590,1	4,4	3,8	251,9	95,7	274,7	22,9	811,0	4,0	558,0	4,0	3,8
März	860,2	4,4	596,3	4,4	3,2	260,7	97,0	309,4	23,6	822,0	4,0	563,6	4,0	3,2
April	858,2	4,5	590,7	4,5	3,3	264,2	94,8	331,0	25,7	827,6	4,0	568,7	4,0	3,3
Mai	867,4	4,5	589,8	4,5	2,9	274,7	89,9	363,2	29,2	832,5	4,0	566,7	4,0	2,9

* Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

 Monatliche Bankenstatistik für
 Gesamterhebung der Bank deutscher
 in

Stand am Monats- ende 1950	I. Kredite an die Nicht-													
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft									Die Spalten 1-9				
	kurzfrist. Kredite		d a v o n							Wirtschaftsunternehmen				
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfr. Forder. -		sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	in Spalten 3 und 5 enthaltene Akzept- kredite ⁶⁾	mittel- und lang- fristige Kredite ⁸⁾	durch- lau- fende Kredite	kurzfrist. Kredite		Schuldner - kurzfr. Forder. -		
			ins- gesamt	darunter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit						ins- gesamt	darunter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	ins- gesamt	darunter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	sonstige kurzfr. Kredite ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Schleswig-Holstein

Jan.	355,8	0,2	271,7	0,2	3,0	81,1	99,2	64,0	19,8	340,9	0,2	258,4	0,2	3,0
Febr.	372,1	0,2	280,7	0,2	3,2	88,2	94,0	78,3	23,2	356,2	0,2	266,4	0,2	3,2
März	381,2	0,2	284,7	0,2	2,6	93,9	96,4	100,7	33,5	358,1	0,2	262,4	0,2	2,6
April	376,2	0,2	267,1	0,2	2,4	106,7	94,5	118,1	35,9	363,1	0,2	254,7	0,2	2,4
Mai	395,7	0,2	276,5	0,2	2,3	116,9	97,5	123,1	37,5	379,9	0,2	261,9	0,2	2,3

Hamburg

Jan.	1 233,9	44,6	738,1	44,6	176,7	319,1	325,8	100,3	29,5	1 196,3	44,6	703,3	44,6	176,7
Febr.	1 235,7	44,0	707,6	44,0	180,4	347,7	301,1	110,2	31,3	1 200,0	44,0	674,7	44,0	180,4
März	1 229,7	43,8	671,9	43,8	184,5	373,3	373,6	122,8	30,4	1 181,3	43,8	636,3	43,8	184,5
April	1 169,4	44,0	613,9	44,0	185,0	370,5	324,8	133,7	31,4	1 144,3	44,0	591,6	44,0	185,0
Mai	1 178,7	44,0	593,9	44,0	201,8	383,0	311,7	140,7	32,1	1 145,5	44,0	573,5	44,0	201,8

Rheinland-Pfalz

Jan.	465,2	6,8	336,0	6,8	0,1	129,1	99,0	61,3	11,4	447,0	6,8	325,4	6,8	0,1
Febr.	468,1	6,9	337,0	6,9	0,1	131,0	93,3	68,3	12,6	448,3	6,9	326,1	6,9	0,1
März	471,9	6,9	335,8	6,9	0,2	135,9	95,1	77,6	13,1	453,7	6,9	325,8	6,9	0,2
April	480,7	6,9	347,9	6,9	0,2	132,6	92,9	87,0	12,5	461,4	6,9	336,8	6,9	0,2
Mai	479,7	6,9	342,6	6,9	0,2	136,9	89,0	95,3	13,0	462,6	6,9	335,1	6,9	0,2

Baden

Jan.	221,9	1,0	172,1	1,0	3,8	46,0	37,6	17,3	7,2	209,5	1,0	164,7	1,0	3,8
Febr.	234,8	1,1	180,8	1,1	3,6	50,4	38,3	19,1	2,1 ¹⁾	220,6	1,1	174,1	1,1	3,6
März	241,2	0,9	187,1	0,9	1,9	52,2	50,5	23,0	2,0	228,1	0,9	181,4	0,9	1,9
April	248,6	1,6	191,9	1,6	2,2	54,5	50,0	25,2	2,7	236,2	1,6	186,0	1,6	2,2
Mai	254,9	1,6	193,0	1,6	2,6	59,3	48,4	27,3	2,8	240,2	1,6	186,2	1,6	2,6

Württemberg-Hohenzollern

Jan.	176,6	0,4	142,8	0,4	0,0	33,8	23,4	22,3	0,5	169,8	0,4	139,7	0,4	0,0
Febr.	192,8	0,4	156,0	0,4	0,0	36,8	27,4	24,0	0,5	185,7	0,4	152,6	0,4	0,0
März	204,7	0,4	162,6	0,4	0,0	42,1	32,0	25,9	0,7	197,0	0,4	158,7	0,4	0,0
April	213,4	0,4	168,1	0,4	0,0	45,3	32,6	27,7	0,7	205,8	0,4	164,2	0,4	0,0
Mai	212,8	1,3	168,5	1,3	0,0	44,3	33,6	29,9	0,9	206,5	1,3	164,5	1,3	0,0

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Jan.	325,8	—	118,1	—	—	207,7	70,7	503,6	2,0	98,7	—	14,9	—	—
Febr.	373,8	0,0	173,1	0,0	—	200,7	97,8	615,4	2,0	92,1	—	14,9	0,0	—
März	406,1	—	232,5	—	—	173,6	93,0	670,5	2,0	65,8	0,0	8,7	—	—
April	374,0	—	213,8	—	—	160,2	96,0	720,3	2,0	76,1	—	12,6	—	—
Mai	404,4	0,0	223,3	0,0	—	181,1	96,9	754,3	2,0	89,7	0,0	13,7	0,0	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen

nach Ländern
das westdeutsche Währungsgebiet *)¹⁾
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute ⁵⁾							Stand am Monats- ende 1950
gliedern sich in Kredite an										davon							
und Private				Öffentliche Hand ⁵⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	Schuld- ner - kurz- fristige For- derun- gen ⁵⁾	sonst. kurz- fristige Kre- dite ²⁾	Wech- sel- obli- go der Kund- schaft	in Spal- ten 26 u. 27 ent- hal- tene Ak- zept- kredite ⁸⁾	mittel- und lang- fristige Kre- dite	durch- lau- fende Kre- dite	
Wechsel- obli- go der Kund- schaft	in Spalten 12 und 14 enthalten Akzept- kredite ⁸⁾	mittel- und lang- fristige Kre- dite ⁴⁾	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	davon			mittel- und lang- fristige Kre- dite ⁶⁾	durch- lau- fende Kredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Schleswig-Holstein

79,5	99,2	51,7	19,8	14,9	13,3	—	1,6	12,3	—	80,7	34,0	—	46,7	0,1	0,8	1,2	Jan.
86,6	94,0	58,9	23,2	15,9	14,3	—	1,6	19,4	—	86,5	37,5	—	49,0	0,1	1,0	1,2	Febr.
93,1	96,4	72,6	33,5	23,1	22,3	—	0,8	28,1	—	86,2	33,1	—	53,1	0,1	1,3	1,2	März
90	94,5	92,7	35,7	13,1	12,4	—	0,7	25,4	0,2	93,2	36,3	—	56,9	0,1	1,8	1,2	April
95,7	97,5	96,2	37,5	15,8	14,6	—	1,2	26,9	—	88,9	32,4	—	56,5	0,1	1,9	1,2	Mai

Hamburg

316,3	324,3	100,0	29,4	37,6	34,8	—	2,8	0,3	0,1	87,6	37,7	0,3	49,6	3,6	3,1	1,1	Jan.
344,9	299,6	109,8	31,2	35,7	32,9	—	2,8	0,4	0,1	87,2	40,4	0,2	46,6	3,5	3,8	1,2	Febr.
360,5	372,1	122,3	30,3	48,4	35,6	—	12,8	0,5	0,1	88,7	37,8	0,4	50,5	3,1	4,9	1,2	März
367,7	323,3	133,0	31,3	25,1	22,3	—	2,8	0,7	0,1	83,3	32,6	0,3	50,4	3,1	5,4	1,6	April
370,2	310,2	140,0	32,0	33,2	20,4	—	12,8	0,7	0,1	99,9	40,1	0,4	59,4	3,5	6,0	2,0	Mai

Rheinland-Pfalz

121,5	98,8	52,4	5,1	18,2	10,6	—	7,6	8,9	6,3	111,3	71,1	—	40,2	0,2	1,1	5,3	Jan.
122,1	93,1	58,6	5,9	19,8	10,9	—	8,9	9,7	6,7	111,4	71,8	—	39,6	—	1,1	5,4	Febr.
127,7	94,9	66,8	6,2	18,2	10,0	—	8,2	10,8	6,9	116,8	74,4	—	42,4	—	1,1	5,5	März
124,4	92,8	74,6	6,8	19,3	11,1	—	8,2	12,4	5,7	126,8	79,8	—	47,0	—	1,8	5,9	April
127,3	89,0	82,7	7,4	17,1	7,5	—	9,6	12,6	5,6	133,7	84,2	—	49,5	—	2,1	6,5	Mai

Baden

41,0	37,6	14,3	6,7	12,4	7,4	0,0	5,0	3,0	0,5	41,6	16,4	—	25,2	0,1	—	0,3	Jan.
42,9	38,3	15,1	1,6 ⁷⁾	14,2	6,7	0,0	7,5	4,0	0,5	37,0	17,8	—	19,2	0,1	—	— ⁷⁾	Febr.
44,8	50,5	18,1	1,5	13,1	5,7	0,0	7,4	4,9	0,5	39,9	16,7	—	23,2	0,0	0,8	—	März
48,0	50,0	19,4	2,2	12,4	5,9	0,0	6,5	5,8	0,5	41,5	19,0	—	22,5	—	0,9	—	April
51,4	48,4	21,5	2,6	14,7	6,8	0,0	7,9	5,8	0,2	37,9	19,7	—	18,2	—	0,9	—	Mai

Württemberg-Hohenzollern

30,1	23,4	19,7	0,5	6,8	3,1	—	3,7	2,6	—	31,4	21,0	—	10,4	1,2	5,4	—	Jan.
33,1	27,4	21,0	0,5	7,1	3,4	—	3,7	3,0	—	35,5	22,9	—	12,6	0,9	5,7	0,4	Febr.
38,3	32,0	22,5	0,7	7,7	3,9	—	3,8	3,4	—	34,8	20,3	—	14,5	1,3	5,7	0,4	März
41,6	32,6	23,9	0,7	7,6	3,9	—	3,7	3,8	—	36,7	21,6	—	15,1	1,3	5,8	0,4	April
42,0	33,6	25,8	0,9	6,3	4,0	—	2,3	4,1	—	37,5	22,4	—	15,1	0,9	5,9	1,4	Mai

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

83,8	2,3	457,9	2,0	227,1	103,2	—	123,9	45,7	—	26,8	0,5	—	26,3	—	196,5	—	Jan.
77,2	0,5	568,1	2,0	281,7	158,2	—	123,5	47,3	—	27,1	0,3	—	26,8	—	278,7	—	Febr.
57,1	—	626,6	2,0	340,3	223,8	—	116,5	43,9	—	22,7	0,6	—	22,1	—	455,1	—	März
63,5	1,5	676,8	2,0	297,9	201,2	—	96,7	43,5	—	24,5	1,0	—	23,5	—	531,9	—	April
76,0	1,5	710,7	2,0	314,7	209,6	—	105,1	43,6	—	25,1	0,9	—	24,2	—	615,6	1,7	Mai

(Rembourskredite). ³⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Kommunaldarlehen. ⁴⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden. ⁵⁾ Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁶⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁸⁾ Bis einschließlich Februar 1950 ohne die in den sonstigen kurzfristigen Krediten enthaltenen Akzeptkredite.

Gliederung der Einlagen von Nichtbanken

(ohne
Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)							die
	insgesamt	d a v o n					weniger als 30 Tagen	
		täglich fällige Gelder			Festgelder und Gelder auf Kündigung		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffent- liche Hand
		Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand		
insgesamt	darunter Währungs- guthaben für gestellte Akkreditive	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand				Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffent- liche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1949								
Juni	9 032,6 ^{*)}	5 821,3 ^{*)}	.	1 436,5	669,2 ^{*)}	1 105,6	128,2	264,1
September	9 579,8	6 218,7	249,7	1 424,6	724,6	1 211,9	40,7	319,2
Dezember	10 107,5	6 494,9	425,4	1 495,7	811,9	1 305,0	38,9	310,2
1950								
Januar	9 799,8	6 065,2	318,7	1 523,6	882,2	1 328,8	37,0	251,2
Februar	9 851,1	5 947,5	195,9	1 454,7	957,8	1 491,1	50,7	227,6
März	9 986,9	6 039,9	114,8	1 436,3	1 037,2	1 473,5	40,0	222,9
April	10 371,2	6 249,6	99,1	1 458,9	1 147,7	1 515,0	34,9	165,3
Mai	10 897,8	6 524,8	86,5	1 492,2	1 223,4	1 657,4	35,9	164,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 5 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenos-

bei den Geldinstituten im Währungsgebiet

(Spareinlagen)

das westdeutsche Währungsgebiet *)¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Spalten 5 und 6 ²⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	
9	10	11	12	13	14	15	16	
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	69,9	53,9	1949
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	98,5	64,1	Juni
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	118,3	115,2	September
								Dezember
								1950
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	129,0	113,7	Januar
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	143,2	131,3	Februar
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	163,7	152,4	März
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	181,9	157,6	April
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	201,2	187,0	Mai

schaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 16 nicht vorliegt. ³⁾ Die hierin enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (267,7 Mill. DM) sind schätzungsweise zu 99 v. H. den täglich fälligen Geldern und zu 1 v. H. den Festgeldern und Geldern auf Kündigung zugeschlagen.

Zur Entwicklung der Bausparkassen im Währungsgebiet
in Mill. DM

Bestand am Monatsende	Ausleihungen		Einlagen und aufgenommene Gelder			Ausgleichsforderungen	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Spareinlagen		auf- genommene Fremdmittel	Ausgleichs- forderungen im Bestand	Betrag der ver- kauften Ausgleichs- forderungen
			Gesamtbestand	darunter umge- stellte RM-Spar- einlagen			
	1	2	3	4	5	6	7
A. Private Bausparkassen							
Oktober 1949	32,2	8,5	114,4	.	0,6	46,8	—
November 1949	36,1	9,4	119,6	62,7	0,6	46,3	0,4
Dezember 1949	40,6	10,6	135,0	62,0	0,7	44,5	3,2
Januar 1950	43,2	10,9	145,3	61,5	0,4	44,3	3,4
Februar 1950	47,4	12,5	152,5	60,4	0,4	43,0	4,6
März 1950	52,4	11,7	168,7	58,8	0,3	41,0	5,8
April 1950	57,7	12,1	176,7	58,0	0,1	38,6	8,2
Mai 1950	64,9	14,7	185,4	57,2	0,4	37,9	8,9
B. Öffentliche Bausparkassen							
Oktober 1949
November 1949
Dezember 1949
Januar 1950	31,9	46,6	85,2	19,1	23,2	13,3	0,8
Februar 1950	32,2	51,8	94,4	19,1	24,4	14,3	0,8
März 1950	32,7	61,5	108,8	19,1	24,9	15,0	1,3
April 1950	33,4	65,5	123,2	19,1	25,1	16,1	1,3
Mai 1950	35,0	77,1	137,6	19,1	22,4	16,2	1,3
C. Bausparkassen insgesamt							
Oktober 1949
November 1949
Dezember 1949
Januar 1950	75,1	57,5	230,5	80,6	23,6	57,6	4,2
Februar 1950	79,6	64,3	246,9	79,5	24,8	57,3	5,4
März 1950	85,1	73,2	277,5	77,9	25,2	56,0	7,1
April 1950	91,1	77,6	299,9	77,1	25,2	54,7	9,5
Mai 1950	99,9	91,8	323,0	76,3	22,8	54,1	10,2

Umsätze im Sparverkehr bei den Geldinstituten im Währungsgebiet

in Mill. DM

Datum	Spareinlagen- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraums	Zugänge aus		Einzahlungen		Auszahlungen		Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
		Um- stellung	Zinsen	ins- gesamt	darunter Barein- zahlungen	ins- gesamt	darunter Baraus- zahlungen		insgesamt	dar. steuer- begünstigte Einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾										
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken										
1949 Oktober	2 751,0	10,1	0,3	235,0	121,8	175,3	124,9	+ 59,7	2 821,1	48,2
November	2 821,1	8,7	0,4	242,9	126,2	171,6	112,1	+ 71,3	2 901,5	60,4
Dezember	2 901,0 ²⁾	6,7	33,0	318,5	162,8	198,6	137,8	+119,9	3 060,6	89,9
1950 Januar	3 061,7 ⁴⁾	3,4	16,7	323,0	191,1	164,6	103,7	+158,4	3 240,2	103,9
Februar	3 240,2	4,7	8,8	277,3	162,1	154,5	104,1	+122,8	3 376,5	112,2
März	3 376,7 ²⁾	3,0	4,6	301,0	171,3	187,0	129,8	+114,0	3 498,3	122,6
April	3 498,2 ²⁾	2,1	2,0	290,4	158,6	182,0	127,7	+108,4	3 610,7	132,2
Mai	3 610,6 ²⁾	1,2	1,5	286,4	159,8	197,4	143,6	+ 89,0	3 702,3	142,3
Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet³⁾										
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten										
1950										
1. - 31. 1.	472,3	0,6	1,3	53,2	34,9	28,5	16,2	+ 24,7	498,9	22,9
1. - 28. 2.	498,8 ²⁾	0,6	2,2	47,1	31,2	25,6	16,0	+ 21,5	523,1	24,9
1. - 31. 3.	523,1	0,4	0,3	50,1	32,2	27,1	20,5	+ 23,0	546,8	27,4
1. - 30. 4.	546,8	0,2	0,1	46,5	28,6	26,5	19,7	+ 20,0	567,1	29,9
1. - 31. 5.	567,1	0,3	0,3	47,0	28,1	28,7	22,6	+ 18,3	586,0	32,7
1. - 7. 6.	586,0	0,0	0,0	15,7	10,1	7,4	5,6	+ 8,3	594,3	33,8
8. - 15. 6.	594,3	0,1	0,0	12,6	8,1	7,8	5,7	+ 4,8	599,2	34,4
16. - 23. 6.	599,2	0,1	0,0	12,3	7,8	7,8	5,9	+ 4,5	603,8	35,2

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Differenz gegenüber dem Endbestand des Vormonats bzw. der Vorwoche beruht auf Berichtigungen verschiedener Institute. ⁴⁾ Im oberen Teil der Tabelle sind jeweils alle Wochen des Monats zusammengefaßt; d. h. die Bestandszahlen beziehen sich auf die Höhe der Spareinlagen am Anfang bzw. Ende des Monats, die Zu- und Abgänge umfassen die gesamten Kontenbewegungen von jeweils 4 Wochen. ⁵⁾ Zunahme gegenüber dem Endbestand des Vormonats ist verursacht durch die Neuaufnahme einiger Institute.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen *)
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
	1950					1950				
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Febr.	März	April	Mai	Juni
1. Kreditbanken	363,2	368,1	384,9	399,8	414,1	13,8	34,4	24,3	23,2	20,9
a) Nachfolgeinstitute ehemal. Großbankfil.	(220,9)	(225,0)	(234,6)	243,8	(253,6)	(3,2)	(17,9)	(9,9)	(6,1)	(9,4)
b) Regionalbanken	(112,8)	(113,5)	(119,4)	124,5	(127,6)	(7,7)	(13,4)	(11,6)	(13,7)	(7,2)
c) Privatbanken	(29,5)	(29,6)	(30,9)	(31,5)	(32,9)	(2,9)	(3,1)	(2,8)	(3,4)	(4,3)
2. Girozentralen	85,8	80,8	76,3	84,5	83,7	39,5	23,1	54,9	40,3	23,9
3. Sparkassen	304,6	314,1	321,4	334,5	343,1	11,1	10,4	11,2	11,3	11,2
4. Hypothekenbanken	0,3	0,7	0,8	1,9	1,3	0,8	0,8	0,9	1,1	1,4
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	70,3	69,3	69,2	69,9	70,8	2,1	1,9	1,8	1,3	2,0
6. Gewerbl. Zentralkassen	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	55,6	56,4	57,4	58,7	60,2	1,3	1,3	2,3	2,3	2,2
8. Sonstige Geldinstitute	76,2	75,2	80,6	81,5	80,9	5,1	6,0	4,0	4,1	3,5
Bankengruppen insgesamt	957,3	965,9	991,8	1 032,1	1 055,4	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6

Bankengruppen	Überschußreserven in v. H.									
	der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschlußreserven aller Bankengruppen				
	1950									
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Febr.	März	April	Mai	Juni
1. Kreditbanken	3,8	9,3	6,3	5,8	5,0	18,6	43,9	24,4	27,6	31,9
a) Nachfolgeinstitute ehemal. Großbankfil.	(1,4)	(8,0)	(4,2)	(2,5)	(3,7)	(4,3)	(22,9)	(9,9)	(7,3)	(14,3)
b) Regionalbanken	(6,8)	(11,8)	(9,7)	(11,0)	(5,6)	(10,4)	(17,1)	(11,7)	(16,3)	(11,0)
c) Privatbanken	(9,8)	(10,5)	(9,1)	(10,8)	(13,1)	(3,9)	(3,9)	(2,8)	(4,0)	(6,6)
2. Girozentralen	46,0	28,6	72,0	47,7	28,6	53,4	29,5	55,0	48,0	36,4
3. Sparkassen	3,6	3,3	3,5	3,4	3,3	15,0	13,3	11,2	13,5	17,1
4. Hypothekenbanken	266,7	114,3	112,5	57,9	107,7	1,1	1,0	0,9	1,3	2,1
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	3,0	2,7	2,6	1,9	2,8	2,8	2,4	1,8	1,5	3,0
6. Gewerbl. Zentralkassen	23,1	30,8	33,3	30,8	38,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,8
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	2,3	2,3	4,0	3,9	3,7	1,8	1,7	2,3	2,7	3,4
8. Sonstige Geldinstitute	6,7	8,0	5,0	5,0	4,3	6,9	7,7	4,0	4,9	5,3
Bankengruppen insgesamt	7,7	8,1	10,1	8,1	6,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

+) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

Mindestreservesätze
(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5
1. Sept. 1949	10	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens ¹⁾

in Mill. DM

Stand Ende	insgesamt	Struktur		
		Bargeldumlauf ²⁾	Bankeinlagen ³⁾	infolge zeitweiliger Anlage in Ausgleichsforderungen der BdL und der LZB nicht ausgewiesene öffentl. Giroguthaben beim Zentralbanksystem
1949				
Januar	18 199	6 167	11 863	169
Februar	18 665	6 216	12 359	90
März	19 027	6 187	12 750	90
April	19 768	6 333	13 331	104
Mai	20 162	6 362	13 687	113
Juni	20 520	6 553	13 776	191
Juli	20 944	6 688	13 931	325
August	21 218	6 815	14 040	363
September	21 480	7 029	14 040	411
Oktober	22 298	7 060	14 830	408
November	22 528	6 978	14 940	610
Dezember	22 539	7 330	14 807	402
1950				
Januar	22 991	7 199	15 252	540
Februar	23 376	7 290	15 605	481
März	23 744	7 420	15 699	625
April	24 409	7 560	16 351	498
Mai	25 097	7 509	17 008	580

¹⁾ Ausschließlich der counterpart funds und der sonstigen auf den Passivkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts verbuchten Guthaben von Nichtbanken. ²⁾ Ohne „B“-Noten. ³⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten sowie ohne Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die BdL gestellte Akkreditive.

Erstausrüstungen ¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	Juni 1949	Juli 1949	Aug. 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949	Jan. 1950	Febr. 1950	März 1950	April 1950	Mai 1950
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder u. Gemeinden	2 350	2 350	2 351	2 351	2 369	2 369	2 369	2 363	2 363	2 363	2 363	2 363
Bahn und Post	316	316	316	316	316	316	316	316	316	316	316	316
Geschäftsbeträge	474	474	474	474	474	473	473	473	473	473	473	473
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	2 782	2 782	2 782	2 783	2 783	2 783	2 783	2 783	2 782	2 782	2 783	2 783
insgesamt	6 694	6 694	6 695	6 696	6 714	6 713	6 713	6 707	6 706	6 706	6 707	6 707

¹⁾ Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der Bank deutscher Länder. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

Bankeinlagen¹⁾

in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken							im Zentralbanksystem (BdL und LZB) ³⁾	insgesamt	
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾	insgesamt		mit Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für die BdL gest. Akkreditive	ohne Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für die BdL gest. Akkreditive
	Sichteinlagen		befristete Einlagen		Anlage- und Festkonten					
	insgesamt	darunter Währungsguth. f. gest. Akkredit. durch BdL	Spar-einlagen	Termin-einlagen						
1949										
Januar	6 599	—	1 767	1 051	663	139	10 219	1 644	11 863	.
Februar	6 731	—	1 926	1 238	602	147	10 644	1 715	12 359	.
März	6 875	—	2 097	1 357	545	153	11 027	1 723	12 750	.
April	7 075	—	2 216	1 478	515	160	11 444	1 887	13 331	.
Mai	7 240	—	2 363	1 632	485	166	11 886	1 801	13 687	.
Juni	7 258	—	2 469	1 775	450	170	12 122	1 654	13 776	.
Juli	7 160	.	2 584	1 902	407	172	12 225	1 706	13 931	.
August	7 440	146	2 685	1 940	395	175	12 635	1 551	14 186	14 040
September	7 643	250	2 751	1 937	384	182	12 897	1 393	14 290	14 040
Oktober	7 966	408	2 821	2 010	371	500 ⁴⁾	13 668	1 570	15 238	14 830
November	7 980	488	2 902	2 040	359	500	13 781	1 647	15 428	14 940
Dezember	7 991	425	3 061	2 117	347	504	14 020	1 212	15 232	14 807
1950										
Januar	7 589	319	3 240	2 211	344	504	13 888	1 683	15 571	15 252
Februar	7 402	196	3 377	2 449	339	508	14 075	1 726	15 801	15 605
März	7 476	115	3 498	2 511	336	513	14 334	1 480	15 814	15 699
April	7 708	99	3 611	2 663	333	522	14 837	1 613	16 450	16 351
Mai	8 017	86	3 702	2 881	330	532	15 462	1 632	17 094	17 008

¹⁾ Ohne die Einlagen von Geldinstituten. ²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. ³⁾ Einschließlich bei den LZB für Importanträge hinterlegter Bardepots. ⁴⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben.

Die kurzfristigen Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	der Geschäftsbanken ²⁾				des Zentralbanksystems (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 197	285	172	11 369	1 028	12 397

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. ²⁾ Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. ³⁾ Vgl. Anmerkung 2) in Tabelle „Bankeinlagen“. ⁴⁾ Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen, Kassenvorschüsse, Lombarkredite an die öffentliche Hand gegen Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen, von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekaufte Ausgleichsforderungen und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). ⁵⁾ Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. ⁶⁾ Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. ⁷⁾ Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁸⁾ Vgl. Anmerkung 4) in Tabelle „Bankeinlagen“.

IV. Sonstige Geld-

Zusammenstellung der im Währungs-
in Prozenten

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Sollzinsen					
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949	4	4	4	4	4	
Diskontsatz	5	5	5	5	5	
Lombardsatz	Kreditkosten	Kreditkosten	Kreditkosten	Kreditkosten	Kreditkosten	
Gültig ab:	14. 7. 1949	1. 9. 1949	1. 9. 1949	14. 7. 1949	14. 7. 1949	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung						
a) zugesagte Kredite						
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%
Kreditprovision	1/8% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen						
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	11	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)						
Zinsen	Diskontsatz + 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Akzeptprovision	1/8% p. M.	7	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2
3. Kosten für Wechselkredite						
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2% - 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	1/12% p. M.	1/8% p. M.	1/24% p. M.
b) Abschnitte von DM 5.000 bis unter 20.000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2% - 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	1/12% p. M.	1/8% p. M.	1/12% p. M.
c) Abschnitte von DM 1.000 bis unter 5.000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2% - 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	1/8% p. M. ¹⁰⁾	1/8% p. M.	1/8% p. M.
d) Abschnitte unter DM 1.000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2% - 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	1/8% p. M. ¹⁰⁾	1/4% p. M.	1/8% p. M.
4. Ziehungen auf Kundschaft						
Zinsen	keine Vereinbarung	Lombardsatz + 1 1/2%	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Kreditprovision	keine Vereinbarung	1/4% p. M.	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, minst. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	keine Angabe	1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, minst. 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag	1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—
Domizilprovision	1/2% min.DM.-50	1/2% min.DM.-50	1/2%	1/2%	1/2% min.DM.-50	1/2%

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den aufgeführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. 2) Höchstsätze. 3) Normalsätze, Überschreitungen in begründeten Fällen zulässig. 4) Richtsätze. 5) Auch für Wechsel auf Nebenplätze. 6) Bei Abschnitten unter DM 1000.— ist unabhängig von den

und Kreditstatistik

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾

jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ⁸⁾		Baden ⁸⁾		Württemberg- ⁸⁾ Hohenzollern	
Sollzinsen											
4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 1. 7. 1950		4 5 Kreditkosten 1. 10. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	8 1/2	Lombardsatz 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 0/00 p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	9 1/2
Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	5 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6-6 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ⁹⁾ min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 ⁰⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	7
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	8 1/2	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen		1/8 ⁰ / ₀ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ / ₀₀ a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchstsoll per Quartal		1 ⁰ / ₀₀ vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - .50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - .50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - .50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - .50	

Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. ⁷⁾ 1/8⁰/₀ per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. ⁸⁾ Kredite bis DM 5000.— netto 7 1/2—9⁰/₀. ⁹⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/₀ p. M. festgesetzt werden.

**Zusammenstellung der im Währungs-
in Prozenten**

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg- Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Habenzinsen					
Gültig ab:	1. 10. 1948	1. 7. 1950	1. 9. 1949	14. 7. 1949	1. 6. 1950	
1. für täglich fällige Gelder						
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	
2. Spareinlagen						
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist						
b 1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3	3	3	3	3	
b 2) von 12 Monaten und darüber	4	4	4	4	4	
3. für Kündigungsgelder		ab DM 50000 Einlagebetrag		ab DM 50000 Einlagebetrag	ab DM 50000 Einlagebetrag	
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4 2 3/4	$\left. \begin{array}{l} 2^{3/8} \\ 2^{5/8} \\ 2^{7/8} \\ 3^{1/8} \end{array} \right\}^{15)}$	2 1/4	2 1/4 2 3/4	
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 1/2 3 1/4		2 1/2	2 1/2 3 1/4	
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾		2 7/8 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 3 1/2 ⁹⁾	2 7/8 4
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾		3 3/8 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	3 3/4 4 3/8
4. für Festgelder						
a) 30—89 Tage	2	2 1/4 2 3/4	$\left. \begin{array}{l} 2^{1/4} \\ 2^{1/2} \\ 2^{3/4} \\ 3^{1/4} \end{array} \right\}^{6) 12)}$	2 1/4	2 1/4 2 3/4	
b) 90—179 Tage	2 1/4	2 1/2 3 1/4		2 1/2	2 1/2 3 1/4	
c) 180—359 Tage	2 1/2	2 3/4 3 3/4		2 3/4	2 3/4 3 1/4	
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 1/2 4 1/8		3 1/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 4 1/8
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4 Durch seine Inanspruchnahme darf jedoch der derzeitige Höchstsatz von 4 3/8% nicht überschritten werden.	

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. 2) Höchstsätze. 3) Normalsätze. 4) Im Geschäftsverkehr mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. 5) Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. 6) Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. 7) Der Bankierkundschaft 1 1/4%. 8) Der Bankierkundschaft 1 3/4%. 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden. 10) Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr kann in

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾
jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ^{4) 11)}	Hamburg ^{2) 11)}	Rheinland-Pfalz ⁸⁾	Baden ⁹⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
Habenzinsen					
1. 6. 1950	1. 7. 1950	1. 6. 1950	1. 6. 1950	1. 11. 1948	1. 8. 1949
1	1	1 ⁹⁾	1 ⁷⁾	1 ⁷⁾	1
1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2 8)}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	
2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8 9)} 4 ⁹⁾	3 ^{1/2 9)}	2 ^{7/8 9)} 4 ⁹⁾	2 ^{7/8 9)} 4 ⁹⁾	2 ^{7/8 9)}	2 ^{1/2}
3 ^{3/4 9)} 4 ^{3/8 9)}	4 ⁹⁾	3 ^{3/4 9)} 4 ^{3/8}	3 ^{3/4 9)} 4 ^{3/8 9)}	3 ^{3/4 9)}	3
2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4} 2 ^{3/4}	2 ^{1/4}	2 2 ^{1/4} 2 ^{1/2} 3 } 16)
2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2} 3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	
2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	3 ^{1/4}	2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4}	
3 ^{1/2} 4 ^{1/8}	3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 4 ^{1/8}	3 ^{1/2} 4 ^{1/8}	3 ^{1/2}	
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% — jedoch nicht über 4% Gesamt-Zinsen — von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1949 den Betrag von DM 1 000 000,— nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,— nicht überschritten haben	Abkommen gemäß Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen vom 22. 12. 1936 mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden. Bei Spareinlagen u. Kündigungsgeldern mit einer Verzinsung von 4% u. bei Kündigungs- und Festgeldern mit einer Verzinsung von 4 1/8 bzw. 4 1/8 9/10 kommt kein Zinsvoraus in Betracht.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,— und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstzinssätzen abgewichen werden. ¹¹⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedlicher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes Hamburg die Höchstsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. ¹²⁾ Gemäß Bekanntgabe des Finanzministeriums bestehen keine Bedenken, wenn die Kreditinstitute in Württemberg-Baden für Fest- und Kündigungsgelder im Betrag von über DM 50 000,— vom 1. Juni 1950 ab bis auf weiteres die gleichen Zinssätze berechnen wie sie in Nordrhein-Westfalen gelten.

Festverzinsliche Wertpapiere
Durchschnittskurse und Indizes
(4. Quartal 1948 = 100)

Monat	Gesamtindex	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.-Durchschn.	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,15	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
April	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2
Juni	102,5	7,61	101,3	7,51	105,7	6,50	105,6
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5
August	106,3	7,85	104,5	7,80	109,8	6,94	112,7
September	107,2	7,91	105,3	7,84	110,3	7,07	114,8
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2

Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien (Bundesgebiet)
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Seit der Währungsreform insgesamt	
	hier von					Monatlich insgesamt	Seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	Monatlich		Seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentl. Hand					
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	92,5	30,0	10,0	—	—	132,5	292,0	13,5	13,5	305,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	354,0	12,0	25,5	379,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	374,0	12,9	38,4	412,4
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ¹⁾	132,0	506,0	3,1	41,5	547,5
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ¹⁾	451,4	957,4	3,8	45,3	1 002,7
August	14,5	4,0	36,5	—	—	55,2	1 012,6	1,7	47,0	1 059,6
September	64,5	26,0	21,0	150,0	—	261,5	1 274,1	3,0	50,0	1 324,1
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 275,6	1,0	51,0	1 326,6
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 280,6	1,6	52,6	1 333,2
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 318,6	1,6	54,2	1 372,8
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 360,1	0,7	54,9	1 415,0
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 390,1	1,1	56,0	1 446,1
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 446,1	5,3	61,3	1 507,4
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 461,1	1,0	62,3	1 523,4
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 507,1	5,8	68,1	1 575,2
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 570,1	8,1	76,2	1 646,3
zusammen:	542,0	177,5	352,2 ²⁾	158,0	340,4 ¹⁾	1 570,1	1 570,1	76,2	76,2	1 646,3
Davon waren am 30. Juni 1950 untergebracht:	315,8	62,9	120,4 ³⁾	97,0 ⁴⁾	340,4 ¹⁾	—	936,5	—	75,0	1 011,5

Von den festverzinslichen Papieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 683 Mill. DM mit 5%, 150 Mill. DM mit 5 1/2%, 383,9 Mill. DM mit 6%, 345,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich.

¹⁾ Reichsbahnleihe. ²⁾ Hiervon sind 170,7 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen.

³⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. ⁴⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitstock. ⁵⁾ Gegenüber dem Vormonat verringert, da nachträglich die Unterbringung vom Januar 1949 um 10 Mill. DM herabgesetzt worden ist.

V. Öffentliche Finanzen

Aufkommen an Bundes- und Ländersteuern¹⁾ in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50				Rechnungsjahr 1950/51	
	Insgesamt ²⁾	darunter			April ³⁾	Mai ³⁾
		Jan.	Febr.	März		
I. Besitz- und Verkehrssteuern						
Insgesamt	11 203,6	1 188,7	841,6	867,0	974,6	757,9
darunter:						
Lohnsteuer	2 113,2	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0
Körperschaftsteuer	1 448,1	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9
Vermögenssteuer	115,2	2,8	16,7	3,8	2,8	20,0
Umsatzsteuer	3 991,1	427,7	323,6	321,8	356,0	329,5
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	62,6	20,9	22,1	29,5	21,0
Wechselsteuer	33,9	3,3	3,3	3,3	3,8	3,2
Beförderungssteuer	261,7	20,6	18,0	28,1	19,8	15,3
Notopfer Berlin	325,7	34,8	23,4	24,3	33,3	24,3
II. Verbrauchssteuern und Zölle						
Insgesamt	4 205,9	362,2	322,0	405,9	233,6	341,5
darunter:						
Tabaksteuer	2 190,6	183,3	161,1	192,9	95,2	174,6
Kaffeesteuer	280,7	22,2	23,7	26,6	22,9	21,8
Zuckersteuer	378,1	28,6	27,5	40,4	6,7	24,8
Salzsteuer	36,3	3,4	3,7	3,2	2,1	2,7
Biersteuer	302,4	25,9	20,9	25,3	23,6	28,7
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	49,7	34,6	62,8	22,8	36,1
Zündwarensteuer	53,1	3,1	5,8	4,8	5,0	4,0
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	4,1	4,2	3,2	4,4	5,3
Zölle	346,5	35,3	34,3	40,3	44,8	38,8
Insgesamt I und II	15 409,5	1 551,0⁴⁾	1 163,6	1 272,8⁴⁾	1 208,2	1 099,4
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	100,8	89,9	101,7	605,3	682,5

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen

VI. Außen-
 Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
 - Spezial-

Monat	Einfuhr (kommerziell und nicht kommerziell)									
	Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft Zusammen	Gewerbliche Wirtschaft					Zusammen	Fertigwaren	
			Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen	Vorerzeug- nisse		Enderzeug- nisse	
Werte in Mill. RM bzw. DM										
1948	Insgesamt	3 163,8	1 826,8	1 337,0	731,5	450,5	155,0	91,3	63,7	
1949	Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5	
	Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6	
	März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6	
	April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9	
	Mai	704,9	314,2	390,7	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7	
	Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7	
	Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5	
	August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1	
	September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6	
	Oktober	769,1	465,1	304,0	166,4	81,3	56,3	23,7	32,6	
	November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8	
	Dezember	1 081,0	594,2	486,8	239,8	143,5	103,5	51,2	52,3	
	Insgesamt	7 330,0	3 589,0	3 741,0	1 917,2	1 020,9	802,9	346,0	456,9	
Bundes-										
	Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6	
	November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9	
	Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8	
	Insgesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3	
1950	Januar	964,9	503,3	461,6	237,2	126,9	97,5	49,8	47,7	
	Februar	705,4	324,3	381,1	210,7	91,0	79,4	41,8	37,6	
	März	819,5	423,6	395,9	216,7	82,8	96,4	49,0	47,4	
	April	743,7	317,1	426,6	226,7	98,2	101,7	47,4	54,3	
	Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	
Werte in Mill. \$										
Vereinigtes										
1948	II. Halbjahr bzw. insgesamt ²⁾	757,6	479,8	277,8	148,8	93,4	35,6	21,4	14,2	
1949	Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3	
	Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0	
	März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4	
	April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8	
	Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8	
	Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1	
	Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5	
	August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,7	
	September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,7	
	Oktober	184,2	111,6	72,6	39,6	19,6	13,4	5,6	7,8	
	November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0	
	Dezember	262,0	144,0	118,0	58,6	34,9	24,5	12,0	12,5	
	Insgesamt	2 088,8	1 028,1	1 060,7	544,5	289,3	226,9	97,9	129,0	
Bundes-										
	Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3	
	November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0	
	Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6	
	Insgesamt	635,4	358,6	276,8	140,8	78,4	57,6	27,7	29,9	
1950	Januar	230,0	120,1	109,9	56,5	30,3	23,1	11,8	11,3	
	Februar	167,6	77,1	90,5	50,1	21,6	18,8	9,9	8,9	
	März	194,8	100,8	94,0	51,5	19,7	22,8	11,6	11,2	
	April	176,8	75,4	101,4	53,9	23,4	24,1	11,2	12,9	
	Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	

1) Einschl. West-Berlin. Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. 2) Die Zahlen für die Einfuhr beziehen sich lediglich auf das zweite Halbjahr. Angaben über die Einfuhr in Dollar liegen für das erste Halbjahr nicht vor. Auch die

handel

bzw. Bundesgebiets¹⁾ nach Warengruppen

handel -

Ausfuhr								Monat
Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft						
		Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen	Fertigwaren		
	Zusammen					Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse	
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								Werte in Mill. RM bzw. DM
1 816,8	48,6	1 768,2	457,4	542,3	768,5	406,7	361,8	1948
251,1	12,4	238,7	52,7	81,2	104,8	57,2	47,6	1949
276,2	8,8	267,4	51,1	96,1	120,2	59,4	60,8	Januar
305,5	8,2	297,3	59,2	106,2	131,9	64,9	67,0	Februar
287,9	6,3	281,6	57,0	94,2	130,4	61,9	68,5	März
332,4	2,8	329,6	63,6	106,0	160,0	69,5	90,5	April
294,8	2,0	292,5	59,1	90,2	143,5	61,7	81,8	Mai
308,0	2,3	305,7	68,2	84,3	153,2	70,4	82,8	Juni
303,6	2,4	301,2	66,0	76,7	158,5	74,0	84,5	Juli
335,1	2,0	333,1	69,3	92,5	171,3	70,9	100,4	August
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2	September
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4	Oktober
454,5	16,6	437,9	91,4	111,6	234,9	80,4	154,5	November
3 805,6	84,8	3 720,8	777,9	1 099,3	1 843,6	782,6	1 061,0	Dezember
Ins-gesamt								
gebiet ¹⁾								
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	Oktober
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1	November
485,4	17,3	468,1	96,8	115,8	255,5	88,2	167,3	Dezember
1 197,8	42,2	1 155,6	249,1	282,9	623,6	211,9	411,7	Ins-gesamt
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	1950
473,8	11,6	462,2	80,6	103,1	278,5	97,7	180,8	Januar
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	Februar
542,1	13,4	528,7	78,9	104,9	344,9	122,1	222,8	März
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	April
Ins-gesamt								Mai
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								Werte in Mill. \$
592,0	11,8	580,2	183,1	189,9	207,2	106,2	101,0	1948
70,0	3,4	66,6	15,7	23,7	27,2	14,2	13,0	II. Halbjahr
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3	bzw.
85,7	2,4	83,3	17,8	29,5	36,0	16,8	19,2	ins-gesamt ²⁾
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4	1949
94,5	0,8	93,7	19,0	30,0	44,7	18,6	26,1	Januar
84,2	0,6	83,6	17,7	25,7	40,2	17,0	23,2	Februar
89,7	0,7	89,0	20,4	25,2	43,4	19,5	23,9	März
88,3	0,7	87,6	19,8	22,9	44,9	20,4	24,5	April
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7	Mai
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7	Juni
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9	Juli
107,7	4,0	103,7	21,6	27,0	55,1	18,9	36,2	August
1 029,5	22,4	1 007,1	217,4	305,1	484,6	201,5	283,1	September
Ins-gesamt								Oktober
gebiet ¹⁾								November
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	Dezember
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	Ins-gesamt
115,0	4,1	110,9	22,9	28,0	60,0	20,7	39,3	1950
283,8	10,0	273,8	59,4	68,6	145,8	48,8	97,0	Januar
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	Februar
112,4	2,8	109,6	19,2	24,8	65,6	23,2	42,4	März
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	April
127,8	3,2	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	Mai
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	

in den „Monatsberichten der Bank deutscher Länder“, Februar bis Mai 1950, für 1948 genannten Zahlen der Einfuhr beziehen sich, wie hiermit richtiggestellt sei, nur auf das zweite Halbjahr. — Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

Index der industriellen Produktion

(Bundesgebiet)

arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.- tage	Gesamt- Index einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien														
				ins- ge- samt	Rohstoffe						Fertigwaren							
		Gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen					Gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen									
			Eisen- erz- berg- bau		Eisen und Stahl	Eisen- Stahl- Tem- perg.	NE- Me- talle		Steine und Erden	Sa- ge- und Holz- indu- strie	Stahl- bau ohne Wag- gon- bau	Schiff- bau	Ma- schi- nen- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Eisen- Stahl- Blech- Me- tall- waren		
1949																		
Januar	25	78	80	74	63	109	53	68	59	57	100	81	54	8	84	71	169	65
Februar	24	81	84	78	67	108	59	69	64	58	108	86	57	9	89	76	179	65
März	27	81	84	78	67	112	60	68	68	59	97	84	50	12	89	78	171	58
April	24	84	86	80	71	108	60	66	73	73	106	85	59	31	93	81	170	56
Mai	25	86	88	81	75	113	63	67	76	84	104	85	62	14	93	85	169	56
Juni	24,5	87	88	83	76	114	64	63	75	88	101	87	63	19	94	92	170	55
Juli	26	86	86	81	76	114	63	64	72	91	99	83	56	18	92	88	155	54
August	27	87	87	81	78	115	65	64	72	94	95	83	59	22	87	93	154	58
September	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	62
Oktober	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	72
November	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	79
Dezember	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	75
1950																		
Januar	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	72
Februar	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	74
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	74
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	83
Mai	24	105	106	104	89	128	74	87	81	103	108	113	69	41	117	156	196	90
Juni	25,5	107	105	106	92	129	81	85	86	108	104	115	67	.	116	166	197	91
Zeit	allgem. Produktionsguterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien											
	ins- ge- samt	darunter ausgewählte Industriegruppen				ins- ge- samt	darunter ausgewählte Industriegruppen											
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- fasererz.		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- fasererz.	Keramik	Bereifg. u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe						
1949																		
Januar	101	90	149	79	84	68	63	58	63	95	109	61						
Februar	104	90	149	80	89	72	71	56	68	98	114	62						
März	104	90	149	81	90	74	76	52	75	93	110	59						
April	103	90	145	82	90	75	77	51	76	94	98	62						
Mai	105	93	144	83	90	80	82	61	82	95	98	74						
Juni	105	91	141	83	93	79	80	64	78	88	98	77						
Juli	104	92	141	85	90	74	77	58	75	80	94	55						
August	106	91	147	86	92	78	75	62	81	81	96	58						
September	108	92	153	87	93	87	76	67	92	84	105	81						
Oktober	111	94	158	88	96	90	78	74	95	86	111	84						
November	115	99	167	88	97	96	83	77	100	94	119	87						
Dezember	113	96	173	88	95	92	85	70	98	92	104	73						
1950																		
Januar	115	97	170	89	98	90	86	67	98	91	94	60						
Februar	117	98	165	90	102	94	90	68	102	97	98	65						
März	120	98	163	91	109	96	90	64	103	93	95	76						
April	120	98	162	89	112	96	90	66	101	98	92	72						
Mai	121	97	158	88	116	97	95	66	101	95	100	79						
Juni	121	93	159	88	116	93	97	62	94	93	109	71						

Quelle: Bundesminister für Wirtschaft.

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Bundesgebiet, in 1000 t)

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß			
	im Monat	arbeitsräßig	Steinkohle	Koks		
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.		
1947 "	5 927	234,7	.	.		
1948 "	7 253	285,1	.	.		
1949 "	8 603	338,1	.	.		
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656		
Februar	6 423	267,6				
März	7 203	288,1				
April	6 980	268,5				
Mai	5 931	265,8				
Juni	7 412	285,1				
Juli	7 761	287,4			786	675
August	7 456	286,8			627	662
September	7 567	291,0			743	631
Oktober	7 865	302,5			733	620
November	7 715	308,6			697	628
Dezember	8 096	311,4			632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683		
Februar	7 871	328,0	777	667		
März	8 893	329,4	947	759		
April	7 898	329,1	810	815		
Mai	8 377	335,1	865	818		
Juni	8 107	333,4	930	745		
Juli	8 749	336,5	1 023	670		
August	9 047	335,1	966	601		
September	8 776	337,5	941	453		
Oktober	8 990	345,8	956	402		
November	9 199	368,0	958	541		
Dezember	9 125	351,0	1 304	602		
1950 Januar	9 327	358,7	1 016	624		
Februar	8 682	361,7	952	650		
März	9 802	363,0	1 024	591		
April	8 364	363,6	972	486		
Mai	8 667	361,1	816	452		
Juni *)	8 978	345,3	.	.		

*) Vorläufig. Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Eisen- und Stahlerzeugung
(Bundesgebiet, in 1000 t)

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß	Walzwerk- fertig- erzeugnisse
1949 Januar	551	677	453
Februar	531	691	470
März	602	780	545
April	575	729	496
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907 ¹⁾	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683

¹⁾ Ab April: flüssig. Quelle: Fachstatistik Eisen und Stahl.

Arbeitsmarkt (Bundesgebiet, in 1000)

Zeit	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger
1948 31. März	.	471,8	757,0	18
30. April	.	469,4	794,4	15
31. Mai	.	448,2	802,9	13
30. Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
31. Juli	.	665,0	285,1	79
31. August	.	784,2	271,1	194
30. September	13 463,1	784,1	297,2	263
31. Oktober	.	739,4	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	310
31. Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	521
28. Februar	.	1 068,9	212,3	650
31. März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
30. April	.	1 232,4	183,6	771
31. Mai	.	1 256,9	157,1	827
30. Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
31. Juli	.	1 302,9	135,7	931
31. August	.	1 308,1	125,7	963
30. September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
31. Oktober	.	1 316,6	119,7	969
30. November	.	1 383,8	99,5	1 030
31. Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 31. Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
28. Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
31. März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
30. April	.	1 789,8	119,6	1 446
31. Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
30. Juni	13 844,8	1 538,1	124,3	.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit

Verkehrsentwicklung (Bundesgebiet)

Zeit	Eisenbahn						
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagenstellung in 1000	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen ²⁾	Güterverkehr insgesamt in 1000 t ³⁾	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	
1948 M.-D.	43,7	6,1	16 461	137 314	263,7	7,9	
1948							
Januar	35,1	7,6	14 064	147 664	260,0	7,3	
Februar	36,8	7,2	13 281	145 080	264,3	7,3	
März	39,1	7,1	14 634	161 993	267,9	7,4	
April	39,6	6,6	15 822	157 822	260,1	7,5	
Mai	41,3	6,9	14 266	174 890	256,4	7,6	
Juni	40,0	6,2	15 476	161 566	263,9	7,7	
Juli	44,0	5,7	17 843	98 255	258,7	7,9	
August	47,0	5,6	17 644	114 513	261,7	8,1	
September	48,9	5,2	17 997	113 430	262,5	8,3	
Oktober	50,2	5,2	19 153	123 605	262,9	8,5	
November	53,1	5,1	19 046	126 745	271,7	8,7	
Dezember	49,2	5,5	18 311	122 206	274,7	8,9	
1949							
Januar	49,9	5,4	18 450	133 010	268,6	8,8	
Februar	51,4	5,1	17 242	113 382	270,6	8,9	
März	50,7	4,8	19 159	115 877	261,1	8,9	
April	51,8	5,0	17 418	114 120	256,6	8,9	
Mai	51,2	4,8	17 797	118 274	250,4	8,9	
Juni	50,0	4,8	16 811	106 922	261,6	9,0	
Juli	51,1	4,5	18 087	107 839	261,3	9,0	
August	50,3	4,4	18 154	107 936	260,4	9,0	
September	53,2	4,4	18 279	104 325	265,4	9,0	
Oktober	56,6	4,7	19 887	115 614	264,0	8,9	
November	57,3	4,6	20 078	110 556	259,7	8,9	
Dezember	51,5	4,8	18 063	111 182	258,3	9,1	
1950							
Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9	
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9	
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9	
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9	
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1	
Schifffahrt und Post							
Zeit	Schifffahrt		Deutsche Post ²⁾				
	Binnen- ¹⁾ See-Güterumschlag insgesamt in 1000 t		Briefsendg. einschl. Einschreibesdg. in Mill.	Gewöhnl. Paket-sendungen in 1000	Tele-gramme in 1000	Orts-gespräche in Mill.	Fern-gespräche einschließlich Schnellgespr. in Mill.
1938 M.-D.		4 166	279,4	13 234	1 168	103,6	15,0
1947 „		1 424	277,2	5 906	3 282	124,2	21,4
1948 „	4 072	1 886	280,1	6 387	2 577	124,8	22,0
1948							
Januar	2 281	1 282	289,9	6 113	2 955	128,4	21,6
Februar	2 982	1 420	286,6	6 004	2 890	125,6	21,7
März	3 899	1 608	325,4	6 586	3 655	132,7	24,0
April	4 460	1 997	297,6	6 692	3 627	138,9	25,1
Mai	3 816	1 964	289,1	5 733	4 030	132,7	24,0
Juni	4 743	2 071	299,0	5 131	3 484	137,5	23,7
Juli	4 755	2 146	228,3	4 715	1 233	111,7	18,1
August	4 755	2 508	251,6	5 443	1 518	108,6	19,1
September	4 898	2 325	265,4	6 482	1 752	114,3	20,9
Oktober	4 528	1 818	246,3	6 849	1 874	119,8	22,1
November	4 245	1 726	267,1	7 291	1 813	121,8	21,9
Dezember	3 506	1 761	315,1	9 606	2 128	127,6	22,0
1949							
Januar	5 397	1 968	237,8	6 798	1 556	114,9	20,4
Februar	5 634	1 795	234,3	7 108	1 499	111,3	19,8
März	6 602	2 005	252,3	8 288	1 705	119,9	21,8
April	6 628	2 029	255,7	7 614	1 742	112,0	20,5
Mai	7 489	2 010	246,0	8 030	1 805	113,4	21,6
Juni	7 427	2 113	234,4	7 353	1 733	111,0	21,1
Juli	8 184	2 200	242,7	7 713	1 783	114,6	22,5
August	7 869	2 330	258,7	7 891	1 844	115,9	23,0
September	7 352	2 233	250,3	8 390	1 851	116,8	23,0
Oktober	6 833	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	6 519	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	6 532	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950							
Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	5 350	1 824	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6
März	7 291	2 043	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6
April	7 191	1 613	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3
Mai	8 224		307,0	11 522	2 155		26,2

¹⁾ Bis Dez. 1948 beförderte Güter im V. W. Geb. ²⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. ³⁾ Bis Dez. 1949 V. W. Geb. Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Post (Post-technisches Zentralamt).

Index der Grundstoffpreise

1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	155	124	176
Juli	159	127	179
August	172	129	200
September	179	132	210
Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	192	155	216
Februar	190	156	213
März	189	156	210
April	186	153	208
Mai ²⁾	189	168	204
Juni	191	174	203
Juli	192	179	201
August	194	183	200
September	193	185	199
Oktober	199	190	206
November	197	187	205
Dezember	195	181	205
1950 Januar	197	170	215
Februar	198	171	215
März	197	169	215
April	196	169	214
Mai	197	168	215
Juni	198	168 ³⁾	218

¹⁾ Monatsmitte. ²⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise. ³⁾ Vorläufige Zahlen. Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾ (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1938 = 100

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Ernährung	Genußmittel	Miete	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung und Unterhaltung	Hausrat	Verkehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948 Juni		142		100	105	201	145	133	189	135
Juli	159	157	399	100	108	214	145	137	195	138
August	157	147	403	100	111	230	145	139	198	131
September	159	147	401	100	115	244	148	136	202	133
Oktober	165	155	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949 Januar	168	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	168	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	174	293	100	121	240	158	142	198	135
April	164	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	165	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	160	169	285	102	120	209	156	141	179	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133

¹⁾ Darunter 2 Verdiener und 1 Kind unter 14 Jahren. Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

VIII. Internationale

Wechselkurse

(für je 1 Einheit)

Land	Währungseinheit	Kursarten ³⁾	Paritäten (in US-cents für je 1 Einheit der Landeswährung) ⁴⁾		Verkaufskurse in den						
			vor Abwertung	nach Abwertung	1937	1948	Jan. - Dez. 1949				
							vor Abwertung Jan. - Aug.	nach Abwertung Sept. - Dez.			
ERP-Länder											
Bundesrepublik Deutschland	D-Mark		30,0000	23,8095	40,16 ⁵⁾	30,03 ⁶⁾	30,03	23,78			
Belgien	Franc		2,28167 *)	2,0000 *)	3,375	2,275	2,275	1,995			
Dänemark	Krone		20,8376 *)	14,4778 *)	22,03	20,79	20,79	14,45			
Frankreich	Franc	Offiziell	0,4664	0,2857	3,978	0,4837	0,4657	—			
"	"	Frei	0,36752 ⁷⁾	0,28571		0,3238 ⁸⁾	0,3076	0,2865			
Griechenland	Drachma	ohne Zertifikate	0,02000	0,02000	0,9009	0,0199	0,0199	—			
"	"	mit Zertifikate	0,00999	0,00667		0,0103	0,0100	0,0067			
Großbritannien	£		403,000 *)	280,000 *)	494,4	402,75	402,75	279,88			
Irland	£		403,000	280,000	494,4	402,75	402,75	279,88			
Island	Krone		15,4111 *)	6,14036 ⁸⁾	20,30	15,37	15,37	10,68			
Italien	Lira	Offiziell	0,17391	0,16026 ⁹⁾	5,263	0,1739	0,1739	0,1599			
"	"	Frei	0,17391	0,16026 ⁹⁾		0,1739	0,1739	0,1599			
"	"	Curb	—	—	—	0,1616	0,1545	0,1498			
Niederlande	Gulden		37,6953 *)	26,3158 *)	55,04	37,59	37,62	26,28			
Norwegen	Krone		20,1500 *)	14,0000 *)	24,75	20,12	20,12	13,99			
Österreich	Schilling	Offiziell: Grundkurs	10,0000	6,9444	18,587	9,862	9,862	6,863			
"	"	Effektivk.	—	—				4,645			
"	"	Vorzugsk.	—	—				3,821			
Portugal	Escudo		4,00000	3,47524	4,486	3,990	3,988	3,454			
Schweden	Krone		27,81641	19,32367	25,43	27,78	27,78	19,31			
Schweiz	Franc	Offiziell	23,14815	23,25581	22,94	23,17	23,17	—			
"	"	Frei	—	—		24,88	25,19 ¹⁰⁾	25,19 ¹⁰⁾	—		
Türkei	£ T.		35,7143 *)	35,7143 *)	79,37	35,40	35,40	—			
Sonst. europäische Länder											
Bulgarien	Lew		0,34801	0,34801	1,186	0,3448	—	0,3448			
Finnland	Markka		0,62500	0,43478	2,171	0,7353	0,6944	0,4329			
Jugoslawien	Dinar		2,00000 *)	2,00000 *)	2,304	2,00	—	2,00			
Polen	Zloty	Offiziell	1,00000	1,00000	18,94	0,9804	0,9804	—			
"	"	Prämienkurs	0,25000	0,25000		0,2488	0,2488	—			
Rumänien	Leu		0,66007	0,66007	0,710	0,6536	—	0,6536			
Spanien	Peseta ¹¹⁾		—	—	11,67 ¹²⁾	8,913 ¹²⁾¹³⁾	8,913	8,913			
"	"		—	—	—	—	bis	bis			
Tschechoslowak.	Krone		2,00000 *)	2,00000 *)	9,238 ¹⁴⁾	5,949 ¹⁴⁾¹⁵⁾	3,652	2,538 ¹⁵⁾			
Ungarn	Forint		8,51861	8,51861	3,486	1,994	—	1,994			
"	"		—	—	29,44 ¹⁶⁾	8,455	—	8,455			
Außereuropäische Länder											
Argentinien	Peso	Vorzugsk.: A	—	—	30,96	26,81	26,81	26,81 ¹⁷⁾			
"	"	B	—	—				18,62			
"	"	Grundkurs	—	—				30,96	23,64	23,64	16,42
"	"	Frei	—	—				30,03	22,47	20,77	11,09 ¹⁷⁾
"	"	Curb ¹⁸⁾	—	—	—	10,81	7,69	6,33 ¹⁷⁾			
Australien	£ A.		322,400 *)	224,000 *)	392,90	320,15	320,55	222,75			
Ägypten	£ E.		413,300 *)	287,156 *)	507,08	412,66	412,66	286,76			
Brasilien	Cruzeiro	Offiziell: ohne Steuer	5,40541 *)	5,40541 *)	8,772	5,342	—	5,342			
"	"	mit Steuer	—	—		5,086	5,086	—			
"	"	Frei ¹⁸⁾	—	—	6,238	3,766	—	3,252			
Chile	Peso	Vorläuf. Effektivkurs	—	—	—	—	—	—			
"	"	Regierung	—	—	5,163	5,136	—	5,136			
"	"	Vorzugskurs	—	—	3,909	3,984	—	3,984			
"	"	Offiziell	3,22581 *)	3,22581 *)	3,578	3,215	—	3,215			
"	"	Banking	—	—	—	2,320 ⁶⁾	—	2,320			
"	"	Curb	—	—	3,792	1,653	—	1,272			
Cuba	Peso	ohne Steuer	100,000 *)	100,000 *)	99,11	100,00	—	100,00			
Indien	Rupie		30,2250 *)	21,0000 *)	37,22	30,14	30,14	20,94			
Kanada	Dollar	Offiziell	100,000 *)	90,9091 *)	100,00	99,50	99,50	90,50			
"	"	Frei in New-York ²⁰⁾	—	—	—	91,67	94,03	89,60			
Mexiko	Peso		20,5973 *)	11,5607 *)	27,78	17,39	—	13,61 ²¹⁾			
Neuseeland	£ NZ.		399,955	277,885	396,27	348,28	396,96	275,86			
Union v. Südafrika	£ SA.		403,000 *)	280,000 *)	487,4	400,75	400,75	278,38			

¹⁾ Monatsdurchschnitte. Quelle: „Monthly Bulletin of Statistics“ des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen. Wenn nicht anders vermerkt, basieren die Angaben auf offiziellen Verkaufskursen des Inlandmarktes. Unter Verkaufskurs wird in der Regel der Abgabekurs der Notenbank verstanden. ²⁾ Monatsdurchschnitte auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlichten Notierungen. ³⁾ Offiziell = amtlich festgesetzt; frei = Börsen- oder Marktkurs; Curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. ⁴⁾ Die mit einem Stern (*) bezeichneten Paritäten sind mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart und von diesem nach dem Stande vom 1. 8. 1949 bzw. 15. 10. 1949 und später

Übersichten

in US-Cents
der Landeswährung)

einzelnen Ländern ¹⁾				Kurse in New York ²⁾ a) Verkaufskurs, b) Mittelkurs				
1950				1950				
Januar	Februar	März	April	März	April	Mai	Juni	Durchschnitt Januar bis Juni
23,78	23,78	23,78	23,78	—	—	—	—	—
1,997	1,996	1,993	1,998	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
14,45	14,45	14,45	14,45	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48
—	—	—	—	0,28	0,28	0,28	0,28	0,28
0,2864	0,2864	0,2862	0,2860	0,2866 ^{b)}	0,2862 ^{b)}	0,2862 ^{b)}	0,2859 ^{b)}	0,2864 ^{b)}
0,0199	0,0199	0,0199	0,0199	—	—	—	—	—
0,0067	0,0067	0,0067	0,0067	0,006	0,006	0,006	0,006	0,006
279,88	279,88	279,88	279,88	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,0104
279,88	279,88	279,88	279,88	—	—	—	—	—
10,68	10,68	6,127 ^{b)}	6,127	—	—	—	—	—
0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1600	0,1600	0,1601	0,1601
0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1600	0,1600	0,1601	0,1601
0,1513	0,1497	0,1502	0,1555	—	—	—	—	—
26,28	26,28	26,28	26,28	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32
13,99	13,99	13,99	13,99	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
6,863	6,863	6,863	6,863	—	—	—	—	—
4,645	4,645	4,645	4,645	—	—	—	—	—
3,821	3,821	3,821	3,821	—	—	—	—	—
3,454	3,454	3,454	3,454	3,48	3,48	3,48	3,48	3,4803
19,31	19,31	19,31	19,31	19,30	19,30	19,30	19,30	19,30
23,26	23,26	23,26	23,26	23,2784 ^{b)}	23,2907 ^{b)}	23,30 ^{b)}	23,1522 ^{b)}	23,3824 ^{b)}
35,40	35,40	35,40	35,40	35,75	35,75	35,75	35,75	35,75
0,3448	0,3448	0,3448	0,3448	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
0,4329	0,4329	0,4329	0,4329	0,431	0,431	0,431	0,431	0,431
2,00	2,00	2,00	2,00	—	—	—	—	—
0,9804	0,9804	0,9804	0,9804	—	—	—	—	—
0,2488	0,2488	0,2488	0,2488	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
0,6536	0,6536	0,6536	0,6536	—	—	—	—	—
8,913	8,913	8,913	8,913	—	—	—	—	—
bis	bis	bis	bis	9,16	9,16	9,16	9,16	9,16
2,538	2,538	2,538	2,538	—	—	—	—	—
1,994	1,994	1,994	1,994	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03
8,455	8,455	8,455	8,455	8,61	8,61	8,61	8,61	8,61
26,81	26,81	26,81	26,81	—	—	—	—	—
18,62	18,62	18,62	18,62	—	—	—	—	—
16,42	16,42	16,42	16,42	—	—	—	—	—
11,09	11,09	11,09	11,09	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20
6,60	6,76	7,19	7,27	—	—	—	—	—
222,75	222,75	222,75	222,75	224,00	224,00	224,00	224,1667	224,0278
286,76	286,76	286,76	286,76	287,50	287,50	287,50	287,50	287,50
5,342	5,342	5,342	5,342	5,46 ^{a)}	5,46 ^{a)}	5,46 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,46
5,086	5,086	5,086	5,086	—	—	—	—	—
3,317	3,030	3,082	3,058	—	—	—	—	—
1,664 ¹⁹⁾	1,664	1,664	1,664	—	—	—	—	—
5,136	5,136	5,136	—	—	—	—	—	5,16 ²²⁾
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,215	3,215	3,215	3,215	—	—	—	—	3,23 ²²⁾
2,320	2,320	2,320	2,320	—	—	—	—	—
1,012	1,024	1,024	1,096	—	—	—	—	—
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
20,94	20,94	20,94	20,94	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00
90,50	90,50	90,50	90,50	—	—	—	—	—
89,21	89,82	90,25	90,20	90,3047	90,2589	90,1875	90,5417	90,1444
11,56	11,56	11,56	11,56	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}
275,86	275,86	275,86	275,86	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00
278,38	278,38	278,38	278,38	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00

(vor bzw. nach Abwertung) veröffentlicht. ⁵⁾ US-cents für Reichsmark. ⁶⁾ Durchschnitt für einen Teil des Jahres. ⁷⁾ Variabler Mittelkurs zuletzt ca. 272,096 ffrs. = 1 US-Dollar. ⁸⁾ Ab 20. 3. 50. ⁹⁾ Fluktuierender Kurs. ¹⁰⁾ 1. Januar bis 17. September. ¹¹⁾ Gestaffelte Wechselkurse im Devisensystem ab 1949. ¹²⁾ Offiziell. ¹³⁾ Januar bis November. ¹⁴⁾ Vorzugskurs. ¹⁵⁾ Ab 7. Oktober. ¹⁶⁾ US-cents für Pengö. ¹⁷⁾ Ab 3. Oktober. ¹⁸⁾ Ende des Zeitabschnitts; ausgenommen 1937. ¹⁹⁾ Ab 10. Januar. ²⁰⁾ Ankaufskurs. ²¹⁾ 1. Januar bis 17. Juni. Der Kurs wurde am 17. Juni auf 11,56 US-cents für 1 Peso festgesetzt. ²²⁾ Durchschnittskurs für Januar. Ab Februar keine Notierungen.

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Officiel)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	2 059	175
1946 "	154	176	648	200	2 883	168
1947 "	194	204	989	209	5 157	180
1948 "	210	225	1 712	217	5 442	194
1949 "	197	235	1 917	206	5 169	195
1948						
Januar	211	218	1 463	218	5 371	188
Februar	205	220	1 537	218	5 350	189
März	205	225	1 536	218	5 316	190
April	207	223	1 555	218	5 238	193
Mai	209	226	1 653	218	5 182	194
Juni	211	228	1 691	218	5 140	195
Juli	215	226	1 698	217	5 137	195
August	216	225	1 783	216	5 704	196
September	215	227	1 791	215	5 769	196
Oktober	210	227	1 887	215	5 724	196
November	209	229	1 977	217	5 667	196
Dezember	206	231	1 974	216	5 697	196
1949						
Januar	204	232	1 946	215	5 698	196
Februar	201	231	1 898	214	5 656	196
März	202	231	1 872	212	5 556	195
April	200	230	1 846	209	5 393	195
Mai	198	235	1 890	206	5 278	195
Juni	197	233	1 812	205	5 215	195
Juli	195	229	1 854	205	5 034	195
August	195	230	1 918	205	4 889	194
September	195	241	1 958	204	4 910	195
Oktober	194	244	2 002	201	4 841	197
November	193	245	2 005	201	4 826	197
Dezember	192	246	2 002	199	4 747	198
1950						
Januar	193	248	2 063	198	4 732	198
Februar	194	251	2 057	195	4 758	199
März	194	247	2 102	195	.	199
April	195	254	2 097	194	.	200
Mai	198	260 ¹⁾	2 081	197	.	.
Juni	.	263 ¹⁾

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Jahres-, Monats- und Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

Jahr	Monat		Monat		Monat		Woche		
	1948		1949		1950		1950		
1938	143,5	Januar	450,3	Januar	390,5	Januar	351,7	9. 4. — 15. 4.	359,6
1939	150,0	Februar	413,9	Februar	375,9	Februar	356,6	16. 4. — 22. 4.	361,6
1940	159,9	März	409,0	März	372,0	März	356,6	23. 4. — 29. 4.	364,2
1941	198,1	April	417,2	April	351,6	April	360,5 ¹⁾	30. 4. — 6. 5.	371,0
1942	230,9	Mai	420,4	Mai	344,2	Mai	382,2 ¹⁾	7. 5. — 13. 5.	380,4
1943	245,8	Juni	431,3	Juni	338,8	Juni	397,4 ¹⁾	14. 5. — 20. 5.	384,9
1944	249,6	Juli	433,1	Juli	339,9			21. 5. — 27. 5.	388,3
1945	257,4	August	427,2	August	340,2			28. 5. — 3. 6.	393,5
1946	311,9	September	419,7	September	346,3			4. 6. — 10. 6.	399,9
1947	418,8	Oktober	404,6	Oktober	338,6			11. 6. — 17. 6.	394,2
1948	418,6	November	401,0	November	344,2			18. 6. — 24. 6.	395,8
1949	352,4 ¹⁾	Dezember	395,9	Dezember	346,1			25. 6. — 1. 7.	401,5

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Wolle	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	Chicago 100 lbs. \$	Boston 1 lb. \$	New Orleans 1 lb. cents	NewYork 1 lb. \$	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	St. Louis 1 lb. cents	Pennsylv. 1 Barrel = 1,59 hl \$	Chicago 1 lb. cents
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	1,06	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	1,26	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	1,62	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	1,63	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948														
Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	1,35	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	1,35	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	1,35	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	1,40	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	1,55	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	1,75	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	1,78	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	1,80	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	1,80	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	1,75	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	1,75	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	1,85	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949														
Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	1,85	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	1,87	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	1,85	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	1,75	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	1,60	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	1,55	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	1,55	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	1,55	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	1,53	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	1,46	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	1,47	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	1,49	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37
1950														
Januar	2,17	1,29	46,57	5,27	15,05	1,53	30,86	0,18	18,50	76,13	12,00	9,75	3,48	18,99
Februar	2,18	1,28	46,29	5,10	16,71	1,78	31,79	0,19	18,50	74,39	12,00	9,75	3,54	18,75
März	2,26	1,31	44,53	5,05	16,46	1,84	31,75	0,19	18,50	75,77	10,96	9,94	3,54	19,20
April	2,27	1,40	44,26	5,07	16,45	1,85	32,30	0,24	18,94	76,52	10,64	10,70	3,54	18,95
Mai	2,29	1,48	43,28	5,22	19,21	1,95	32,64	0,28	19,92	77,60	11,72	11,99	3,63	19,75
Juni	2,13	1,46	46,14	5,28	19,54	2,01	33,65	0,31	22,23	78,07	11,80	14,68	3,66	22,98

Quelle: VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste G. m. b. H.)

